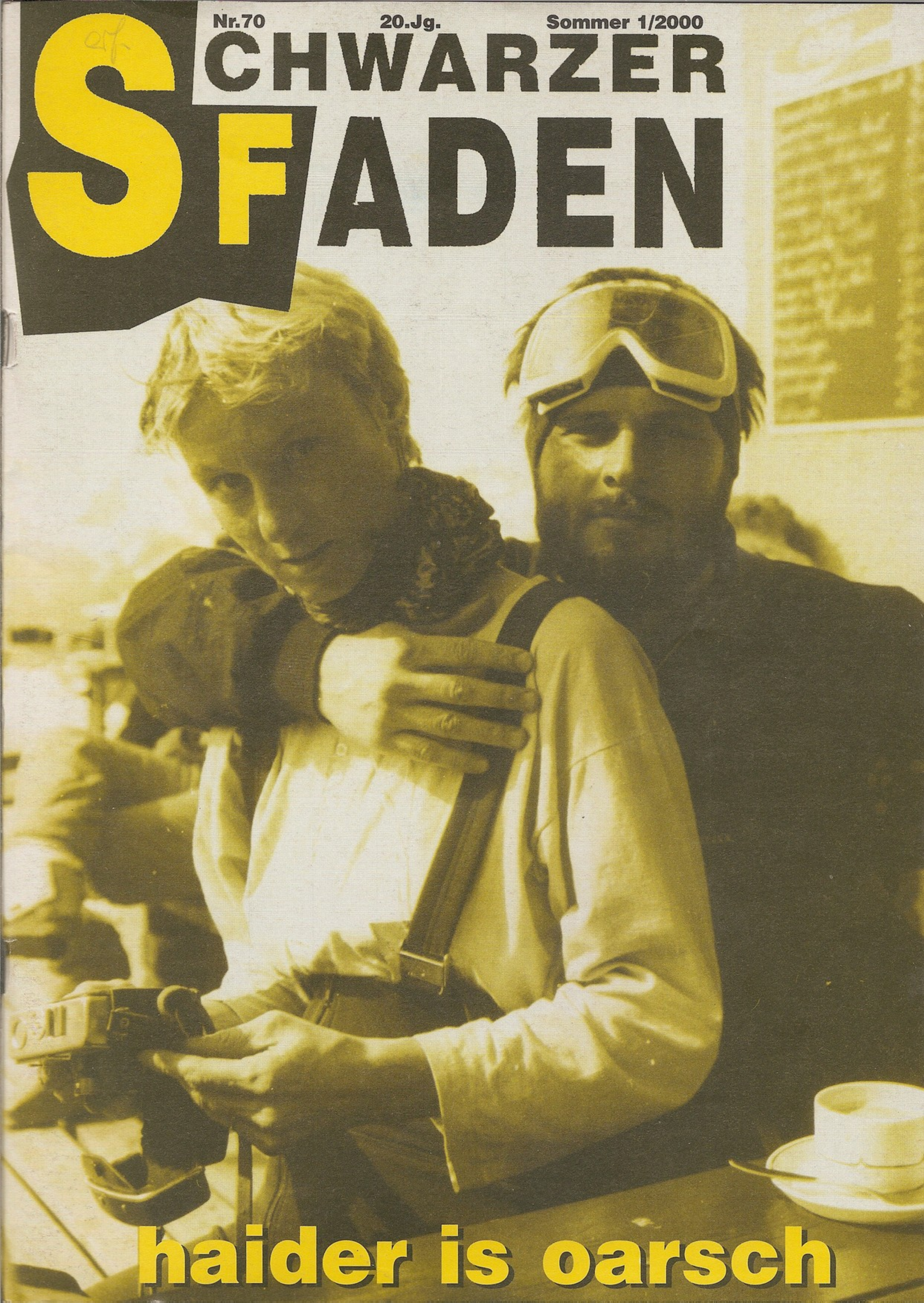
Nr.70 20.Jg. Sommer 1/2000

SCHWARZER FADEN



haider is oarsch

4-6 **Jetzt kommt Haider**
von Revolutionsbräuhof (RBH)

7-11 **Lauter nette Leute**
Ein illustrer rechtsradikaler Kongress in Salzburg
F. Gernsberger

12-15 **Der Informationskrieg**
Werbeagenturen promoten Kriege
Hermann Werle/Gegeninformationsbüro

16-19 **Empowerment**
Wie wurde Empowerment Teil der bevölkerungspolitischen Strategie?

20-21 **Nachhaltige Bevölkerungskontrolle**
Die EXPO und die Geburtenrate
Sonja Schneider

22-27 **Das Versagen von Seattle**
Eine Analyse des legendären WTO-Treffen
Martin Khor

28-29 **Die Grünen stellen die Finanzierung von 3.Welt-Gruppen ein**
BUKO

30-33 **»Die Köter jaulen, die Karawane zieht weiter«**
Die Kritikunfähigkeit der PKK und die Kurdistan-Solidarität
Gruppe Demontage

34-40 **Kurzes**

41-43 **17+4**
Der Stand der Prozesse u
Graswurzelrevolution u
Kampagne gegen Wehrpflich, Z

44-45 **Konfliktmanagmen**
Zum Ende des Mediatio
am Frankfurter Flughaf
Michael Wilk

46-51 **Vo**
Di
Jak

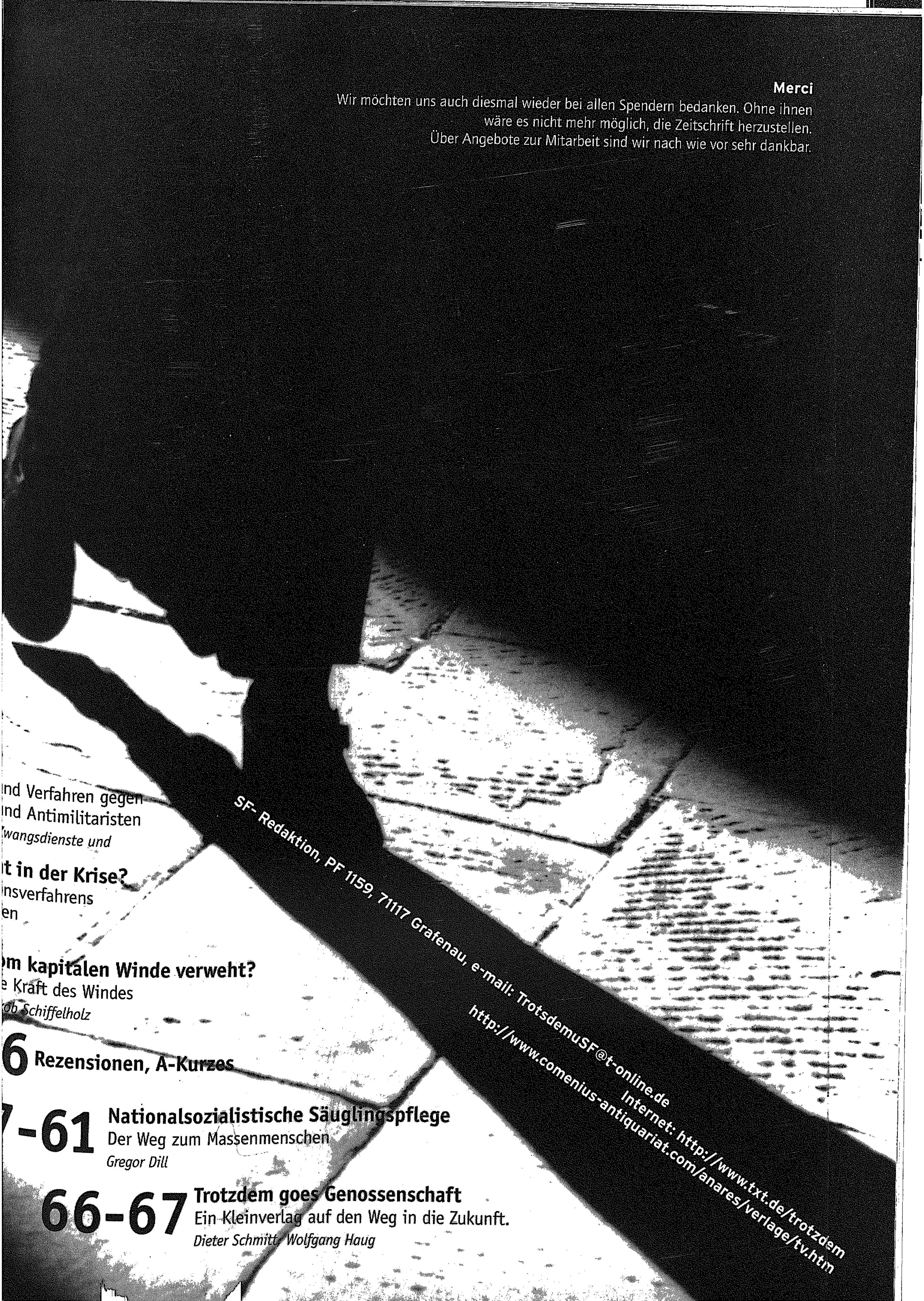
52-5

57

Impressum

Schwarzer Faden
Pf 1159
D 71117 Grafenau
Tel.: 0 70 33 - 4 42 73
Fax: 0 70 33 - 4 52 64
Einzelpreis: 8,- DM
Abo (4 Nm): 30,- DM
Bankverbindung:
Postgiro Stuttgart: W.Haug,
Kto.Nr.: 57463-703
BLZ: 60010070
Erscheinungsweise: 4x jährlich
Auflage: 2500
Herausgeber: Trotzdem Verlag/W.Haug
Grafenau
ISSN: 0722-8988, ZIS Nr: 701
Postvertriebskennzeichen: E 9860
Redaktionskollektiv:
Wolfgang Haug, JanJacob Hofmann, Andreas Ries, Harald Romacker, Herby Sachs (ViSdP), Boris Scharlowski, Dieter Schmidt.
Namentlich gekennzeichnete Beiträge stehen unter der Verantwortlichkeit der VerfasserInnen und geben nicht die Meinung des Herausgebers oder des presserechtlich Verantwortlichen wieder.

Verlag, Satz und Vertrieb: Trotzdem Verlag, Grafenau
Druck: Druckcooperative Karlsruhe
Auslieferung an den Buchhandel:
BRD: Trotzdem Verlag
Österreich: Anarchist. Buchhandlung, Wien
Schweiz: Anares, Bern



Merci

Wir möchten uns auch diesmal wieder bei allen Spendern bedanken. Ohne ihnen wäre es nicht mehr möglich, die Zeitschrift herzustellen.
Über Angebote zur Mitarbeit sind wir nach wie vor sehr dankbar.

nd Verfahren gegen
nd Antimilitaristen
wangsdienste und

t in der Krise?
nsverfahrens
en

m kapitalen Winde verweht?
e Kraft des Windes
ob Schiffelholz

6 **Rezensionen, A-Kurzes**

7-61 **Nationalsozialistische Säuglingspflege**
Der Weg zum Massenmenschen
Gregor Dill

66-67 **Trotzdem goes Genossenschaft**
Ein Kleinverlag auf den Weg in die Zukunft.
Dieter Schmitt, Wolfgang Haug

SF- Redaktion, PF 1159, 71117 Grafenau, e-mail: TrotsdemuSF@t-online.de
Internet: http://www.txt.de/trotzdem
http://www.comenius-antiquariat.com/anares/verlage/tv.htm

Jetzt kom

von Revolutionsbräuhof (RBH)

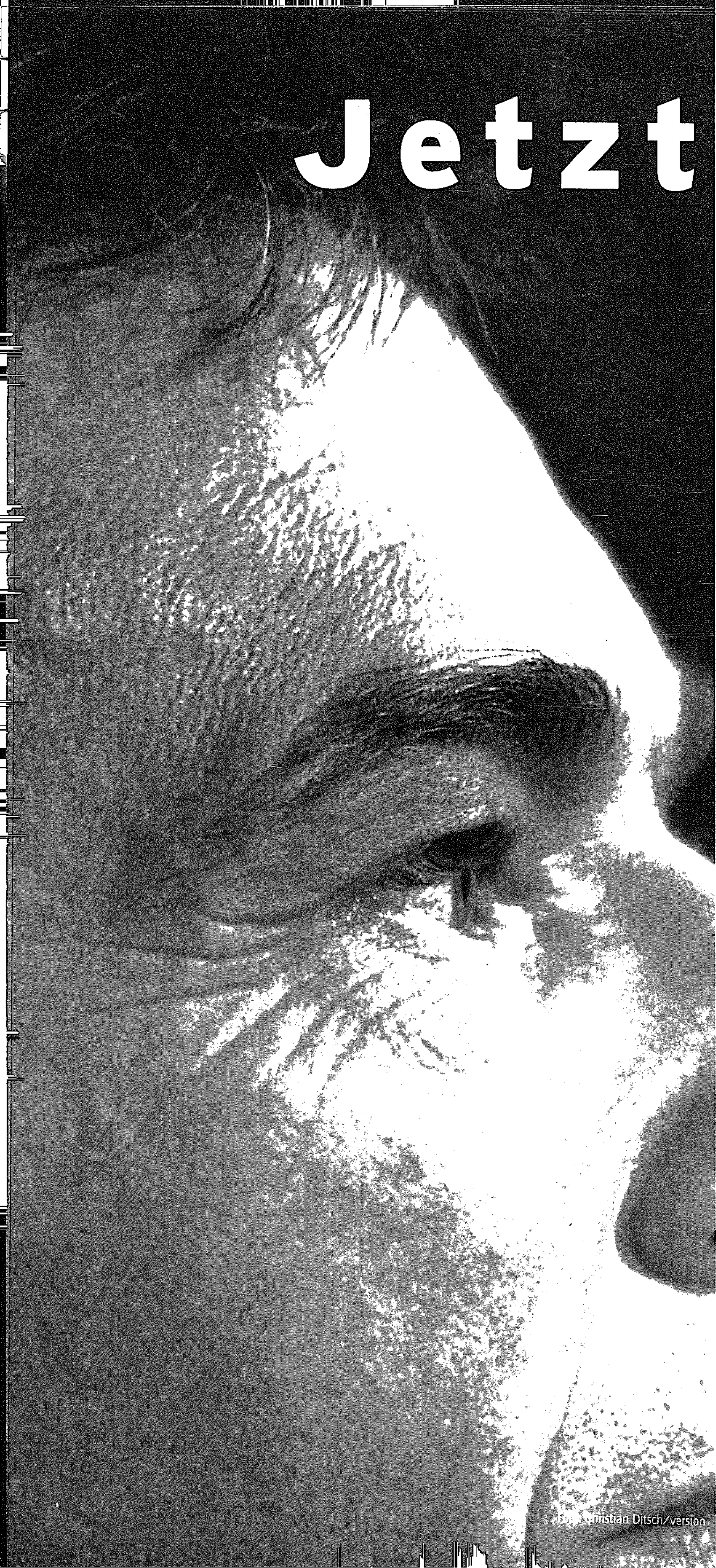


Foto: Christian Ditsch/version

Die Schwarz-Blaue Koalitionsregierung unter dem Christlich-Sozialen Wolfgang Schüssel ist nur ein Zwischenspiel: In zwei Jahren ist Schüssel Botschafter in Kasachstan und Haider Kanzler.

Was die Menschen in Österreich darüber denken? Sind dafür. Die es nicht sind: Sehr viele trauen sich bereits nichts mehr dagegen zu sagen. Jetzt schon. Die Demonstrantionen vermitteln hier teilweise ein trügerisches Bild. Das Ausland ist über Haider entsetzt, die ÖsterreicherInnen haben ihn gewählt. Das Ausland hat Haider nie verstanden, die ÖstereicherInnen auch nicht.

Haider ist kein Nazi – Haider ist etwas anderes, für das es zum Teil noch keinen Namen, keinen politischen Begriff gibt. Was er ist, wie seine politische Vollendung aussehen wird, weiss er zum Teil selber noch nicht. Haider will die Macht, für sich. Schrankenlose Macht. Alles was er tut, ist Vehikel dahin. Die Stimmungen die er schürt, der Hass auf ausländische Menschen, auf Arbeitslose, Drogensüchtige, der aufkommende Antisemitismus, die Verachtung für sozial Schwache, diese Stimmungen sind sein Handwerkszeug. Er muss immer lauter, schärfer, härter, grauslicher werden. Die Dosis erhöhen, damit sie Wirkung zeigt. Und in der Regierung darf er nicht nur davon reden, er muss es TUN. Sonst ist er entzaubert.

Es ist eine Wechselwirkung: So wie Haider seine AnhängerInnen immer weiter treibt, ist er Getriebener. Die Gespenster, die er gerufen hat, wird er so leicht nicht mehr los. Eine Regierungsbeteiligung der FPÖ ist möglicherweise die Vorstufe zur Etablierung eines autoritären Regimes in Österreich.

mt Haider

Aus den Tälern steigen düstere Visionen. Der braune Bodensatz hat seine Lichtgestalt gefunden, die mittlerweile auf internationalem Parkett jammert und droht.

Was meinen wir damit? Möglicherweise Einschränkung der Meinungs-, Presse-Rede- und Versammlungsfreiheit, willkürliche Verhaftungen von Menschen, die gegen das Regime sind; massive Übergriffe; freie Hand für die Polizei und damit noch mehr Rassismus und Brutalität der Polizei als bisher, Überwachungsstaat, drastische Einschränkung der Opposition (parlamentarische sowie ausserparlamentarische), Hetze und alles was darauf folgen kann gegen Andersdenkende, also gegen alle, die irgendwie kritisch sind, Zerschlagung der Gewerkschaften usw. Nicht auf einmal, sondern schleichend. Das ist, was sein könnte. Darauf müsst ihr im Ausland achten. Das hilft uns sehr.

Und wir selbst? Seit fast fünf Jahren läuft gegen uns auf Betreiben der FPÖ ein Staatsschutzverfahren. Gegen 18 Personen, die uns zugerechnet werden, gibt es seit Sommer 1995 Vorerhebungen wegen Teilnahme an einer Staatsfeindlichen Verbindung, Bildung einer Kriminellen Vereinigung, Herabwürdigung der Republik, Aufforderung zu strafbaren Handlungen usw. usf. Obwohl ein immenser Ermittlungsaufwand betrieben worden ist, 23 Hausdurchsuchungen gemacht worden sind, 27 Verhöre und Vorladungen, Observationen und Beschlagnahmen (allein die Auswertung unserer EDV hat hundertausende Schilling gekostet), wollte das Verfahren nicht so richtig vom Fleck kommen.

Was weiter nicht verwunderlich war: Unser Geschäft ist die legale politische Arbeit und nicht das Begehen von Straftaten. Das strafwürdige Delikt soll unsere anarchistische Gesinnung sein.

Eine FPÖ-Regierung wird mit uns kurzen Prozess machen.

Was wir tun werden? Dableiben. Dagegenstehen, so gut wir es als kleine Gruppe zusammenbringen. Weil das immens wichtig sein wird: Dass es in dieser langen Nacht der Grauslichkeiten einige wenige Gegenstimmen gibt, jemand den Menschen Mut und Courage macht.

Es gibt viele, die von einer FPÖ-Regierung noch ungleich betroffener sein werden, als wir: Ausländische Menschen, Jüdinnen und Juden, Arbeitslose, Frauen; alle, die am Rand dieser Gesellschaft stehen. Sie werden keine Stimme haben; nirgends. Die traditionellen politischen Institutionen und die parlamentarische Opposition haben ihren Offenbarungseid abgelegt: Sie haben Haider nicht verhindert. Und sie werden auch jetzt nichts gegen ihn tun, sondern seine loyalen und servilen Kritiker sein.

Den Menschen zu zeigen, dass sie sich nur auf sich selber verlassen können – und dass das aber auch geht, dass man/frau gegen die Obrigkeit etwas tun kann, gemeinsam nicht wehrlos ausgeliefert ist: Das allein, eine Gegenbewegung von unten, wird Haider wieder von der Macht wegbringen.

»Er hat Euch nicht belogen«?

»Mieten senken!« hat die FPÖ vor den Wahlen plakatiert. Und jetzt? Werden die billigen Mieten (der Friedenskronenzins) bei den letzten Wohnungen abgeschafft. Wohnen wird für viele drastisch teurer. Wer einmal lügt dem glaubt man nicht ... Der Strompreis muß gesenkt werden, hat Jörg Haider verlangt? An ihren Taten soll man sie messen, die neue Regierung? Die neue Energieabgabe kostet jeden Haushalt 500 Schilling im Jahr. Jeden Haushalt, nicht jedes Unternehmen. Für große Firmen gibt es eine Obergrenze. Das Budget muß ausgabenseitig saniert werden, hat man uns erzählt? Sparen, Sparen, Sparen? Jetzt wird die Versicherungssteuer angehoben, die Tabaksteuer, die Autobahnvignetten werden türer usw. usf. Gespart wird bei den kleinen Leuten: Wer krank ist, verschlissen vom Arbeiten, und in Frühpension geht, wird bestraft. Durch Abschläge. Bis zu 44 Prozent. Überhaupt sollte man unter dieser Regierung besser nicht krank werden: 20 Prozent Selbstbehalt bei Arztbesuchen und Medikamenten. Wieviele PensionistInnen werden es sich zweimal überlegen, zum Arzt zu gehen? Weil sie mit ihrer Rente jetzt schon hinten und vorne nicht zusammenkommen. Urlaubsaliquotierung ab dem zweiten Jahr? Abgeschafft! Postensuchtag bei Selbstkündigung? Abgeschafft! Abfertigung für neue Dienstverträge? Abgeschafft! Zwangsparen bei einer privaten Pensionsversicherung stattdessen.

Ein Katalog der Grauslichkeiten: Privatisierung der Arbeitsmarktverwaltung, Abschaffung der Zumutbarkeitsbestimmungen, d. h. nie dagewesene Lohndrückerei. FacharbeiterInnen und Angestellte werden Hilfsarbeit machen müssen. Was machen HilfsarbeiterInnen? Arbeitslos sein. Langzeitarbeitslos. Was passiert mit Langzeitarbeitslosen?

Zwangsarbeit. Gemeinnützige Tätigkeiten.

»Nicht die Freiheitlichen sind die Schädlinge der Demokratie. Wir sind das Schädlingsbekämpfungsmittel. Bei uns regieren die Rothäute und die Schwarzen - und nicht, wie üblich, dass sie in den Reservaten leben.«

(Jörg Haider, Die Presse, 10. September 1990)



Das finden Sie gut und richtig? Ja? Bis Sie selber drankommen! Arbeitslos sind. Langzeitarbeitslos sind. Zwangsarbeit leisten:

Hundströmmerl in einem Park wegräumen.

Frauen? Kahlschlag bei den Beratungseinrichtungen. Über Abtreibung braucht frau nichts wissen. Dafür kommt der Kinderscheck. Eine Wurfprämie, damit der Regierung die Untertanen nicht ausgehen. Und damit Frauen vom Arbeitsmarkt weggedrängt werden können. Noch mehr von Männern abhängig sind. Wie das finanziert wird? Abverkauf der Staatsbetriebe. Wenn die nicht mehr da sind? Steuererhöhungen. Noch mehr Sozialabbau. Studiengebühren. Privatuniversitäten. Bildung für Reiche. Und sonst? In der Außenpolitik wird diese Regierung nicht viel zu bestellen haben. Weil keiner mit ihr etwas zu tun haben will. In die NATO will sie. Ob die NATO sie will? Vielleicht werden irgendwann Östereicherinnen und Österreicher in einem sinnlosen Krieg sterben.

Inneres: Lauschangriff und Rasterfahndung werden dauerndes Recht. Der Agent Provokateur kommt, d. h. der Staat stiftet seine BürgerInnen an, Straftaten zu begehen, damit er sie dann dafür bestrafen kann. Außergerichtlicher Tatausgleich: einschränken. »Lebenslange Überwachung von Rückfalltätern« wird diskutiert. Ebenso:«Zero tolerance«, d. h. bei dreimaliger Verurteilung lebenslang. Auch bei Ladendiebstahl. Insgesamt: Einsperren, einsperren, einsperren. Nicht lange fackeln. Lieber einsperren als Fragen.

Wird hier nicht die Kur schlimmer als die Krankheit?

Es wird kalt und dunkel. Ausländische Menschen fürchten sich. Jüdische Menschen reden vom Kofferpacken. Minderheiten warten mit Unbehagen, was da kommt.

Ihr habt diese Regierung gewählt. Ihr Österreicher. Und ihr werdet schon gewußt haben, was Ihr da wieder einmal tut. Dieses Traktat handelt nicht davon, was für ein Naziland Österreich ist, was Jörg Haider ist oder nicht ist, ob die ausländischen Sanktionen überzogen sind oder nicht es will Euch bloß dies sagen: Ihr werdet nicht ungeschoren davonkommen bei dem Ganzen. Das ist eine Regierung der Reichen gegen Euch. Ihr werdet die Zeche bezahlen. Ganz. Gründlich. Ihr bezahlt es alles und Ihr bezahlt es teuer! Und so lange ihr nicht kapiert, daß Euch ausländische Menschen, verfolgte Menschen, diskriminierte Menschen, näher stehen als Eure eigene Obrigkeit, ist das unausweichlich und vielleicht sogar ganz gut so. Denn wer kein Mitfühlen für andere hat, ist im Endeffekt unfähig, sich zu wehren, wenn es ihm selber an den Kragen geht. Vorsicht: Das ist keine Beschimpfung, sondern ein Appell zum Nachdenken. Nur eine Gesellschaft, für die Solidarität unteilbar ist, wird die Parole ausgeben können:

Weg mit der Blau/Schwarzen Regierung!

Der Revolutionsbräuhof ist eine anarchistische Gruppe in Wien. Wir machen vor allem Öffentlichkeitsarbeit, geben die Zeitschriften Kultur »zwischendurch« und »Die Schwarze Distel« heraus und betreiben die Anarchistische Buchhandlung.

Kontakt: Revolutionsbräuhof (RBH)/Anarchistische Buchhandlung; Hahngasse 15, A-1090 Wien.
Tel.: (+43 1) 310 76 93, Fax: (+43 1) 319 52 22
E-Mail: rbh@inode.at =80 http://www.inode.at/rbh
Öffnungszeiten: Montag bis Dienstag 1. bis 14 Uhr, Montag bis Freitag 15.30 bis 19.30 Uhr



Foto: Christian Ditsch/version

Offener Brief an den Bürgermeister der Stadt Innsbruck Dr. Herwig van Staa, Innsbruck, 14.03.2000



ter nette Leute

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich bin enttäuscht darüber, dass der Aufsichtsrat des Congress Innsbruck entschieden hat, die Festakademie und der Festkommers am 13. Mai 2000 im Kongresshaus Innsbruck stattfinden zu lassen. (...)

Da ich aus sehr persönlichen Gründen gegen jede Form des Rassismus und Rechtsextremismus bin, nehme ich mir das demokratische Recht auf alle legalen demokratischen Mittel zurückzugreifen, um diesem Ungeist in einem Europa in Veränderung entschieden entgegen zu treten. Ich möchte Sie daher nicht über die von mir bereits gestarteten und geplanten Aktivitäten – die ich Schritt für Schritt setzen werde, je nach Erfordernis – in Unkenntnis lassen:

1) Recherchen über die Teilnehmer an der Festakademie laufen. Die Teilnehmer sind, so das erste Ergebnis, lange nicht so seriös wie die Veranstalter dies behaupten. (...)

2) Zum Hauptveranstalter, der Brixia selbst: Laut Fernsehbericht des ORF-Tirol waren 80 % der Brixen NSDAP Mitglieder und 20 % bei der SS. Nach dem Krieg hat sich die Brixia nicht von einschlägig belasteten Personen gelöst. U.a. hat die Brixia den Ausschwitz-Leugner David Irving 1989 nach Innsbruck als Referenten eingeladen. (...)

5) Für den 12. und 13. Mai 2000 sind bereits mehrere Gegenkundgebung und eine Demonstration am 13. Mai angemeldet. Wenig bekannt ist, dass der 14. Mai exakt der Tag ist, an dem die Regierung Schüssel-Haider die ersten hundert Tage hinter sich gebracht hat. Es finden in ganz Österreich Kundgebungen und Demonstrationen statt. Die Umtriebe der Burschenschaften mit brauner Vergangenheit werden bei diesen Demonstrationen und Kundgebungen und allenfalls davor stattfindenden Pressekonferenzen entsprechend Österreichweit gewürdigt und einem Publikum weit über Tirols Grenzen hinaus bekannt werden. Ich bin davon überzeugt, dass die Teilnahme an den Gegenaktivitäten in Innsbruck sehr breit ausfallen werden.

6) Zufall oder nicht, aber am 5. Mai 2000 tritt im Vorfeld der Festakademie in Innsbruck die Gruppe »Böhse Onkelz« aus Deutschland auf. Die Band ist für ihre menschenverachtenden Texte gegen MigrantInnen bekannt. Der 5. Mai ist der von der EU bestimmte europäische Tag gegen Rassismus und Gewalt. Am 7. Mai findet in Traiskirchen eine Gedenkfeierlichkeit statt. Ich betone den Zusammenhang deswegen, weil davon auszugehen ist, dass das internationale Interesse an den Ereignissen in Österreich und in Tirol zusätzlich sensibiliert wird.

7) Ich beabsichtige auch die Partnerstadt Innsbrucks Grenoble, die auf eine Klarstellung der Haltung Innsbrucks wartet, über die skandalösen Vorgänge in Innsbruck zu informieren und behalte mir vor, die Aktivitäten auszuweiten.

Bitte fassen Sie dieses Schreiben als Absichtserklärung auf. Noch ist meinerseits nichts endgültig entschieden und manches nur im Planungsstadium bzw. laufen die erforderlichen Recherchen. Ich betone, dass mein Handeln ausnahmslos privat ist und nur ideell mit den Anliegen meiner Arbeitsstelle, der AusländerInnenberatung Tirol, zu tun hat.(...)

Mechtersheimer, RFJ, Großdeutsches »Jugendtreffen«

Der Ring Freiheitlicher Jugend (RFJ) lädt gemeinsam mit der Deutschland-Bewegung des deutschen Rechtsextremisten Alfred Mechtersheimer zu einem »deutsch-österreichischen Jugendtreffen« am 26. und 27. Juni in Schärding ein.

Der FPö-Nachwuchs will dort u. a. »zeigen, dass die patriotische Jugend nicht auf nationalstaatliche Kategorien fixiert ist«, sondern das ganze »Deutschland« im Blick hat. Gemäß der freiheitlichen Sprachregelung kommt diese großdeutsche Orientierung heute jedoch als »europäische« daher. Eröffnet wird die Tagung der jungen Nationalen mit einem Vortrag des oberösterreichischen FPÖ-Landtagsabgeordneten Lutz Weinzinger. Darauf folgt ein »Impulsreferat« des Mitveranstalters Mechtersheimer. Zu folgenden Themen sollen sich dann Arbeitskreise bilden:

»Demographischer Wandel: Stirbt die deutschsprachige Bevölkerung aus?« (Thomas Moritz),
»Globalisierung und Sozialstaat« (Michael Wiesberg),
»Entwicklung von Musik und Zeitgeist in den 90ern« (Holger Stürenburg),
»Effizent arbeiten mit dem Internetz«
»Wirtschaftspolitik« (Mag. Andreas Rabl),
»Europa und EU« (FPÖ-Listenführerin bei der Wahl zum Europäischen Parlament, Daniela Raschhofer).

Daneben stellen RFJ-Landesobmann Rüdiger Schender und RFS-Bundesobmann Andreas Trammer ihre Organisationen vor. Im Rahmen eines »Kameradschaftsabends« soll der greise Baldur Springmann »zur Jugend« sprechen. Für den 27. ist schließlich ein »Vortrag eines hochrangigen FPÖ-Spitzenpolitikers« angekündigt.

Den rechtsextremen Charakter dieses »Jugendtreffens« belegen nicht zuletzt die eingeladenen Referenten. Bei Michael Wiesberg handelt es sich um einen »wissenschaftlichen Mitarbeiter« der Republikaner im Landtag von Baden-Württemberg. Darüber hinaus betätigt sich Wiesberg als verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift Der Republikaner, dem Organ dieser rechtsextremen Partei. Auch Holger Stürenburg ist in der Szene kein Unbekannter: Er schreibt immerhin für die rechtsextremen Zeitschriften Nation & Europa und Europa vorn. Für das Heft »Patriotenverfolgung«, einer Sonderausgabe der von Gert Sudholt herausgegebenen rechtsextremen Reihe Deutsche Geschichte, lieferte Stürenburg ebenfalls einen Beitrag ab. Baldur Springmann, Jahrgang 1912, ist seit den 70er Jahren führend in der rechtsextremen Szene, Abteilung deutsch-völkischer und naturreligiöser Obskurantismus, aktiv. So etwa bei der Deutschen Unitarier Religionsgemeinschaft (DUR), einer Gründung von ehemaligen Nationalsozialisten in der Nachfolge der Deutschen Glaubensgemeinschaft. Oder beim deutschen Weltbund zum Schutz des Lebens (WSL), welcher 1985 aufgrund seiner rechtsextremen Ausrichtung aus dem internationalen WSL ausgeschlossen wurde. 1982 spaltete sich Springmann gemeinsam mit Herbert Gruhl und anderen als Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) von den deutschen Grünen ab. Bald entbrannte auch innerhalb der ÖDP ein Richtungsstreit, in dessen Verlauf sich der rechte Flügel um Springmann als Unabhängige Ökologen Deutschlands (UÖD) abspaltete. Die öko-rassistischen UÖD treten gegen eine »multikulturelle Vermassung« auf und verfügen als parteiunabhängige Gruppe über beste Kontakte innerhalb des rechten bis rechtsextremen Spektrums. (...)


Foto: Christian Ditsch/version

Dr. Otto Scrinzi, HALT, Pedro Varela und Gerd Honsik

Der 1992 nach Spanien geflohene Neonazi Gerd Honsik widmete die jüngste Ausgabe seiner Zeitschrift HALT (Nr. 94) dem behördlichen Vorgehen gegen Pedro Varela, der im November 1998 von einem Gericht in Barcelona zu einer fünfjährigen Haftstrafe verurteilt wurde. Grundlage des Prozesses war ein 1996 verabschiedetes Gesetz, das Holocaustleugnung auch in Spanien unter Strafe stellte. Bereits im Dezember 1996 durchsuchten spanische Behörden die Buchhandlung Varelas in Barcelona. Dabei konnten mehr als 2.000 Bücher, zahllose Nazistika und Unterlagen beschlagnahmt werden. Varela gilt als zentrale Figur im internationalen Neonazi-Netzwerk. Sein Circulo Espanol des Amigos de Europa (CEDADE), eine von SS-Ideologen und nach Spanien geflohenen NS-Schergen wie Otto Scorzeny oder Leon Degrelle inspirierte Kadertruppe, war fest eingebunden in die Strukturen der internationalen Neonaziszene. Neben der Gesetzeslage bis 1996 waren vor allem die Aktivitäten der CEDADE dafür verantwortlich, daß auch das nachfaschistische Spanien zum Rückzugsgebiet europäischer Neonazis werden konnte. So wie Honsik, der sich einer 18monatigen Haftstrafe in Österreich entzog, fänden einige deutsche NS-Kader Unterschlupf bei der CEDADE. 1991 nahm Varela an der »Politischen Akademie« der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) in Weyer/Oö teil und lobte in seinem Referat Hitler wörtlich als »zweiten Erlöser der Mensch-

heit«. Als der spanische Neonazi ein Jahr später an der »Gästewoche« des von Dr. Otto Scrinzi geführten österreichischen Kulturwerkes in Kärnten teilnehmen wollte, wurde er verhaftet. Beim folgenden Prozeß in Steyr wurde Varela freigesprochen, da er sich - so die Geschworenen – der Strafbarkeit seiner Aussagen nicht bewußt gewesen sei. Auch vor dem spanischen Gericht tat Varela nun so, als hätte er über die strafrechtliche Relevanz der von ihm verbreiteten Schriften nichts gewußt. Diesmal jedoch ohne Erfolg.

Dr. Otto Scrinzi, AULA und Antisemitismus im FPÖ-Vorfeld

Bewerbung von holocaustleugnenden Publikationen, wohlwollende Berichte über deutsche Neonazis, offene NS Apologie – die von den Freiheitlichen Akademikerverbänden herausgegebene Aula legte nach dem Abgang von Andreas Mölzer und Jürgen Hatzenbichler jede taktische Rücksichtnahme ab. Otto Scrinzi, der als »Schriftleiter« für den neuen Kurs maßgeblich verantwortlich zeichnet, steuerte für die jüngste Ausgabe einen Artikel bei, welcher aufgrund seines prototypischen Charakters nähere Aufmerksamkeit verdient.

Unter dem Titel »Vom Volk der Denker zu dem der 'Banker'« zeichnet Scrinzi ein Bild der Degeneration »Deutschlands«. Wie stets in den rechtsextrem-paranoiden Untergangsszenarien sind die Verantwortlichen für die Misere rasch ausgemacht: die Juden. Im Antisemitismus nach Auschwitz werden diese aber nicht explizit genannt, sondern mit Codewörtern umschrieben. Scrinzi setzt hier wie so viele Rechtsextremisten auf die Identifikation von Juden und Geld oder (Groß) Banken:

»In keiner Epoche der uns bekannten Weltgeschichte galt so wörtlich wie heute: Geld regiert die Welt. Nicht die Jelzins, Clintons oder Schröders ziehen die Fäden, sondern die großen Banker und Spekulanten: Greenspans, Soros, Beresowskys.« (Aula 7-8/1999, S. 28)

Im Suchen und Erkennen von verborgenen Wahrheiten liegt der quasi-religiöse Gehalt antisemitischer Verschwörungstheorien. Diese falsche Sinnstiftung macht ihre Beharrlichkeit gegenüber rationalen Argumenten aus. Nach der Entlarvung angeblicher Hintermänner – der »internationalen Geldherren« – werden diese von Scrinzi auch noch benannt. Die Erwähnung von Namen, die im Alltagsdiskurs sofort als 'typisch jüdisch' erkannt werden, hat eine ähnliche Funktion wie die Verwendung von Codes: Man kann über Juden sprechen, ohne diese Bezeichnung überhaupt verwenden zu müssen. Scrinzi führt dann einen weiteren beliebten antisemitischen Kunstgriff vor - den als Distanzierung gekleideten Vorwurf: »Nicht das monetäre Talent dieser Geldjongleure sei hier angeprangert, noch ihre Volkszugehörigkeit.« Von ihm angeprangert werden hingegen jene »deutschen Politiker«, die sich dem »Gott Mammon« unterworfen hätten. Als Einschnitt präsentiert Scrinzi das Jahr 1945, als »Deutschland« »von Kreuzzüglern eines neuen demokratischen und christlichen Humanismus« erobert, zerstört und geknechtet worden sei. Seither übten sich die »Deutschen« in »fortgesetzter Selbstdemütigung«, welche sich auch in der Verwirklichung eines Holocaust-Mahnmals in Berlin ausdrücke. Dieses solle »in seiner Hybris nicht unschuldiger Opfer des letzten Krieges gedenken (...), sondern die ewige Unterwerfung festbetonieren«.

Die Bezeichnung der von »Deutschen« und ihren Helfern ermordeten Juden als »Opfer des letzten Krieges« hat System, können so konkrete Taten und Täter im allgemeinen Kriegsgreuel aufgelöst werden. Die eigentlichen »Opfer« sind ohnehin die »Deutschen«: Durch die Umerziehung jeder Widerstandskraft beraubt und von den Versprechungen der Konsumgesellschaft geblendet, hätten sie sich den »Bankern« ausgeliefert. Unter deren »Herrschaft« seien sie zwar »reich geworden«, jedoch »geistig-kulturell« verarmt. Aus Scrinzis »Volk der Denker« ist mit dem Ende des Nationalsozialismus ein »verstörtes und verdummtes Volk« geworden, das sich von »Massenfluchten und -wanderungen« überrollen, als »Zahlmeister der halben Welt« ausbeuten und von »Jazz-Orgien« und dem »Geheule der Pop-Stars« berieseln lasse.

Scrinzis »Kulturtage« 1998

Das österreichische Kulturwerk – Landesgruppe Kärnten des rechtsextremen Alt-Aktivisten Otto Scrinzi lud auch dieses Jahr wieder zu seinen »Kulturtagen« ins Kärntner Sirnitz. Zwischen 30. September und 3. Oktober tauschte man sich über »Freiheit und Ordnung« aus.

Neben Scrinzi selbst und Jürgen

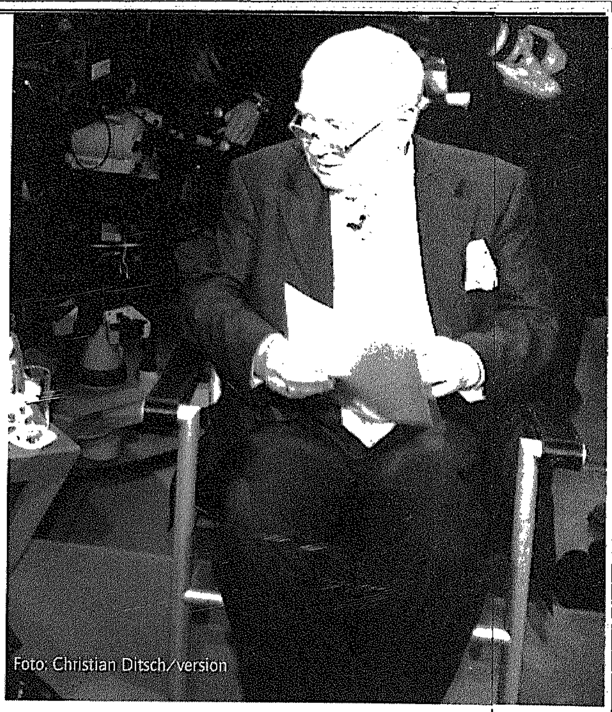


Foto: Christian Ditsch/version

Schwab referierten Martin Pabst, die ehemalige Europaabgeordnete der Republikaner, Johanna Grund, General a. D. Reinhard Uhle-Wettler und Wolfgang Strauß. Pabst war zwischen 1990 und 1994 Vorsitzender des Hilfskomitees Südliches Afrika (HSA), einer rechtsextremen Lobby deutscher Apartheids-Befürworter. Daneben trat er als Vortragender bei der deutschen Gesellschaft für freie Publizistik (GfP) und Autor in zahlreichen rechtsextremen Medien in Erscheinung. Gleiches läßt sich von Uhle-Wettler und Strauß sagen. Grund und Strauß sind hierzulande neben ihrer Vortragstätigkeit bei der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP) und Scrinzis Kulturwerk v. a. durch Artikel in der Aula bekannt geworden.Apropos Scrinzi: Der ehemalige FPÖ-Nationalrat beschwert sich in einem Brief an das Pariser Centre europÈen de recherche et d' action sur le racisme et l'antisémitisme (C.E.R.A.) Über die Erwähnung der Aula im letzten Bericht über den Rechtsextremismus in Europa. Bei dieser Gelegenheit gibt sich Scrinzi auch gleich als gegenwärtiger Schriftleiter der Aula zu erkennen.

5. Kulturtage von Otto Scrinzi, Kulturwerk Österreich, Jahresbericht des Innenministeriums

Die 5. Kulturtage von Otto Scrinzis Kulturwerk Österreich, Landesgruppe Kärnten, finden heuer vom 4.-8. September 1996 in Gnesau/Gurktal in Kärnten statt. Der Jahreslagebericht des Innenministeriums aus dem Jahr 1994 hält zum Kulturwerk fest: »Bei den jährlichen

Veranstaltungen, die als 'Kulturtage' bezeichnet werden, wurde in der Vergangenheit gegen spanische, deutsche und Schweizer Rechtsextremisten und Revisionisten behördlich vorgegangen.« Neben österreichischen Vortragenden wie Walter Marinovic und dem ehemaligen FPÖ-Grundsatzdenker und heutigen Chefredakteur der Jungen Freiheit (JF), Andreas Mölzer, sind vor allem Referenten aus der BRD vertreten. Angekündigt sind u. a.: Walter Post, Dozent am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaften an der Münchner Universität, der als Autor des Buches »Unternehmen Barbarossa. Deutsche und sowjetische Angriffspläne« in der internationalen »Revisionisten«-Szene Bekanntheit erlangte und schon 1992 als Referent bei den Tagen Deutscher Kultur (Veranstalter ist das rechtsextreme bundesdeutsche Deutsche Kulturwerk europäischen Geistes) aufschien. 1993 erhielt er von der »revisionistischen« Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) eine Ehrengabe für Zeitgeschichtsforschung. Imke Thomas, die im Umfeld des deutschen Neonazis Jürgen Rieger anzusiedeln ist. Die Autorin in den Huttenbriefen fungierte des öfteren als Referentin bei den Gästewochen des Deutschen Kulturwerks europäischen Geistes und nahm 1991 und 1993 an der Hetendorfer Tagungswoche teil (Veranstalter u. a.: Artgemeinschaft e. V., Familienwerk e. V., Freundeskreis Filmkunst e. V., Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung e. V., Gesellschaft für freie Publizistik – Arbeitskreis Hamburg, Heide-Heim e. V., Heinrich-Anacker-Kreis e. V., Nordischer Ring e. V., Northern League). Witikobund-Mitglied Richard W. Eichler, regelmäßiger Autor in den rechtsextremen Zeitschriften Nation und Europa, Junge Freiheit, Deutschland in Geschichte und Gegenwart und Deutsche Geschichte, Referent bei Veranstaltungen des Deutschen Kulturwerks europäischen Geistes, des Vereins Dichterstein Offenhausen, der Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik, und des Studentenbundes Schlesien (SBS) – letzterer unterhält enge Kontakte zur Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und zu den Jungen Nationaldemokraten (JN). Eichler ist Verfasser der in der Reihe Eckartschriften (Hrsg.: Österreichische Landsmannschaft) erschienenen Broschüren »Wahre Kunst für ein freies Volk« (Nr. 117) und »Die Zukunft der deutschen Sprache« (Nr. 127).

Zur AULA

In der Aula No. 1/Jänner 2000 wurde die Festakademie offiziell angekündigt Univ. Doz. Dr. Friedrich Romig, Brigadier Gunter Spath, Helmut Müller, Dr. Gerulf Stix, beteiligte an der Festakademie als Referenten oder Teilnehmern am Podiumsgespräch, sind »AULA«-Autoren. Univ. Doz. Dr. Reinhold Gärtner (Universität Innsbruck, Tel. 0512/507 zur Aula:

Die »Aula« dient nach wir vor zahlreichen rechtsextremen Autoren als Publikationsorgan. Daneben ist die »Aula« bemüht, auch andere, gemäßigte Positionen zu vertreten. Damit erfüllt die »Aula« eine zentrale Brückenfunktion zwischen Rechtsextremismus und Rechtskonservatismus. Mangelnde Distanz zum Rechtsextremismus zeigt die »Aula« nicht nur bei der Auswahl der Autoren, sondern auch z.B. bei der Auswahl von Inseraten, Nachdrucken oder rezensierten Büchern. Obwohl die Aula bemüht ist, in Österreich als Organ der »Neuen Rechten« aufzutreten, bleiben die »Alten Rechten« präsent. Die »Aula« bedient sich immer wieder rassistsicher Muster, speziell einer deutlich hierarchisch wertenden Sichtweise zwischen »Deutsch« und »Nicht-Deutsch«. In der »Aula« werden darüber hinaus rassistische und fremdenfeindliche Publikationen beworben und vertrieben.

Die »Aula« vermeidet die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust. Die »Aula« versucht vielmehr, NS-Verbrechen zu relativieren und damit langfristig angeblich »positive« Seiten des Nationalsozialismus herauszustreichen. Auch wird versucht, die Ursachen für den Beginn des Zweiten Weltkrieges nicht bei den Nationalsozialisten zu finden.

NPD-Inserat in Aula

In der Aula 2/1999 findet sich ein Inserat der Deutschen Stimme, die vom Parteivorstand der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) herausgegeben wird. Der deutsche Verfassungsschutz stellt im Verfassungsschutzbericht 1997 unter der Rubrik »Rechtsextremistische Bestrebungen« fest, daß die NPD »die nationalsozialistische Herrschaft insgesamt als positives Gegenstück zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung darstellt« und »in ihrer Agitation den demokratischen Rechtsstaat in polemischer und verunglimpfender Weise angreift«.

Im Dezember 1998 wurde die Aula in der Deutschen Stimme folgendermaßen charakterisiert: »'Freiheit, Ehre, Vaterland', diese Losung der Deutschen Burschenschaft von 1815, die auch in der Moderne nichts an Aktualität eingebüßt hat, kann als Wahlspruch dieses Monatsmagazins aus Deutsch-Österreich gelten. Die professionell aufgemachte Zeitschrift steht der FPÖ und der korporierten [sic!] Studentenschaft nahe, ohne aber an geistiger Freiheit einzubüßen.«

FPÖ und NPD vereint in der AULA 1998

In der September-AULA findet sich auch eine illustre Runde von Autoren. So bezeichnet der deutsche Rechtsaußen Jürgen Schwab in seinem Artikel über »Nationalen Fundamentalismus« die Jugendorganisation der Nationaldemokratischen Partei Deutschland (NPD), die Jungen Nationaldemokraten (JN), als »vorbildliche Jugendorganisation«. Im deutschen Verfassungsschutzbericht 1996 werden die JN als »Nahtstelle zwischen NDP, Neonazis und anderen rechtsextremen Gruppen« bezeichnet, wobei die »Neonazis bei den JN inzwischen in führende Funktionen gelangt sind und über beachtlichen Einfluß verfügen«. Weiters präsentiert der Bundesvorsitzende der NPD, Udo Voigt, seine Ansichten über die Strategie seiner Partei. Auch ein Freiheitlicher zeichnet für einen Artikel verantwortlich:

FPÖ-Nationalratsabgeordneter Gerhard Kurzmann befaßt sich unter dem Titel »Freiheit der Kunst - die heilige Kuh der zeitgenössischen Kulturschickeria« mit ebendieser.

Aula-Publikation »1848 - Erbe und Neubeginn«

Der rechtsextreme Aula-Verlag schmückt sich mit der Autorenschaft des Präfekten der Glaubenskongregation im Vatikan, Kardinal Joseph Ratzinger. In seinem Beitrag »Freiheit und Wahrheit« im eben erschienenen Aula-Werk »1848 - Erbe und Auftrag« beschäftigt sich der Kardinal unter anderem mit dem seiner Ansicht nach falschen Freiheitsbegriff der Ge-

genwart. »Ein Verständnis von Freiheit, das als Befreiung nur immer weitere Aufl^sung von Normen und die ständige Ausweitung individueller Freiheit bis hin zur völligen Befreiung von aller Ordnung ansehen mag, ist falsch«, klagt der Theologe. Als Herausgeber des Sammelbandes fungiert Aula-«Schriftleiter« Otto Scrinzi, ehemaliger SA-Sturmführer, Ex-NSDAP-Mitglied und -FPÖ-Nationalratsabgeordneter. Mitherausgeber ist der umtriebige deutsche Rechtsextremist und Burschenschafter Jürgen Schwab, der Erwähnung im Nordrhein-Westfälischen Verfassungsschutzbericht 1997 findet. Das Buch stellt einen publizistischen Höhepunkt in den Instrumentalisierungsversuchen der Revolution von 1848 seitens deutsch-österreichischer Rechtsextremisten dar. Schwab widmet sich in seinem Artikel einmal mehr der angeblichen Zensur durch die »gegenwärtige demokratische Meinungsdiktatur«: »Kommunikationskontrolle findet in modernen Demokratien vielfältig ('pluralistisch') statt: vom Vermieter und dem Arbeitgeber angefangen, die aufgrund von Mediendenunziation 'Rechtsextremisten' PC-gemäß den Miet- bzw. Arbeitsvertrag kündigen, (...)bis hin zum BRD 'Verfassungsschutz' sowie dem sich im Anschein einer Halbstaatlichkeit sonnenden 'Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstandes' (DÖW), die in ihren denunziatorischen 'Berichten' politisch Andersdenkende – vornehmlich nationaler Denkweise – an den Pranger gutmenschlicher Öffentlichkeit stellen.« Natürlich ist dem Autor auch das NS-Verbotsgesetz als Zensurwerkzeug ein Dorn im Auge. So beklagt Schwab, daß die politische Zensur in Österreich »über die einschlägig bundesdeutsche noch einen Schritt hinausgeht, indem sie alles unter Strafe stellt, was großdeutsche Propaganda ist oder etwa nach staatlichem 'Anschluß' an die nördlichen deutschen Schwestern und Brüder riecht (sogenanntes 'NS-Verbotsgesetz': § 3 g und 3 h österreichisches Strafgesetzbuch)«.

ZUR ZEIT, Gaskammerleugnung im FPÖ-Umfeld

In der Wochenzeitung ZUR ZEIT fand sich im August 1999 der erste Artikel über die Inhalte des geplanten Festkommerses in Innsbruck. Es hieß dort: »Europa 2000«: National-freiheitliche Richtungsweisung. Der Jahrtausendkommers. Gegenkonzept der Couleurstudenten zu multikulturellen Gesellschaftsexperimenten.« und weiter: »Die EU tendiert zusehends zu einem zentralistischen Überwachungsstaat, der die Bürger kontrolliert. Das euorpaweit eingeführte Netz der Antifa-Konzeption gilt ihnen hier als das wohl nützlichste Instrument. Verwiesen sei hier nur auf die in Wien tätige europäische »Beobachtungsstelle für Rassismus und Xenophobie«, oder auf das für 1997 ausgerufene »Europische Jahr des Kampfes gegen Rassismus«. Dies sind nur einige Herausforderungen, Bedrohungen und Anliegen, die auf uns zukommen.«



Widerstand gegen rassistische Re...
Foto: Christian Ditsch/version

Nachfolgendes soll die Wochenzeitung charakterisieren und die Nähe zur FPÖ aufzeigen.

In der Ausgabe 23/99 (4.-10. Juni 1999) der Wochenzeitung Zur Zeit werden nationalsozialistische Verbrechen geleugnet und grob verharmlost. Hans Gamlich nennt in seinem Beitrag »Zweifel, Vater der Erkenntnis« (S. 11) Adolf Hitler einen »großen Sozialrevolutionär(s)«, dessen Stellvertreter Rudolf Heß einen »kühnen Idealisten«. Die Schuld Nazi-Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges wird durchwegs geleugnet; nicht die NS-Führung, sondern Churchill habe laut Gamlich »Europa in die Katastrophe« gestürzt. Der Überfall auf die Sowjetunion, der am Beginn des rassistisch und antisemitisch motivierten Vernichtungskrieges stand, wird bei Gamlich zu einer »notwehrhaften Präventivaktion« »zum Schutz Europas«. Den Holocaust und die Anzahl der sechs Millionen Opfer desselben bezeichnet Gamlich abwechselnd als »Dogma« und »Mythos«, welcher »im größten Schauprozeß der Weltgeschichte in Nürnberg institutionalisiert« wurde und »sich nur mehr quasireligiös begründen« lasse. Neben der quantitativen Verharmlosung dieses Verbrechens zieht Gamlich auch dessen einzigartige Qualität in Zweifel. Im Rückgriff auf bekannte rechtsextreme und neonazistische Geschichtsfälscher (»Revisionisten«) behauptet Gamlich die Unmöglichkeit der »Massenvergasungen mittels Zyklon-B« in den nationalsozialistischen Lagern. Dabei bezieht er sich auf die »naturwissenschaftlich-technischen Gutachten« etwa des Germar Rudolf, welcher sich derzeit auf der Flucht vor einer Strafverfolgung befindet und bereits 1995 in Stuttgart wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß verurteilt wurde. Auch die übrigen von Gamlich angeführten Vertreter der sog. »Auschwitzlüge« (Robert Faurisson, Fred A. Leuchter) wurden bereits in Frankreich und Deutschland angeklagt oder verurteilt. Die zustimmende Bezugnahme auf Dipl. Ing. Walter Lüftl, der ebenfalls die Unmöglichkeit der nationalsozialistischen Gasmorde behauptete, wurde bereits Herwig Nachtmann zum Verhängnis: Der damalige Geschäftsführer des Aula-Verlages wurde 1995 in Graz nach dem NS-Verbotsgesetz verurteilt, da unter seiner presserechtlichen Verantwortung Lüftls Behauptungen als »Meilenstein auf dem Weg zur Wahrheit« (Aula 7-8/1994, S. 15) bezeichnet worden waren.Mit dem Abdruck des Gamlich-Artikels, welcher seitens des DÖW am 8. 6. 1999 bei der Staatsanwaltschaft Wien zur Anzeige gebracht wurde, liefert die von Andreas Mölzer herausgegebene Zur Zeit einen weiteren Beleg für ihre rechtsextreme Tendenz. Daß der für Gamlichs Ausfälle gegen die historische Wahrheit verantwortliche Mölzer unlängst zum kulturpolitischen Berater des Kärntner Landeshauptmannes Haider aufgestiegen ist, überrascht angesichts der Gemeinsamkeiten in der Weltanschauung nicht. Daß Mölzer aber mittlerweile auch als Kommentator in mehreren nicht-rechtsextremen Medien werkt, muß als Ausdruck des Erfolges rechtsextremer Durchdringungsstrategien gewertet werden.

»Es wird nie soviel gelogen wie vor der Wahl, während des Krieges und nach der Jagd«
(Bismarck)

Der Inform

Hermann Werle
Gegeninformationsbüro Berlin

Der Krieg gegen Jugoslawien begann mit einer Lüge: »Wir führen keinen Krieg« ließ Bundeskanzler Gerhard Schröder am 24. März 1999 in seiner Regierungserklärung die Nation wissen, vielmehr handele es sich um eine »Militäraktion« oder nach NATO-Jargon um eine »Luftkampagne«. Die von Regierungsvertretern, PR-Agenturen und Pressestellen der kriegführenden NATO-Verbündeten zum Zweck der Kriegslegitimierung kreierten und über die Massenmedien gestreuten Begriffe wie den der »humanitären Intervention« gaben ganz nach dem Motto »wenn sie von Frieden reden, meinen sie Krieg« den deutlichen Hinweis: Es wird Krieg geführt - in diesem Falle gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Zugleich handelte es sich um einen »(Des)Informationskrieg« an der »Heimatfront«. Diese Seite des Krieges haben wir als Nachrichtenkonsumenten und Konsumentinnen eindrucksvoll erfahren müssen. Auf nahezu allen Fernsehkanälen die gleichen Bilder, im Radio die gleichen Stimmen und in den Kommentaren der Tagespresse sich wiederholendes Vokabular und auffallend ähnliche Meinungen zur Notwendigkeit der Bombardierungen. Eine Verschwörung? Gleichschaltung? Staatliche Zensur? Oder einfach nur die bekannte Ignoranz und Oberflächlichkeit der meinungsbildenden Medienindustrie?

PR-Agenturen als Kriegsakteure

Waren es bei der Destabilisierung von mißliebigen Regierungen und der Aufstandsbekämpfung in Lateinamerika überwiegend CIA-Agenten, die durch gezielte Falschmeldungen, US-Interventionen legitimieren sollten, wurde zur Vorbereitung des Kriegs gegen Irak eine der größten PR-Agentur in den USA unter Vertrag genommen. Ausgestattet mit einem Budget von 10,7 Mio. $ startete die PR-Agentur Hill & Knowlton 1990 einen Propagandafeldzug für die »Befreiung« Kuwaits. Höhepunkt der in der Geschichte wohl erfolgreichsten PR-Kampagne zu dieser Zeit war eine gezielte Lüge, die von der Bush-Administration und der kuwaitischen Regierung gestreut wurde. Am 10. Oktober 1990schilderte vor dem Menschenrechtsausschuß des US-Kongresses die 15-jährige Kuwaiterin Nayirah unter Tränen von Greueltaten irakischer Soldaten. Diese hätten in einem kuwaitischen Krankenhaus 15 Babys aus Brutkästen gerissen, auf den Boden geworfen und dort sterben lassen. Die Brutkästen wären entwendet worden. Aus anderen Krankenhäusern wurden ähnliche Vorfälle geschildert, so dass u.a. Amnesty International 312 auf diese Weise getötete Babys und gestohlene Brutkästen zählte – ai dementierte diese Angabe später. Präsident Bush griff die Greuelgeschichte in seiner Kriegskampagne immer wieder auf, so dass der zunächst kriegskritische US-Senat der Intervention zustimmte und durch die mediale Aufbereitung der Geschichte auch innerhalb der US-Gesellschaft ein Meinungsumschwung zu verzeichnen war. Im Januar 1992 wurde die Identität der jungen Zeugin enthüllt - es handelte sich um die Tochter Saud Nasir al-Sabahs, dem kuwaitischen Botschafter in den USA. Das Mädchen war von Hill & Knowlton professionel als Zeugin aufgebaut worden. Präsident der PR-Agentur war Craig Fuller, Bush-Anhänger und dessen ehemaliger Stabschef. Weitere Untersuchungen ergaben, daß kuwaitische Ärzte offensichtlich gelogen hatten und die vorgeblich entwendeten Brutkästen an ihren Plätzen standen. Des Weiteren wurde recherchiert, dass Untersuchungen stattgefunden hatten, mit deren Hilfe ermittelt worden war, welche Meldungen Menschen besonders erregte. Ergebnis war, dass die befragte Bevölkerungsgruppe sehr heftig auf Baby-Greuel reagiert hatte. Die Propagandalüge war 1992 widerlegt, der Krieg aber bereits Vergangenheit. Nach einem Bericht der Zeitschrift »Covert Action Quarterly« (CAQ) vom 26.Februar 1998 bestehen

auch zwischen der Clinton-Administration und H&K engste Verbindungen. Die früheren H&K-Köpfe Howard Paster und Lauri Fitz-Pegado arbeiten im Stab von Clinton und der frühere Mitarbeiter des Weißen Hauses, Thomas Hoog ist nun Leiter des Washingtoner Büros von H&K. Auch zum CIA pflegt H&K einen regen Austausch. Insbesondere Robert Keith Gray, der das H&K-Büro in Washington aufgebaut und über 30 Jahre geleitet hatte verfügt laut »CAQ« über beste Kontakte zur Führungsebene des Geheimdienstes.

Ruder Finn in Jugoslawien

Als 1992 die Brutkastenlüge publik wurde und mensch hätte denken mögen »gebranntes Kind, (d.h. in diesem Fall Journalisten und Journalistinnen) scheut das Feuer«, war bereits eine andere PR- Agentur damit betraut, dass Image Kroatiens, Bosnien-Herzegowinas und der kosovarischen Opposition zu fördern und die serbische Position in Mißkredit zu bringen. Der Direktor von Ruder Finn Global Public Affairs, James Harff erklärt in einem Interview wie seine PR-Agentur diesen Auftrag anging: »Das ist ganz einfach. Unser Arbeitsgerät besteht im wesentlichen aus einer Kartei, einem Computer und einem Fax. Die Kartei enthält die Namen von einigen Hundert Journalisten, Politikern, Repräsentanten humanitärer Organisationen und Universitätsangehörigen« Als den größten Erfolg ihrer Kampagne beschreibt er: »Dass es uns gelungen ist, die Juden auf unsere Seite zu ziehen.« Vor dem Hintergrund, daß Antisemitismus in Kroatien und Bosnien nicht nur ein historisches Phänomen ist, sondern vertreten durch den ehemaligen Präsidenten Tudjman und Izetbegovic auch im heutigen politischen Diskurs prägend sind, war dies keine leichte Aufgabe. »Die jüdischen Intellektuellen und Organisationen hatten daher allen Grund, den Kroaten und Bosniern feindlich gesinnt zu sein. Diese Tatsachenlage umzukehren, das war für uns eine Herausforderung. Wir haben das meisterhaft geschafft, und zwar zwischen dem 2. und 5. August 1992, als die New Yorker 'Newsday' die Sache mit den Lagern herausbrachte. (...) Wir sind sofort auf den Zug aufgesprungen. Im Handumdrehen konnten wir die Serben in der öffentlichen Meinung mit den Nazis gleichsetzen.« Und James Harff fährt fort, dass die Medien von nun an ihren Sprachgebrauch wandelten und emotional stark aufgeladene Begriffe benutzten wie »ethnische Säuberung, Konzentrationslager usw., bei denen man an Nazi-Deutschland, Gaskammern und Auschwitz denkt.«[1] Die Aktivitäten Ruder Finn's in der Republik Bosnien-Herzegowina umfaßten unter anderem: die Einrichtung eines »Bosnia Crisis Communication Center« im Büro von Ruder Finn mit Kontakten zu amerikanischen, englischen und französchien Medien; die Ausarbeitung eines in sich stimmigen Paketes von Aussagen und Botschaften, die in Gesprächen angewendet und ständig wiederholt werden sollten; den Aufbau eines Fax-Netzes für internationale Bosnien-Beratern, zu welchem auch humanitäre Organisationen und wissenschaftliche Einrichtungen gehörten; die Formulierung und Plazierung von Leitartikeln in »New York Times«, »Washington Post«, »USA Today« und »Wall Street Journal«. Für die Propagandakampagne zur Unterstützung der Separationsbestrebungen des Kosovo konnte Ruder Finn somit auf reichhaltige Erfahrung und Vorarbeit zurückgreifen. Die Agentur organisierte 1995 zwei Delegationen mit us-Kongreßabgeordneten in den Kosovo und vier Reisen Rugovas in die USA, wo er u.a. auf Cristopher, Albright und Al Gore traf. Unterstützt wurde die Kampagne von den albanischen Gemeinden insbesondere in New York, Chicago und dem mittleren Westen, wo die jeweiligen Kongreßabgeordneten für die albanischen Bestrebungen gewonnen wurden. Über 300 Kongreßabgeordnete, ausländische Politiker und Journalisten, Vertreter von Menschenrechtsorganisationen und Nachrichtenagenturen wurden von Ruder Finn mit Informationen über die Situation im Kosovo und mit Statistiken über Gewalttaten gegen die albanische Bevölkerung versorgt – selbstredend ausschließlich aus kosovarischer Sicht. Als ihren Erfolg verbucht Ruder Finn, dass bis 1995 in den wichtigsten Publikationen der USA über 250 Artikel erschienen waren und 43 Interviews im nationalen und internationalen Fernsehen ausgestrahlt wurden.[2] Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass nach einer Untersuchung von Wm. Dorich vom 16. Februar 1999 in den letzten sieben Jahren etwa 8.000 Artikel über Bosnien und Kosovo in der Los Angeles Times veröffentlicht wurden, wovon nicht einer dieser Artikel von einem serbischen Journalisten, Autor oder politischem Führer stammte. Dr. Alex Dragnich, ein serbischer Gelehrter, Autor von acht Büchern über die Geschichte und Politik des Balkan und früherer Kulturattaché der us-amerikanischen Botschaft in Belgrad reichte seit 1992 zweiundvierzig Artikel bei der »New York Times« ein, nicht einer erschien. Auf der anderen Seite wurden Serben öffentlich als »mörderische Arschlöcher« (Richard Holbrooke), als »ungebildet und degeneriert« (Senator Biden) oder als »Schweine«(Kongreßabgeordneter Obey) bezeichnet. Der »Schlachtruf« der Agentur, »Es kann auf dem Balkan keinen dauerhaften Frieden ohne Frieden im Kosovo geben«[3] wurde somit im gesellschaftlichen Bewußtsein verankert.

ationskrieg

Von 'faschistischer Propaganda' zu 'demokratischer Operativer Information'

Die Bedeutung der Vorherrschaft über Informationen – insbesondere in Vorbereitung und Einstimmung auf kriegerische Aktionen – erklärte Adolf Hitler am 10. November 1938 – als die Synagogen noch brannten – vor der deutschen Pres-

se: »Dazu war es aber notwendig, nicht etwa nun die Gewalt als solche zu propagieren, sondern es war notwendig, dem deutschen Volk bestimmte außenpolitische Vorgänge so zu beleuchten, daß im Gehirn der breiten Masse des Volkes ganz automatisch allmählich die Überzeugung ausgelöst wurde: wenn man das eben nicht im Guten abstellen kann, dann muß es mit Gewalt abgestellt werden; so kann es aber auf keinen Fall weitergehen.« Nun verfügt die BRD über kein institutionalisiertes Propagandaministerium. Das ändert jedoch nichts daran, daß der Informationspolitik weiterhin und in zunehmendem Maße Beachtung geschenkt wird. So ist nach Meinung der Medienwissenschaftlerin Elvi Claßen die militärisch-politische Informations-Intervention nie zuvor so vielschichtig und umfassend, so aggressiv und effektiv wie während dieses Krieges gewesen.

Eine der Lehren des Vietnamkriegs war für die US-Administration und Militärs, daß der freien journalistischen Interpretation von Bildern aus Kriegsgebieten, entgegengewirkt werden muß, da die Kriegsbereitschaft der heimischen Bevölkerung dadurch unterwandert werden könne. Neben umfassenden Kontroll- und Zensurmaßnahmen schlug der Public Relations-Spezialist der US-Marine Arthur A. Humphries 1983 vor, die Medien gezielter in der Kriegsführung einzuplanen: »Die Nachrichtenmedien können in der psychologischen Kriegsführung ein nützliches Werkzeug, ja sogar eine Waffe sein, die den Soldaten den Einsatz ihrer schweren Waffen erspart.«[4] Sah Humphries die Medien noch als nützliches Werkzeug, so erklärte NATO-Sprecher Jamie Shea Journalisten bereits zu Soldaten: »Kosovo war der erste Medienkrieg. (...) Die Journalisten waren gleichsam Soldaten in dem Sinne, dass sie der Öffentlichkeit erklären mußten, warum dieser Krieg wichtig war. Es gehörte zu meinen Aufgaben, sie zu munitionieren, die Lauterkeit unserer Kriegsmotive und unserer Aktionen zu zeigen.«[5]

Kriegsminister Scharping behandelte JournalistInnen ganz im Sinne Sheas wie Soldaten und forderte sie auf Pressekonferenzen auf, zu gezeigten Fotos, »genau das zu beschreiben, was auch er daraus erkenne. Zwischenfragen wurden nicht geduldet. In dieser Situation erreicht der Propaganda-Apparat der Regierung eine neue Qualität«, erläutert Albrecht Reinhardt, Chef der Programmgruppe Ausland des WDR. (6) Diese neue Qualität der Propaganda ist integraler Bestandteil psychologischer Kriegsführung. In der US-Armee heißt die zuständige Einheit Psychological Operations (PSYOPS), in der Bundeswehr »Truppe für Operative Information« (OpInfo). Scharping als Kriegsminister und damit oberster Chef der Truppe handelte ganz nach deren Maxime, die in der Konzeption über die Aufgaben der OpInfo dargestellt ist: »Massenkommunikationsmittel können Verlauf und Ausgang von Konflikten entscheidend beeinflussen. Wer über solche Mittel verfügt, wird sie zu seinem Nutzen und zum Schaden des Gegners einsetzen. Propaganda, Desinformation und Manipulation von Meinungen sind Teil des Kampfes um und mit Information. In einem Klima einseitiger Information und eingeschränkter Informationsmöglichkeit kann politische, ethnische, religiöse und anders geartete Ideologisierung bis hin zur Gewaltbereitschaft gedeihen«. (7) Die Zelle G3 der OpInfo unterhält nach Auskunft einer Zeitung »unserer« Truppe in diesem Sinne seit dem 11. November 1999 die albanischsprachige Tageszeitung »Ditet e Shpreses« in Prizren. Mit einer Auflage von 20.000 Exemplaren, der Mitarbeit von zehn albanischen Mitarbeitern und dem »obersten Grundsatz der Redaktion, Neutralität gegenüber jeder Ethnie zu wahren« ist das Blatt nach eigener Darstellung zu »der« Informationsquelle der Bevölkerung geworden.

Wie journalistischer Opportunismus an der »Heimatfront« geschaffen wurde und funktionierte, wurde z.B. auf der Pressekonferenz des Bundesministers Scharping am 16. April 1999 vorgeführt. »Welche Konsequenzen sind denn aus der Panne von vorgestern gezogen worden?«, fragte dort ein Journalist. Mit der »Panne« war die NATO-Bombardierung eines Flüchtlingstrecks gemeint - die Toten fanden in derlei Fallen keinerlei Erwähnung, vielmehr vermutete einer der anwesenden Journalisten hinter den Fernsehbildern ein serbisches Machwerk, als er fragte: »Heißt das dann nicht, daß hier von Seiten der Serben Propaganda gemacht wird, Herr Minister?« Doch so einfach konnte die Wahrheit in diesem Fall nicht verdreht werden und auf die Frage, ob die Kriegszustimmung in der Öffentlichkeit durch Bombenangriffe auf Zivilbevölkerung nicht in Gefahr geriete, antwortete Scharping: »Ich würde sie bitten, in einer Frage nicht eine Feststellung zu verstecken, die z.Zt. niemand wirklich genau verifizieren kann. (...) Ich finde wir sollten da alle etwas vorsichtiger sein und deshalb auch, weil wir es hier mit einer Propagandamaschinerie zu tun haben, die ihre Funktionstüchtigkeit und ihre absolute Unwahrhaftigkeit gleichermaßen schon einige Male unter Beweis gestellt hat. (...) Ich weiß um die Wirksamkeit von solchen Bildern und vor diesem Hintergrung, so tragisch das Ganze ist, solange es nicht vollständig aufgeklärt ist, denke ich, sollten wir vorsichtig damit umgehen.«

Ein sehr guter Rat des Ministers, den er selbst wenige Minuten zuvor Punkt für Punkt mit wilden Gerüchten über angebliche Greueltaten der Jugoslawischen Armee ad absurdum geführt hatte. Im Zusammenhang mit Aufklärungsfotos schilderte Scharping den versammelten Journalisten und Journalistinnen Vor-



gänge, »die für einen normalen menschlichen Kopf extrem schwierig auszuhalten sind. Wenn beispielsweise erzählt wird, daß man einer getöteten Schwangeren den Fötus aus dem Leib schneidet, um ihn zu grillen und dann wieder in den aufgeschnittenen Bauch zu legen; wenn man hört, daß systematisch Gliedmaßen und Köpfe abgeschnitten werden; wenn men hört, daß manchmal mit den Köpfen Fußball gespielt wird, dann können sie sich vorstellen, daß sich da einem der Magen umdreht.«

Diese an die Brutkastenlüge erinnernde Geschichte beruhte wie Scharping selbst betonte auf ungeprüften Erzählungen. Ebenso ungeprüft wurde insbesondere von Außenminister Fischer das vermeintliche Massaker von Racak am 15. Januar 1999 als Greueltat der Serben in die Öffentlichkeit getragen. Er hätte sich schon in vielen Kriegsgebieten aufgehalten und viel gesehen, aber Racak sei »das Schrecklichste, was er in seinem Leben gesehen habe«, erklärte vor laufenden Kameras William Graham Walker,

ehemaliger Chef der OSZE-Mission im Kosovo. Auf einen schlüssigen Bericht der Untersuchungskommission zu Racak wartet die kritische Öffentlichkeit bis heute. Die Tagesthemen vom 23. März 2000 fragten entsprechend kritisch nach Beweisen für die Ermordung von 45 albanischen Zivilisten. Nach den Informationen der Tagesthemen ließen die Autopsieberichte des finnischen Pathologenteams die Version eines Massakers nicht zu. Auch andere bürgerliche Medien hinterfragen seit dem 23. März. die Wahrhaftigkeit der rot-grünen Kriegspropaganda. »Die Woche« Nr. 14 vom 31. März zitiert u.a. Willy Wimmer, CDU-Bundestagsabgeordneter und Präsident der parlamentarischen Vollversammlung der OSZE, der prophezeit, dass der Krieg Schröder, Fischer und Scharping sehr schnell einholen wird. Der Krieg sei beabsichtigt gewesen und von einer massiven Propaganda begleitet worden. Sowohl über die Vorfälle in Racak, die Hintergründe des Vertragswerkes von Rambouillet als auch einem angeblichen Konzentrationslager der Serben in einem Fußballstadion oder den sogenannten »Hufeisenplan« sei die Öffentlichkeit von Scharping getäuscht worden. William Walker empfing derzeit Ende letzten Jahres vom UCK-Chef Hashim Thaqi eine goldene Schüssel und unter begeisterten »Walker, Walker«- Rufen die kosovarische Ehrenbürgerschaft.



Der oben bereits zitierter PR-Profi James Harff erklärt den Sinn von Greuel- und Horrormeldungen: »Es ist nicht unsere Aufgabe, Informationen auf ihren Wahrheitsgehalt hin zu überprüfen. (...) Unsere Aufgabe besteht darin, Informationen, die unserer Sache dienlich sind, schneller unter die Leute zu bringen und zu diesem Zweck sorgfältig ausgewählte Zielpersonen anzusprechen. (...) Wir werden nicht dafür bezahlt, Morallehren zu erteilen. Und selbst wenn es darum ginge, hätten wir ein ruhiges Gewissen. Denn sollten sie beweisen wollen, daß die Serben arme Opfer sind, dann versuchen sie es mal, sie werden damit ziemlich allein stehen.«

Womit Harff vollständig Recht behalten hat. Nur wenige JournalistInnen hielten es während der regelmäßigen Pressekonferenzen für nötig, nach präziseren Informationen zu fragen. Der antiserbische Mainstream bestimmte das Verhalten und zuzutrauen war den Serben ja alles.

Albrecht Reinhardt vom WDR resümiert: »In diesem Klima wurden kritische Fragen nach Quellen und Belegen für Massengräber, Massaker, Massenvergewaltigungen, Deportationen und Konzentrationslagern mit der Rechtfertigung des Kriegsgegners gleichgesetzt (...) die vielleicht gefährlichste Entwicklung für den Journalismus, die aus diesem Krieg auf dem Balkan resultiert«.

Die Wirkung dieser Informationspolitik wurde noch bekräftigt durch die scheinbare publizistische Vielfalt der täglichen Desinformation. Die JournalistInnen fungierten in der Propagandamaschinerie primär nicht als die »Fälscher« von Nachrichten, sondern vielmehr als die Verbreiter derselben. Die Prüfung auf den Wahrheitsgehalt von Meldungen, ein im deutschen Pressekodex von 1996 verankerter Grundsatz, wurde regelmäßig unterlassen zu Gunsten eines diskursiven Opportunismus. Protestaktionen, Demonstrationen und Stellungnahmen von KriegsgegnerInnen fanden keinerlei Niederschlag in den Medien, es wurde vielmehr der Abgesang der Friedensbewegung attestiert.

Über die größte Erfahrung im Bereich Psychologischer Kriegsführung verfügen sicherlich die USA. Aber auch in der BRD wird wissenschaftlich an diesem Thema gearbeitet. Die Industrie-und Anlagenberatungsgesellschaft (IABG) in Ottobrunn versteht sich als Think Tank und TÜV für Informations- sowie Waffensysteme. 50% der Aufträge erhält der Betrieb mit seinen 13.000 MitarbeiterInnen von militärischer Seite. In einem Interview im November 1998 beschreibt Wolfgang Haas, Programm-Manager des Bereichs Führung, Information und Kommunikation der IABG den Zielbereich von Informationspolitik: »Das Ziel ist, daß man überlegene

Informationen in Konflikten in allen Bereichen hat, und da spielt natürlich nicht nur die Information, die mit Hilfe der Technik gewonnen wird, eine Rolle, sondern auch die Kenntnis der psychologischen Lage des Kontrahenten und die Einflußnahme auf die Einschätzung der Situation durch die interessierte Öffentlichkeit. Das heißt, Information Warfare ist sehr stark ein Phänomen, das auch auf die psychologische Ebene zielt. Neben den technischen Einwirkungen sind also die Einwirkungen direkt auf die Psyche des Menschen, also das, was man früher als psychologische Kriegsführung und Propaganda bezeichnet hat, bedeutend.« Das wir es auch zukünftig mit einer vermutlich noch subtileren Propaganda zu tun bekommen werden, kündigte General a.D. Klaus Naumann bereits im Januar diesen Jahres an: »Aber es ist ja wohl richtig, daß wir nach einem solchen Konflikt feststellen: Das machen wir beim nächsten Mal besser. Denn der nächste Konflikt wird kommen.« In Anlehnung an Carl von Clausewitz gilt es, das Bewußtsein in der Öffentlichkeit zu schärfen, dass vor und im Krieg »eine Hälfte der Meldungen falsch ist und die andere übertrieben.«

1. Merlino, Jacques: Da haben wir voll ins Schwarze getroffen. In:Bittermann, Klaus: Serbien muß sterbien, Edition Tiamat 1994, S. 153 ff
2. http://prcentral.com/cipra/cipra96/c96kosova.htm
3. a.a.O.
4. Claßen, Elvi: In ami Nr. 10, 1998
5. »Der Krieg und ein fauler Frieden«; ARD-Dokumentation 29.10.99.
6. zit.nach: Menschen machen Medien, Zeitschrift der IG Medien; Nr. 7 Juli '99.
7. Europäische Sicherheit; Juli '99

Empowerment



zwischen Ermächtigung, Parti[z...]

von Sonya Schneider

Der bevölkerungspolitische Diskurs zeichnet sich seit den 90er Jahren, vor allem seit der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo 1994, insbesondere damit aus, daß er mit Begriffen gefüllt ist, die das bevölkerungspolitische Establishment der Frauenbewegung geklaut hat. Ein Begriff, der seit Kairo en vogue ist, ist »Empowerment«. Eigentlich ein Begriff, der das Konzept beinhaltet, daß Frauen sich selbst ermächtigen und diese Ermächtigung nicht von staatlichen oder entwicklungspolitischen Interessen gelenkt wird, erscheint nun als Bestandteil der »schönen neuen Bevölkerungspolitik«. Welche feministische Bedeutung hat Empowerment und was hat dazu beigetragen, daß Empowerment Teil der bevölkerungspolitischen Strategie wurde?

Ermächtigung

Empowerment: Unternehmensleitung und Management entwickeln ein Krisenkonzept, in dem die MitarbeiterInnen aus unternehmensstrategischen Gründen ermutigt und empowered werden ihre Humanressourcen freizusetzen und Fähigkeiten für die Lösung der Probleme des Unternehmens zu entwickeln.

Empowerment: auf der Titelseite eines UNDP-Berichts über das Empowerment von Frauen ist eine Frau aus Bangladesh abgebildet die einen Traktor fährt. Frauen sollen ebenfalls Zugang zu moderner Technologie bekommen, so der Bericht. Was bedeutet dies? Die Frau fährt diesen Traktor auf einem Stück Land, daß nicht ihr gehört, sie arbeitet gegen Lohn. Vorher hatte sie ein Stück Land für die Selbstversorgung besessen, daß ihr im Zuge der Grünen Revolution weggenommen wurde, so daß sie nun gezwungen ist gegen Lohn zu arbeiten. Moderne Technologien entmächtigten diese Frau, die nun durch den Zugang zu moderner Technologie ermächtigt werden soll...

Seit der Weltfrauenkonferenz in Nairobi, 1985 ist Empowerment zu einem feministischen Konzept geworden, daß die Machtbildung in der Hand von Frauen zum Ziel hat. Dieses Konzept ist durch das internationale Frauennetzwerk DAWN (Development Alternatives with Women for a New Era) auf der Weltfrauenkonferenz eingebracht worden und hat in der internationalen Frauenbewegung großen Anklang gefunden. Sich selbst ermächtigen jenseits staatlicher Interessen und Kontrolle ist die Grundidee von Empowerment.

Das Empowerment-Konzept von DAWN ist als ein offensives Handlungskonzept zu verstehen, daß sich trotz der Verschlechterungen für Frauen in den Bereichen Gesundheit, Ernährung und Bildung und der weiterbestehenden ökonomischen und sozialen Unterordnung der Frauen, insbesondere in den Entwicklungsländern, nicht entmutigen lassen will, sondern Perspektiven für eine Zukunft formuliert, die eine Feminisierung der Entwicklung und auch der Gesellschaft zum Ziel hat. Diese Vision, die sich an den Graswurzelbewegungen orientiert, setzt ein Handeln von unten voraus und lehnt Konzepte von oben ab. »Sie verbinden die 'Globalsicht von unten' mit den langzeitlichen Themen der Frauenbefreiung und anderer Befreiungsbewegungen, nämlich »ökonomische und soziale Gerechtigkeit, Frieden und Entwicklung – frei von allen Formen der Unterdrückung aufgrund von Geschlecht, Klasse, Rasse oder Nation« (DAWN, 1985:9).«[1]

Wesentlich für den Empowerment-Prozeß ist die Gründung von Frauenprojekten und die Organisierung von Frauen, damit Frauen durch diese kollektiven Strukturen Stärke erfahren und aktiv eingebunden sind in die Verbesserung ihrer Situation. Die Partizipation der Betroffenen ist ein wesentlicher Ansatzpunkt von DAWN. Innerhalb der internationalen


Foto: Herby Sachs/version

Welche feministische Bedeutung hat Empowerment und was hat dazu beigetragen, daß Empowerment Teil der bevölkerungspolitischen Strategie wurde?

pation und bevölkerungspolitischer Strategie

Frauenbewegung sind seit dem viele Projekte initiiert worden mit dem Ziel Frauen zu empowern. Durch Hinterfragung der Realität sollen Frauen ein Bewußtsein über ihre gesellschaftliche Situation erlangen und damit ein Selbst-Bewußtsein, das ihnen ermöglicht, aus der Isolation herauszutreten und sich gegenseitig zu stärken.

»Die Schaffung kritischer Gedanken erfordert physischen und reflektiven Raum, in dem neue Ideen gehegt und argumentiert werden können und in dem Forderungen nach Veränderung außerhalb der Kontrolle derjenigen geschehen können, die versuchen würden, diese ƒnderungen zu kontrollieren.« (Stromquist, 1993:263)[2]

Empowerment »beinhaltet das Begreifen vom Selbst und von der Notwendigkeit, Entscheidungen zu treffen, die sich gegen kulturelle und soziale Erwartungen richten, sowie das Begreifen von Verhaltensmustern, die Abhängigkeit, Interdependenzen und Autonomie innerhalb der Familie und in der Gesellschaft im Ganzen bewirken.« (Stromquist, 1993: 260) Diese Aussage von Nelly Stromquist beinhaltet, daß Empowerment nicht mit der Erwartung der Fruchtbarkeitskontrolle in Verbindung gebracht werden kann, wie es im bevölkerungspolitischen Diskurs mit der Statusverbesserung der Frauen getan wurde. Ebenso kann Empowerment in diesem umfassenden Sinne nicht, wie im bevölkerungspolitischen Diskurs über die Statusverbesserung der Frau, mit der ökonomischen Erwartung an die Verbesserung der Humanressource Frau und an die Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung des jeweiligen Landes in Verbindung gebracht werden sowie mit dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung. Aufgrund der breiten Rezeption des Begriffes Empowerment bis hin zu Regierungsorganisationen sowie im entwicklungs- und bevölkerungspolitischen Diskurs, ist seitens der Frauenbewegung zunehmend vor der kritiklosen ‹bernahme des Empowerment-Begriffes gewarnt und die Verwendung von Empowerment zur Charakterisierung/Begründung von staatlichen, entwicklungspolitischen oder bevölkerungspolitischen Konzepten kritisiert worden bis hin zur Infragestellung des Begriffes an sich.

Partizipation

Problematisch ist insbesondere, wenn die Betonung von Empowerment auf der Möglichkeit der Partizipation liegt, wie es in Teilen der internationalen Frauenbewegung der Fall ist. Empowerment wird hier in Verbindung gebracht mit Lobbyarbeit für Frauen und es wird versucht übergeordnete Interessen mit den Interessen der Frauen in Verbindung zu bringen. Verkommt hierbei Empowerment nur noch zu einer Worthülse oder einem nichtssagenden Symbol wie z.B. der Grüne Punkt?

Ein Beispiel für diese Art von Empowerment ist der Versuch eines Frauenbündnisses »Women's Voices '94«, durch Partizipation auf der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo Einfluß zu nehmen und die Bevölkerungspolitik zu feminisieren. Reproduktive Rechte, reproduktive Gesundheit und Empowerment sind die Schlüsselbegriffe der Erklärung »Wo-

men's Voices '94«, in der Bevölkerungspolitik in eine gerechte Entwicklungspolitik integriert werden soll. Eine Bevölkerungspolitik von unten statt von oben mit einer mindestens 50prozentigen Beteiligung der Frauen in allen bevölkerungspolitischen Bereichen wird als erforderliche Voraussetzung für eine feministische Reform der Bevölkerungspolitiken und -programme angesehen.

Marianne Gronemeyer nennt diese Partizipation »Widerstand in verborgener ‹bereinstimmung mit der Macht« (Gronemeyer, 1988:64)[3]:

»Diese Form des Widerstandes, die die Partizipation an den politischen Entscheidungen einfordert, von denen das Leben aller Entscheidungsbetroffenen sehr handgreiflich, spürbar, nachdrücklich beeinträchtigt wird, ist allerdings nicht radikal. Gleichwohl ist sie nicht nur scheinhaft und illusionär. Wenn der Widerstand Erfolg hat, werden der Macht Zugeständnisse abgerungen. Dies geschieht zum Vorteil beider, der Protestanten, von denen akuter Schaden abgewendet wird dadurch, daß die Macht weniger großzügig verfahren kann mit dem was sie in Kauf nimmt und zum Vorteil der Macht, die in einer bedrohlichen Legitimationskrise den drohenden Machtverlust nicht nur abwenden sondern die Krise in Gewinn ummünzen kann, indem ihr ein notwendiges Zurückweichen aus Fehlentwicklungen nicht zum Eingeständnis eigenen Versagens gerät, sondern zum Erweis funktionierender Demokratie – ein besonderer Zuwachs an Eleganz. Die Macht wird zu ihren eigenen Interessen bekehrt, nicht zu politischer Moral.« (Gronemeyer, 1988:65f)

Der besondere Zuwachs an Eleganz ist im Falle der Bevölkerungspolitik das Sorgen um die Verbesserung des Status der Frauen, eingefordert von Feministinnen, die mit dieser Feminisierung von Bevölkerungspolitik den Charakter von Bevölkerungspolitik verändern wollen, jedoch Bevölkerungspolitik beibehalten wollen, da sie mit dieser Veränderung die Situation von Frauen verbessern wollen. Die Beibehaltung der Bevölkerungspolitik erscheint als legitim und notwendig und es herrscht eine »verborgene ‹bereinstimmung« damit. Die Stärkung der Stellung der Frau ist für die Verfasserinnen der Erklärung Women's Voices '94 nicht nur – aber auch – als Lösung von Bevölkerungsproblemen legitim. Mit dieser Aussage geben sie der Bevölkerungspolitik eine feministische Legitimation, da einerseits die Bevölkerung als Problem angesehen wird und gleichzeitig die Lösung dieser Probleme den Frauen zugute kommen soll.


Foto: Herby Sachs/version

Das die Idee, Bevölkerungspolitik feministisch zu reformieren, ein Trugschluß ist, ist offensichtlich, da die bevölkerungspolitische Grundidee, nämlich eine optimale Bevölkerungsgröße anzustreben und die sogenannte ‹berbevölkerung in der Dritten Welt zu bekämpfen um u.a. den Zugang zu Ressourcen für die Länder des Nordens zu sichern, sich nun mit den feministischen Forderungen gepaart hat und diese dem bevölkerungspolitischen Dogma untergeordnet werden. So heißt es im Aktionsprogramm der Weltbevölkerungskonferenz in Kairo:

»Die Ermächtigung und Selbstbestimmung der Frauen und die Verbesserung ihrer politischen, sozialen und wirtschaftlichen Stellung und ihres Gesundheitszustandes sind allein schon ein überaus wichtiges Ziel. Darüber hinaus sind sie für die Verwirklichung einer tragfähigen Entwicklung unerläßlich. (...) Außerdem steigert die Verbesserung der Stellung der Frau auch ihre Entscheidungsfähigkeit in allen Lebensbereichen, insbesondere im Bereich Sexualität und Fortpflanzung. Dies wiederum ist für den langfristigen Erfolg von Bevölkerungsprogrammen wesentlich. Die Erfahrung zeigt, daß Bevölkerungs- und Entwicklungsprogramme am wirksamsten sind, wenn zugleich auch Maßnahmen zur Verbesserung der Stellung der Frau ergriffen wurden.« (DGVN, 1994:24)[4]

Ein bekannt gewordenes Beispiel aus Peru dokumentiert diese neue anscheinend frauenfreundliche bevölkerungspolitische Empowerment-Praxis. Mit einer Kampagne für Reproduktive Rechte und Familienplanung wurden in Peru in den Jahren 1996 und 1997 ca. 300.000


Foto: Herby Sachs/version

Menschen, vorwiegend Frauen, sterilisiert. Diese Sterilisationen richteten sich an die indigene und arme Landbevölkerung Perus. Mittels sogenannter Dorffeste oder Sterilisationscamps wurden die Menschen in den Dörfern dazu angehalten, sich einer Sterilsiation zu unterziehen. Die Ankündigung und Aufklärung erfolgte auf Spanisch, so daß die meisten noch nicht einmal verstehen konnten, was mit ihnen passiert. Der dazu beauftragte Gesundheitsdienst bekam pro sterilisierter Frau 10 $. Sie besuchten die Frauen in den Häusern und drängten sie dazu sich dieser Operation zu unterziehen. In einigen Fällen wurden sie mit Essen oder einem Bonus als Tausch gelockt. Die Frauen wurden von den Gesundheitsmitarbeitern eingeschüchtert oder gedemütigt um eine Zustimmung zu erhalten. Auf diese Art und Weise wurde in Peru im Rahmen eines Programms für Reproduktive Rechte und Reproduktive Gesundheit 300.000 Menschen sterilisiert. Erst durch eine Menschenrechtsorganisation wurde zu Beginn dieses Jahres davon berichtet. Die Frauengesundheitsbewegung in Peru bezog keine Stellung zu diesen Vorfällen. Vertreterinnen der Frauengesundheitsbewegung waren Teil des runden Tisches mit der Regierung, Kirche und dem UNFPA, um über das Empowerment von Frauen, reproduktiven Rechten und der Implementierung der Programme für die Reproduktive Gesundheit zu verhandeln.[5]

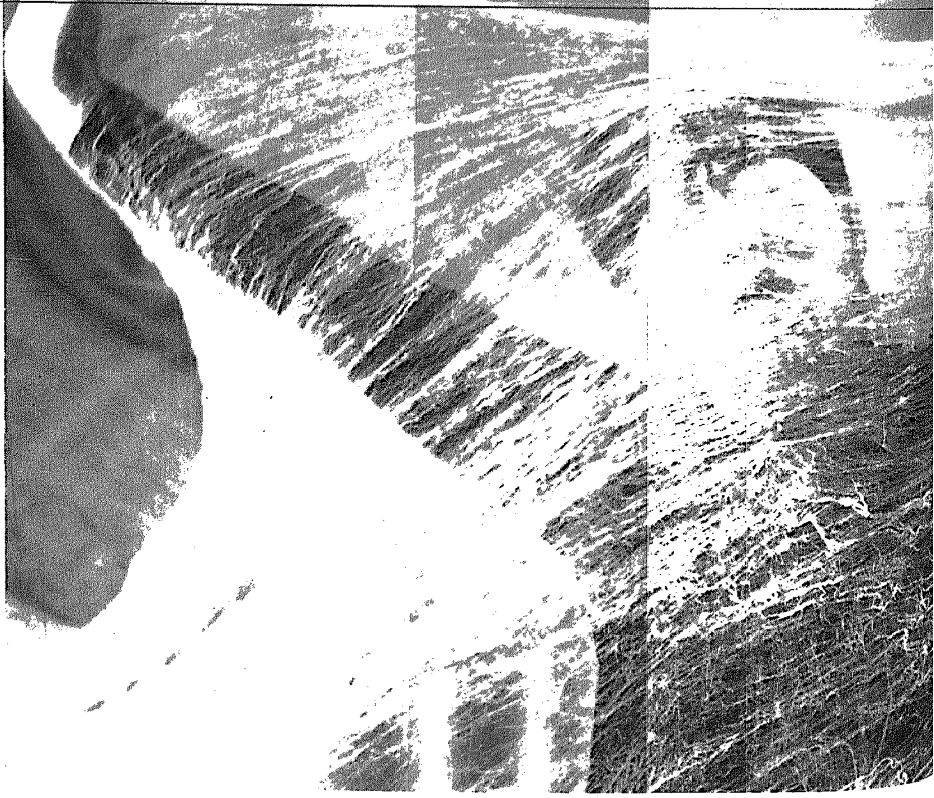


Foto: Herby Sachs/version

Bevölkerungspolitische Ziele werden als emanzipatorisch für Frauen dargestellt. Der Zwangscharakter von Bevölkerungspolitik tritt in den Hintergrund zu Gunsten eines frauenfreundlichen, armenfreundlichen und umweltfreundlichen Images. »Auf dem NRO-Forum in Nairobi war das empowerment-Konzept als kritischer Gegenentwurf zum Weltbank-Ansatz der »Integration in die Entwicklung« vorgestellt worden. Seitdem hat es eine zwielichtige Karriere hinter sich gebracht: einen rekordverdächtigen Aufstieg in die Chefetagen der Vereinten Nationen und vieler Regierungen bei gleichzeitig exemplarischer Entleerung des Begriffs. Vollständig von der offiziellen Politik vereinnahmt, wurde ihm sein politisch-kritischer Zahn – nämlich die Machtfrage zu stellen – gezogen, so daß es heute schlicht und harmlos für jedwede Stärkung und Partizipation von Frauen steht.« (Wichterich, 1994:150)vi Empowerment als Prozeß, der keine systemüberwindende Perspektive aufwirft, die bestehenden Herrschaftsstrukturen nicht hinterfragt und die Partizipation in den Vordergrund stellt, wird nun zur Legitimation herrschender Politik wie den Bevölkerungspolitiken genutzt. Eigene Ziele werden den Zielen derjenigen die die Macht haben untergeordnet und es entsteht ein Abhängigkeitsverhältnis, daß vordergründig vielleicht eine Idee der Ermächtigung erahnen läßt, jedoch nichts mit Eigenmächtigkeit zu tun hat. Empowerment taucht statt dessen inflationär und sinnentleert in allen nachhaltigen und zukunftsweisenden Debatten auf, wie z.B. im Kontext der EXPO 2000 und verschafft ihnen ein frauenfreundliches Image. Keine Hochglanzbroschüre der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung, kein Weltbevölkerungsbericht der Vereinten Nationen ohne Empowerment. Zu wessen Ermächtigung diese Art Empowerment dient ist klar. Das Empowerment-Krisenkonzept des Unternehmens dient zu dessen wirtschaftlicher Machtstärkung, die empowerte Frau in Bangladesh dient dazu moderne Technologien als positiv für Frauen darzustellen. Doch gerade für Bangladesh ist dieses Beispiel nahezu zynisch, da die Frauen dort dafür kämpfen, daß ihnen die Kontrolle über das Saatgut nicht genommen wird durch moderne Technologien und die damit verbundene Patentierung von Saatgut. Im bevölkerungspolitischen Kontext bedeutet Empowerment schlicht und ergreifend, eine Frau dank moderner Reproduktionstechnologie zu ermächtigen ihre Fruchtbarkeit zu kontrollieren wie es bevölkerungspolitisch gewünscht wird. Ich plädiere daher, dem Begriff Empowerment mit größter Vorsicht zu begegnen und zu Fragen, ob es sich hierbei wirklich um Eigenmächtigkeit handelt oder ob uns durch die Nutzung feministischer Begriffe vorgegaukelt werden soll, daß es zu unserem Wohl ist um dadurch bestehende Machtstrukturen zu modernisieren und zu legitimieren.



Nachhaltige Bevölkerungskontrolle



»Das 20. Jahrhundert wird als die Epoche des Weltbevölkerungswachstums in die Geschichte eingehen. Ob die Weltbevölkerung im nächsten Jahrhundert mit gleicher Geschwindigkeit weiter wächst, hängt entscheidend von unserem Handeln in den nächsten Jahren ab.« Dies erklärte Dr. Hans Fleischer, Geschäftsführer der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung im Dezember letzten Jahres.

Am 12. Oktober 1999 wurde der »Tag der 6 Milliarden« eingeläutet. Die Bevölkerungsuhren bei Siemens und der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung schlugen Alarm. Woher sie genau wussten, dass an diesem Tag der 6 Milliardenste Mensch geboren wird, wurde nicht verraten (vielleicht haben die glücklichen Eltern dort angerufen). Dieser Geburtstag sollte jedoch kein Freundenfest werden sondern die Menschheit aufrütteln, dass es mit dem Bevölkerungswachstum so nicht weiter gehen kann. Brauchen wir noch eine zweite Erde oder werden die Menschen in der »Dritten Welt« endlich begreifen, dass die globale Verantwortung auf ihren Schultern lastet und sie lernen müssen, ihr generatives Verhalten zu regulieren. Die Deutsche Stiftung Weltbevölkerung organisierte anlässlich dieses Ereignisses eine Filmreihe mit der Zeitschrift Geo und dem Kinoriesen CinemaxX, Thema: »Die Bevölkerung wächst. Die Erde nicht.« Der Film war in mehreren Städten zu sehen und gleichzeitig gab es im Kino-Vorprogramm einen Spot, der den KinobesucherInnen das drohende Bevölkerungswachstum visuell näher bringen sollte. (...)

Es stellt sich die Frage, welches Interesse die Eliten der Industrieländer haben, die Bevölkerung der »Dritten Welt« zu kontrollieren und zu regulieren? Was verbirgt sich hinter den Bevölkerungskontrollmaßnahmen, die neuerdings sprachlich modernisiert in Abhandlungen über »sustainable development« (nachhaltige Entwicklung) oder feministisch verklausuliert als »reproduktive Rechte« medienwirksam verbreitet werden?

Während das Katastrophenszenarium »Überbevölkerung«, also das angeblich bedrohliche Anwachsen der Bevölkerung in der »Dritten Welt«, die Ängste der Menschen in den Industrieländern schüren soll und davor gewarnt wird, dass die Erde keinen Platz für so viele Menschen hat, wird gleichzeitig in den reichen Industrieländern gejammert, dass die Geburtenrate zurückgeht. »Die Deutschen sterben aus«, eine Warnung, die die deutschen Frauen motivieren soll, Kinder zu gebären und damit u.a. die Rente zukünftiger Generationen zu sichern. Dieser Appell an die deutschen Frauen und Männer wird jedoch nicht davon begleitet, MigrantInnen die deutsche Staatsbürgerschaft zu gewähren...

Bevölkerungspolitik ist insbesondere seit Robert Malthus wissenschaftlich legitimiert. In seinem »Essay über das Bevölkerungsprinzip« (Malthus, 1798) stellt Malthus dar, dass die Armut in Großbritannien darin begründet liegt, dass die Bevölkerung sich aufgrund des unkontrollierten Geschlechtstriebs in geometrischer Reihe (1, 2, 4, 8...) vermehre und damit schneller als die Nahrungsproduktion, die sich nur in arithmetischer Reihe (1, 2, 3, 4...) steigern lasse. Daraus folgerte Malthus, dass Armut und Überbevölkerung ein naturbedingtes Übels seien, das nur durch das größere Übel der Hungerkatastrophe oder der Tugend freiwilliger Enthaltsamkeit zu verhindern sei. Dass die Armut deshalb entstanden ist, da man den Kleinbauern ihr Land weggenommen hat und sie in Küstenregionen umgesiedelt hat wo aufgrund der schlechten Bodenqualität und der geringen Anbauflächen die Möglichkeit der ausreichenden Selbstversorgung nicht mehr gewährleistet war, wird bei Malthus nicht erwähnt. Bevölkerungspolitik ist also verquickt mit ökonomischen Interessen und kann daher auch als Menschenökonomie bezeichnet werden. (...)

Von dieser Praxis wird in der heutige Bevölkerungspolitik natürlich abgesehen. Sie ist bestimmt von entwicklungspolitischen Zielen, die begleitet sind von der Erziehungsaufgabe, den Menschen in der »Dritten Welt« die westliche Rationalität nahezubringen und ihnen klar zu machen, wie sie rational und verantworlich hinsichtlich eines Kindes entscheiden sollen, und welche Bedeutung die Rationalisierung ihres generativen Verhaltens für die soziale und wirtschaftliche Situation des jeweiligen Landes und für die Zukunft unseres Planteten hat. Oder wie es der deutsche Demograph Hermann Schubnell formuliert hat: »Wie kann man ihnen, die kaum rational zu handeln gewohnt sind, klarmachen, dass die Umarmung, die sie spontan und affektvoll vollziehen »bedacht«, dass zwischen dem Akt und seinen Folgen unterschieden werden muss, dass es persönlich sinnvoll und für die Entwicklung des Landes nützlich sei, weniger Kinder zu haben, dass dort, wo bisher nur spontan und aus dem Gefühl gehandelt wurde, jetzt vernünftiges und auf bestimmte Ziele gerichtetes Handeln besser sei?«[3]

Auch auf der Expo 2000, die vom 1. Juni bis zum 31. Oktober 2000 in Hannover stattfindet, wird das Thema Bevölkerungswachstum als zentrales Problem der Menschheit verhandelt.

Gerd Schetting, der Leiter des Arbeitsstabes der Expo 2000 im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, betrachtet das Bevölkerungswachstum als das drängenste Problem dieses Jahrhunderts. Das

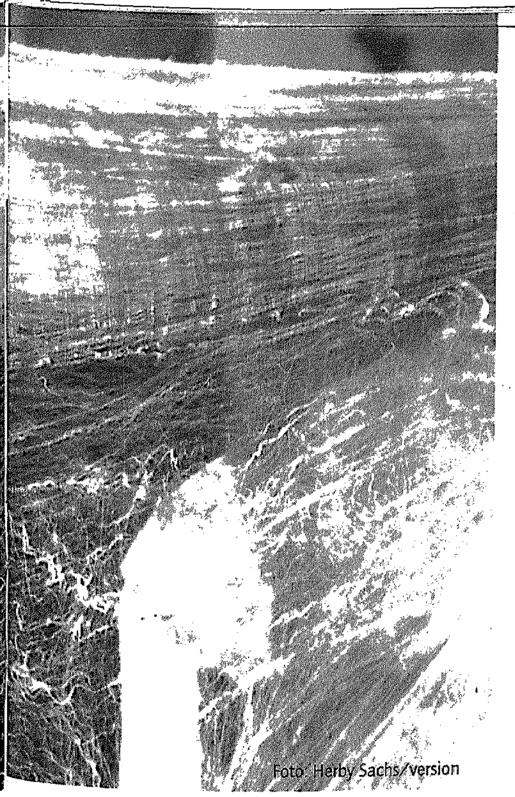


Foto: Herby Sachs/version

Thema Bevölkerungswachstum zieht sich wie ein roter Faden durch alle Bereiche im Themenpark »Mensch« der Expo und wird von der Expo Pressesprecherin Reinhild Kappenstein als das Querschnittsthema schlechthin bezeichnet.

Die Lösung des »Problems« präsentiert sich - wie es seit der ICPD in Kairo 1994 schick geworden ist - frauenfreundlich. Von Sterilisationen, Hormonimplantaten und anderen gesundheitsgefährdenden Verhütungsmaßnahmen wird hierbei nicht gesprochen, reproduktive Rechte und Empowerment sind das aktuelle bevölkerungspolitische Vokabular. Mit Parolen und Begriffen wie »Macht für Frauen und Nachhaltigkeit«, »für die reproduktiven Rechte der Frauen«, Empowerment, Freiheit und Selbstbestimmung hat eine Vereinnahmung und zugleich Sinnentleerung feministischer Forderungen stattgefunden. Den Frauen wird eine bevölkerungspolitische Schlüsselposition zugewiesen und zunehmend wird die Lobbyarbeit seitens der Frauengesundheitsbewegung bevölkerungspolitisch gefördert. Erhofft wird sich dadurch eine größere Akzeptanz bevölkerungspolitischer Maßnahmen und damit ein größerer bevölkerungspolitischer Erfolg. Bei diesem Kosten-Nutzen-Kalkül bleiben die Frauen jedoch nach wie vor Instrumente der Bevölkerungspolitik, da ihre Forderungen nach Verbesserung ihrer Situation nun bevölkerungspolitisch vereinnahmt wurden.

Auch die Expo 2000 ist dahingehend aktiv. Mit einem Expo-Projekt zur Stärkung der Frauenrechte in Kenia soll dem Bevölkerungswachstum zu Leibe gerückt werden. Zugeordnet zum Expo-Thema »Basic Needs«, stellt die Expo GmbH die Stärkung der Rechte der Frauen als einen ersten Schritt im Kampf gegen die Bevölkerungsexplosion dar.

Der stellvertretende Generalsekretär der Expo, Norman Scherpenberg sieht durch die Thematisierung des Weltbevölkerungswachstums auf der Expo einen Ort, an dem sich Frauen begegnen können. Auch einige Frauenorganisationen haben sich dieser Idee angeschlossen und wollen auf der Expo die Wichtigkeit der Frauenförderung zur Bekämpfung des Weltbevölkerungswachstums betonen.

Dass dem Thema »Überbevölkerung« auf der Expo 2000 diese zentrale Aufmerksamkeit gewidmet wird, ist unter anderem dem Engagement der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung im Vorfeld der Expo zuzuschreiben. Auf dem DSW-Symposium »Expo 2000, Umwelt & Weltbevölkerung« im Dezember 1995, sagte Ansgar Holzknecht, der Expo-Beauftragte der Deutschen Bundesstifung Umwelt: »Ich hoffe, daß dieses Symposium ein guter erster Schritt ist, dass es im Zusammenhang mit der Expo vielleicht auch zu einem Bevölkerungsgipfel ganz eigener Art kommt. Ohne eine problemadäquate Thematisierung des Weltbevölkerungsproblems wäre die Expo 2000 aus meiner Sicht jedenfalls keine eigentliche Weltausstellung.«iv Seine Hoffnungen haben sich erfüllt. Dies ist natürlich nicht nur der Verdienst der DSW. Ist doch das Thema Bevölkerungswachstum ein unerschöpflicher Fundus für biotechnologische Forschungen im Sinne eines globalen Fortschritts und einer nachhaltigen Entwicklung.

Fortschritt und Entwicklung weltweit als Ziel zu proklamieren ist ein lukratives Geschäft und das Katastrophenszenario »Überbevölkerung« dient als Legitimation für sog. entwicklungs- und bevölkerungspolitischen Projekte wie die Grüne Revolution in Indien, gen-, reproduktions- und biotechnologische Forschung, deren momentaner Höhepunkt die auf der WTO diskutierten Handelsrechte mit geistigem Eigentum (TRIPS) darstellen, deren praktische Folge u.a. die Zerstörung biologischer Vielfalt durch die Patentierung von Saatgut ist, so daß die Bauern ihr Saatgut, wenn es ihnen nicht gelingt dieses zu sichern, demnächst von Konzernen wie Monsanto kaufen müssen. Diese Zerstörung der biologischen Vielfalt und der Eigenmächtigkeit der Bauern ist die ideologische Fortführung der Grünen Revolution, die angeblich im Sinne der Ernährungssicherung für die wachsende Weltbevölkerung eingesetzt wurde. Verdient haben daran Großkonzerne und Großgrundbesitzer, profiliert haben sich die Weltbank, einige ForscherInnen und diverse entwicklungs- und bevölkerungspolitische Institutionen, die VerliererInnen sind die Kleinbauern, denen für diese Zwecke Land weggenommen wurde und sie nun gezwungen werden Getreide für ihre Ernährung hinzuzukaufen.

Die Armut der Menschen in der »Dritten Welt« wird zurückgeführt auf das Bevölkerungswachstum und steht als Ursache für die Zerstörung der Umwelt. Die ungerechte Weltwirtschaftsordnung muß bei dieser Analyse nicht mehr in Frage gestellt werden. Die Menschen sind es selbst schuld. Sie müssen endlich lernen, sich modern und rational zu verhalten um ihre Verantwortung für eine nachhaltige Entwicklung zu erkennen. So die Denkart der Bevölkerungsstrategen. Da es auf der Expo 2000 darum geht technokratische Zukunftsvisionen zu präsentieren und die Lösung globaler Probleme als machbar zu erklären, ist es kein Wunder, dass das Bevölkerungswachstum auf Platz 1 der Hitliste der zentralen globalen Probleme steht. Die nachhaltige Entwicklung ist nicht primär durch die Industrieländer gefährdet. Kinder sind bedrohlicher als Autos oder ÷ltanker. Jedoch obliegt es den Industrieländern, ihre gen-, reproduktions- und biotechnologischen Errungenschaften als Innovationen zur Rettung der Welt zu vermarkten.

Bevölkerungspolitk - von den Betroffenen, Feministinnen und anderen KritikerInnen als Gewalt gegen Frauen und als patriarchale Herrschaft über die Gebärfähigkeit der Frauen entlarvt und analysiert als Legitimationsgrundlage für die Zerstörung von Subsistenz sowie für gen- reproduktions- und biotechnologische Forschung, avanciert nun zur frauen-, armen- und naturfreundlichen Politik, die dazu dient die Welt zu retten. Schöne neue Expo Welt...

von: Sonya Schneider (Dr. rer. oec.), Autorin von »Bevölkerungspolitik - vom Zwang zum Konsens (erscheint im März 2000 im Yeti-Press Verlag, Bremen)

von Sonya Schneider



Foto: Ute Moschner/version

Das Versagen von

Martin Khor


Foto: Herby Sachs/version

Das spektakuläre Misslingen des WTO-Treffens in Seattle gründete sich auf 2 Faktoren: das System der Entscheidungsfindung und dem Inhalt der Verhandlungen. In den langen Monaten der Vorbereitungsphase waren die Entwicklungsländer im Normalfall eher darüber besorgt, dass sie von den WTO-Abkommen nicht profitieren würden und dass eine Notwendigkeit bestand, die Probleme der Umsetzung zu korrigieren. Die meisten von ihnen waren nicht in der Stimmung, die von den Industrieländern vorgegebenen Streitfragen zu begrüßen. Diese wiederum vertraten recht aggressiv einige andere Fragen, so z.B. Investitionen, Transparenz im öffentlichen Beschaffungwesen, Wettbewerb, neue Kürzungen von Industriezöllen und zum Schluss noch Arbeits- und Umweltstandards. In Seattle bestätigte der Vorstoß der USA für Arbeitsnormen, angeführt von Präsident Clinton, die schlimmsten Befürchtungen der Entwicklungsländer, dass die WTO von den Industrieländern noch stärker gegen sie gerichtet werden sollte. Der Zusammenprall der Interessen bezüglich der Inhalte verstärkte sich noch dadurch, dass es keine demokratische Beteiligung der Mehrzahl der Mitglieder gab und durch den Mangel an Transparenz in der Vielzahl von Gesprächen in kleinen Runden, zu denen die Mehrheit keinen Zugang hatte. Dies wurde durch mehrere manipulative Taktiken erreicht, unter anderem dadurch, dass die Ansichten, die viele Mitglieder in den Verhandlungsrunden dargelegt hatten, nicht miteinbezogen wurden. Es wurde deutlich, dass dies ein Versuch war, die Entwicklungsländer zu überfahren, indem sie Vorschlägen und Texten zustimmen sollten, denen sie nicht zugestimmt hatten, denen sie sich widersetzt hatten oder die sie überhaupt noch nicht gesehen hatten. Zum Schluss stellten viele Entwicklungsländer durch offene Stellungnahmen und Pressekonferenzen klar, dass es keinen »Konsens« in irgendeiner Abschlusserklärung geben würde, die sie nicht oder nur zu einem geringen Teil miterarbeitet hätten. Die Gespräche mussten ohne Erklärung oder auch nur eine kurze Stellungnahme von Ministern verlassen werden. Es ist notwendig, dass in den bevorstehenden Aufgaben sowohl Inhalte als auch Vorgehensweisen besprochen werden. Die Unzufriedenheiten und Beschwerden der Entwicklungsländer - dass sie von der Uruguay-Runde nicht profitiert hätten, und dass die Umsetzung dieses Abkommens überprüft werden muss – müssen dringend und ernsthaft besprochen werden. Der Prozess der Entscheidungsfindung und Verhandlungen innerhalb der WTO muss demokratisiert und transparent gemacht werden. »Hinterzimmer-Treffen« sollten nicht mehr stattfinden. Jedes Mitglied muss - unabhängig von seiner Größe - das Recht haben zu wissen, welche Verhandlungen stattfinden und auch daran

Seattle

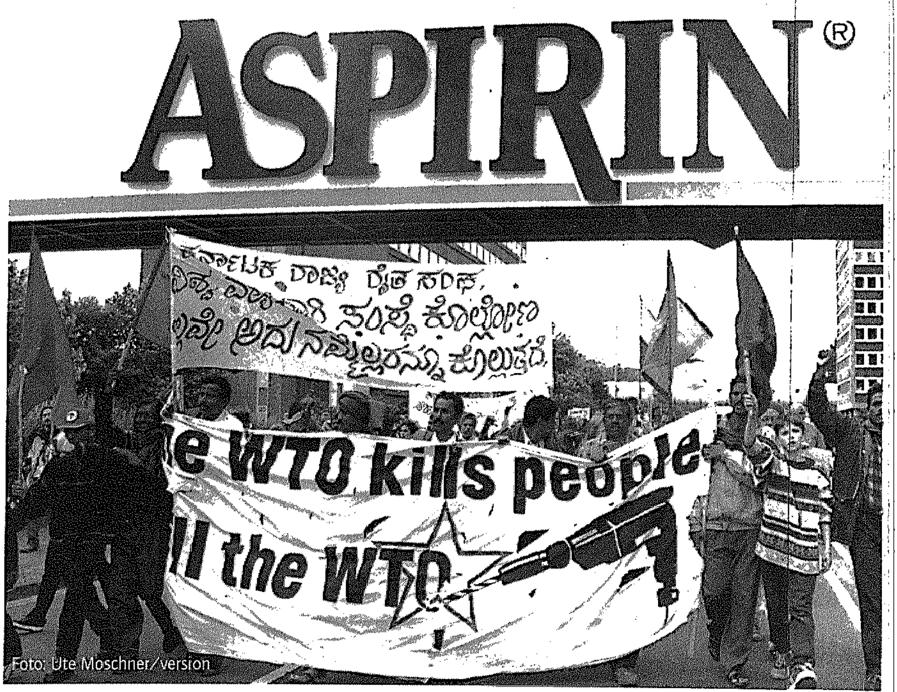


Foto: Ute Moschner/version



teilzunehmen. Bis die Reformen der Inhalte und Strukturen der WTO durchgeführt sind, bleibt die Glaubwürdigkeit der Organisation gering. Und damit die Reformen stattfinden, sollte der Druck einiger Industrienationen, neue Themen in die WTO aufzunehmen, aufhören. Die folgenden Abschnitte handeln von diesen Themen.

MANGELNDE VORTEILE DER URUGUAY-RUNDE FÜR ENTWICKLUNGSLÄNDER

Sprecher vieler Entwicklungsländer beklagen, dass ihre Länder nicht von den WTO-Übereinkommen der Uruguay-Runde profitiert haben, und dass als Folge die Glaubwürdigkeit des WTO Handelssystems schwinden könnte. Was ist die Grundlage dieser Beschwerden? Die meisten Entwicklungsländer sind noch nicht soweit, dass sie der Herausforderung, deutlich zum Weltmarkt beizutragen, begegnen können. Allerdings glaubten sie, dass die Uruguay-Runde ihre Chancen auf einen Zugang ihrer Exporte zu den Märkten der Industrieländer verbessern würde. Diese Hoffnungen bezogen sich speziell auf Textilien, landwirtschaftliche und einige industrielle Produkte, bei denen die Entwicklungsländer einige Wettbewerbsvorteile haben. Aber 5 Jahre nach der Uruguay-Runde stellte sich heraus, dass diese erwarteten Gewinne nicht eintraten und infolgedessen trat weitgehend eine Desillusionierung auf und selbst das Gefühl, betrogen worden zu sein verbreitete sich gegenüber den Industrieländern. Einige Beispiele mögen das verdeutlichen:

Der Marktzugang in die Industrieländer hat sich nicht verbessert. Eine Senkung der Zölle der nördlichen Industrieländer sollte diejenigen südlichen Länder begünstigen, die Produktionskapazitäten für den Export haben. Hierbei trat aber nur eine Senkung der durchschnittlichen Industriezölle von 6,3% auf 3,8% auf, d.h., ein importiertes Produkt, das vor Zöllen 100$ kostet, ist danach für 104$ statt 106$ zu haben, welches keine bedeutende Verbesserung darstellt. Im Gegenzug reduzierten viele Entwicklungsländer ihre Zölle drastisch und froren diese Reduktionen ein. Nach Angaben von des WTO-Experten, Bhagirath Lal Das, wurde Indiens durchschnittlicher Zollsatz von 71% auf 32% gesenkt, Brasiliens von 41% auf 27% und der von Venezuela von 50% auf 31% gesenkt. »Spitzenzölle« (oder hohe Importzölle) bleiben in den reichen Ländern für viele industrielle Produkte aus Entwicklungsländern. Z.B. beträgt der US-Zollsatz für Orangensaftkonzentrat 31%. Das bedeutet, dass einige mögliche Exporte von Entwicklungsländern immer noch blockiert sind.

Somit gibt es noch keine Zuwächse durch das langsame Auslaufenlassen der Textilquoten. Das Abkommen der Uruguay-Runde bezüglich Textilien und Bekleidung bezog sich auf das langsame Ende des Spezialabkommens im Sektor Textilien und Bekleidung, in welchem die Entwicklungsländer während der letzten


Foto: Kla[illegible] Görgen/version

25 Jahre zugestimmt hatten, den Norden zu subventionieren, indem sie Exportquoten akzeptierten. Dieses schleichende Ende über 10 Jahre hinweg sollte der Teil der Uruguay-Runde sein, der den Süden (bzw. die südlichen Länder, die Textilien, Bekleidung und Schuhe produzieren) am meisten begünstigte. Trotzdem waren die textilexportierenden Länder extrem enttäuscht und frustriert, da auch 5 Jahre nach Beginn dieses Zeitraums noch keinerlei Erfolge zu sehen waren. Dies liegt an der »Abschlussbonuslösung«, der Industrieländer: die Liberalisierung der meisten Produkte, die sie von Entwicklungsländern kaufen, tritt erst am Ende dieses Zeitraumes auf und der Gewinn fällt erst am Ende der 10-Jahres-Periode an. Obwohl sich die Industrieländer ganz legal an das Abkommen gehalten haben, in dem sie verschiedene Quoten nach und nach reduziert haben, so haben sie sich doch für Produkte entschieden, die zwar in der Liste standen, deren Einfuhr sie aber in der Vergangenheit kaum beschränkt haben. Demzufolge haben die Entwicklungsländer hiervon nicht profitiert. Sie machen daher Druck, dass die Industrieländer die Qualität der Umsetzung ihrer Verpflichtungen aus dem Abkommen über Textilien und Bekleidung verbessern. Die Entwicklungsländer sind ebenfalls von der Zunahme der nicht tariffären Handelshemmnisse, wie z.B. Anti-Dumping-Maßnahmen, betroffen und darüber verbittert, dass die vorgesehene Verbesserung des Marktzugangs durch Zollabbau durch die Zunahme von nicht – tariffären Handelshemmnissen in den reichen Ländern. Ein Hauptproblem stellt die Anwendung (oder eher der Missbrauch) von Anti-Dumping – Maßnahmen speziell in den USA und der EU bei Produkten aus Entwicklungsländern, speziell Textilien dar. Der Gebrauch solcher (Anti-Dumping) Maßnahmen gegenüber Produkten aus Entwicklungsländern hat nach der Uruguay-Runde zugenommen. Viele Länder haben vorgeschlagen, dass der Gebrauch solcher Maßnahmen durch Zusätze zum Anti-Dumping-Abkommen beschränkt werden sollte. Hiergegen leisten die USA erheblichen Widerstand. Da die Landwirtschaft durchgängig stark geschützt war, sollte das Landwirtschaftsabkommen Importerleichterungen fördern und zu einer Abnahme der Subventionierung des heimischen Anbaus und des Exports landwirtschaftlicher Produkte speziell in den reichen Ländern führen, um den Marktzugang derjenigen südlichen Länder zu erleichtern, die landwirtschaftliche Produkte exportieren. Wie sich jedoch herausstellte, blieben der Schutz und die Subventionen sehr hoch. Beispielsweise gab es im ersten Jahr der Übereinkunft sehr hohe Zölle: USA (Zucker: 244%), EU (Rindfleisch 213%, Weizen 168%), Japan(Weizen 353%), Kanada (Butter 360%, Eier 236%). Die reichen Länder müssen solche hohen Zölle im Durchschnitt nur um 36% bis Ende 2000 senken. Die Zölle sind somit immer noch sehr hoch, wodurch es den armen Ländern unmöglich gemacht wird, Marktzugang zu erlangen. Das Abkommen ermöglichte es den Industrieländern, die meisten der hohen Subventionen beizubehalten, die vor Abschluß der Uruguay-Runde bestanden. So sind sie beispielsweise nur verpflichtet, ihre sehr hohen Inlandssubventionen um 20% abzubauen. Im Gegensatz dazu hatten die meisten Entwicklungsländer keine oder nur sehr geringe heimische bzw. Exportsubventionen. Nunmehr können sie diese dank des Landwirtschaftsabkommens weder einführen noch erhöhen. Hierin liegt eine große Ungerechtigkeit.** Wie man an diesen Beispielen aus dem Standpunkt der südlichen Länder sehen kann, ist eine der Hauptkategorien der »Probleme der Umsetzung der Uruguay-Runde« die Art, in welcher die nördlichen Länder sich nicht an den Geist der Abmachungen gehalten haben, ihren in den verschiedenen Abkommen vereinbarten Verpflichtungen nachzukommen. Dies führte zur Nicht-Realisierung der Gewinne, die sich die Entwicklungsländer von ihrem Beitritt zur WTO erhofft hatten.

IV: »UMSETZUNGSPROBLEME«, DENEN SICH DIE ENTWICKLUNGSLÄNDER VON DER URUGUAY-RUNDE AUSGESETZT SEHEN.

Einer der Gründe, dass die Entwicklungsländer zögern, neue Initiativen oder neue Bestandteile in das WTO-Treffen in Seattle einzubringen, ist, das sie immer noch mit ernsthaften Problemen bei der Umsetzung der Uruguay-Runde zu kämpfen haben. Die Uruguay-Runde hatte zur Folge, dass verschiedene neue, gesetzlich bindende Abkommen entstanden, welche die Entwicklungsländer verpflichten, ihre Wirtschaft drastischen Änderungen in verschiedenen Bereichen, so wie Dienstleistungen, Landwirtschaft, geistiges Eigentum und Investitionsmaßnahmen zu unterziehen. Viele Entwicklungsländer hatten gar nicht die Möglichkeit, den Verhandlungen zu folgen, geschweige denn, aktiv an ihnen teilzunehmen und verstanden gar nicht, wozu sie sich verpflichtet haben. Einige Abmachungen haben eine Gnadenfrist von 5 Jahren, bevor sie umgesetzt werden müssen. Diese Frist läuft Ende diesen Jahres ab. Die Probleme bei der Umsetzung, denen sie sich

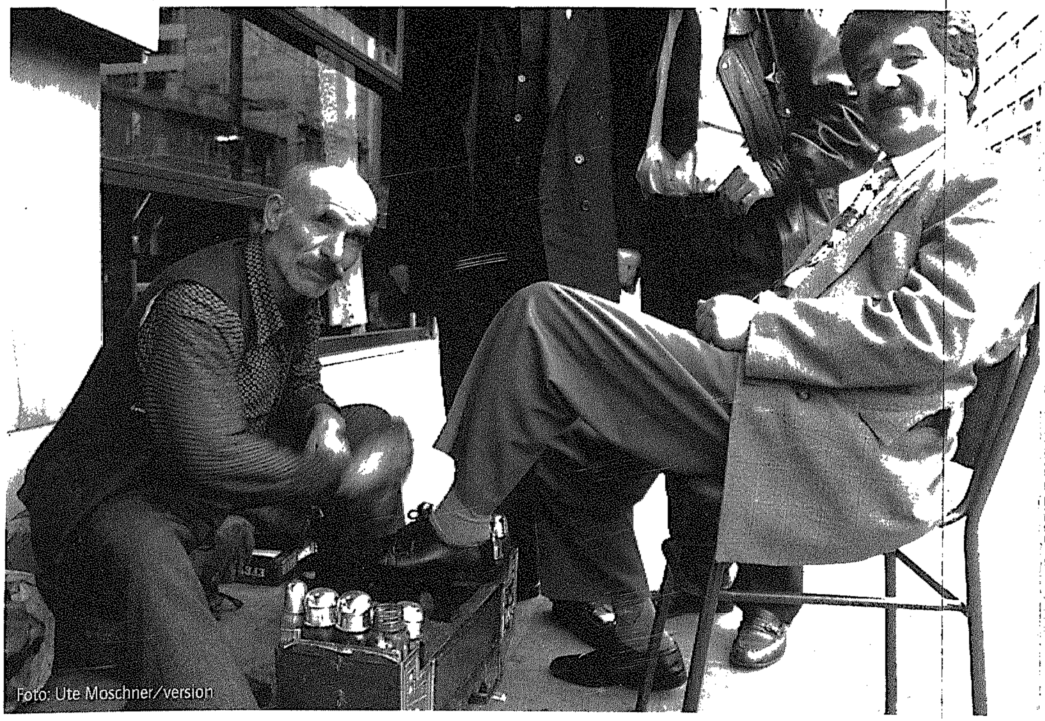
gegenüber sehen werden, fangen somit gerade erst an und werden noch schlimmer. Im Folgenden werden einige der Probleme aufgelistet: die Verpflichtung, die Bereiche Industrie, Dienstleistungen und Landwirtschaft zu liberalisieren, verursacht Verlagerungen der örtlichen Sektoren, Firmen und Farmen, da diese generell von kleiner oder mittlerer Größe sind und nicht mit größeren ausländischen Firmen oder billigen Importen konkurrieren können – dies bedroht Arbeitsplätze und Lebensunterhalt von Millionen Menschen.

b) die Uruguay-Runde entfernte oder beschnitt den Spielraum der Entwicklungsländer, lokale Industrien zu subventionieren (entsprechend dem Abkommen über Subventionen) oder Investitonsmaßnahmen zu ergreifen, wie z.B. Investoren vorzuschreiben, dass sie zumindest einen Teil an örtlichen Gütern für ihre Produktion abnehmen müssen (dies ist durch das Abkommen über handelsbezogene Maßnahmen (TRIMS) verboten)

c) das TRIPS-Abkommen verhindert, dass örtliche Firmen Technologien anwenden, für die andere Firmen (hauptsächlich ausländische Firmen) Schutzrechte haben; dies beschränkt die Aneignung moderner Technologien im Süden; desgleichen steigen die Preise für Medizin und andere lebensnotwendige Produkte, erheblich, wenn das neue Übereinkommen bezüglich geistigen Eigentums in den nächsten Jahren Anwen dung findet.

DURCH VERSCHIEDENE ÜBEREINKOMMEN VERURSACHTE PROBLEME LANDWIRTSCHAFTSABKOMMEN

Das Landwirtschaftsabkommen könnte schwere negative Folgen für viele Drittweltländer haben. Die meisten von ihnen (mit Ausnahme der am meisten unterentwickelten Länder) müssen ihre Subventionen für Farmer reduzieren und nicht – tariffäre Kontrollen für Agrarprodukte abschaffen, diese Kontrollen in Zölle umwandeln und diese dann schrittweise reduzieren. Dies setzt den heimischen Anbau dem globalen Wettbewerb aus. Farmer, die dem nicht standhalten können, werden nicht bestehen können. Hunderte von Millionen kleiner Landwirtschaftsbetriebe in der Dritten Welt werden davon betroffen sein. Es gibt ebenfalls eine Kategorie für Entwicklungsländer, die Nettoimporteure von Lebensmitteln sind; da die Zuschüsse für die Lebensmittelproduktion in den Industrieländern nach und nach verringert werden, können die Preise steigen; die Nettoimporteure von Lebensmitteln können sich so steigenden Rechnungen für Lebensmittelimporte gegenüber sehen. Eine Studie der FAO [Food and Agricultural Organisation; eine 1945 gegründete Unterorganisation der UNO, die Hunger und Fehlernährung bekämpfen soll; Anm. d. Üb.] über die Erfahrungen von 16 Entwicklungsländern bei der Umsetzung der Vorgaben der Uruguay-Runde kam zu dem Schluß: «Eine allgemein geäußerte Besorgnis betraf einen allgemeinen Trend hin zur Konzentration von Farmen. Durch die fehlenden Sicherheitsnetze drängte dieser Prozess die kleineren Produzenten an den Rand und trug zu Arbeitslosigkeit und Armut bei. Ähnlich deuten die meisten Studien auf fortgesetzte Probleme bei der Anpassung. Beispielsweise hatte der Bereich Reis und Zucker im Senegal trotz starker Währungsabwertung im Jahre 1994 massive Problemen beim Wettbewerb mit Importen.« (FAO, Erfahrung bei der Umsetzung des Landwirtschaftsabkommens der Uruguay-Runde, Zusammenfassung von Länderfallstudien, September 1999, vorgestellt von der FAO Abteilung Rohstoffe und Handel) [Commodities kann sowohl »Rohstoffe« als auch »Waren« bedeuten; AdÜ]


Foto: Ute Moschner/version

Viele Entwicklungsländer haben bei den Vorbereitungen für Seattle vorgeschlagen, das Landwirtschaftsabkommen zu ändern, um ihren Schwierigkeiten bei der Umsetzung Rechnung zu tragen. In den meisten Entwicklungsländern stellen die Kleinbauern einen großen Teil der Bevölkerung. Ihr Lebensunterhalt und ihre Produkte (speziell Lebensmittel) sind der grösste Teil des Sockels, auf dem die Volkswirtschaften der Drittweltstaaten stehen. Dieser Lebensunterhalt könnte durch die Liberalisierung der Landwirtschaft in Folge des Landwirtschaftsabkommens bedroht werden. Die örtliche Lebensmittelproduktion könnte ebenfalls durch billigere Importe bedroht werden. Entwicklungsländer würden dann abhängiger von Importen zur Sicherung der Lebensmittelversorgung, wodurch die nationale Lebensmittelsicherheit ausgehöhlt würde. Um mit diesen 2 schweren Problemen fertig werden zu können, haben viele Entwicklungsländer (incl. Indien, Indonesien, Ägypten, Sri Lanka, Uganda, Simbabwe, El Salvador etc) vorgeschlagen, dass die Entwicklungsländer einen Spielraum erhalten, um ihre Verpflichtungen so umsetzen zu können, dass Lebensmittelsicherheit, Verteidigung bäuerlichen Lebensunterhaltes und Linderung der Armut gewährleistet bleiben. Sie schlugen vor, dass die in den Entwicklungsländern für den heimischen Verbrauch produzierten Lebensmittel und die Produkte kleiner Farmer von der Umsetzung des Landwirtschaftsabkom-

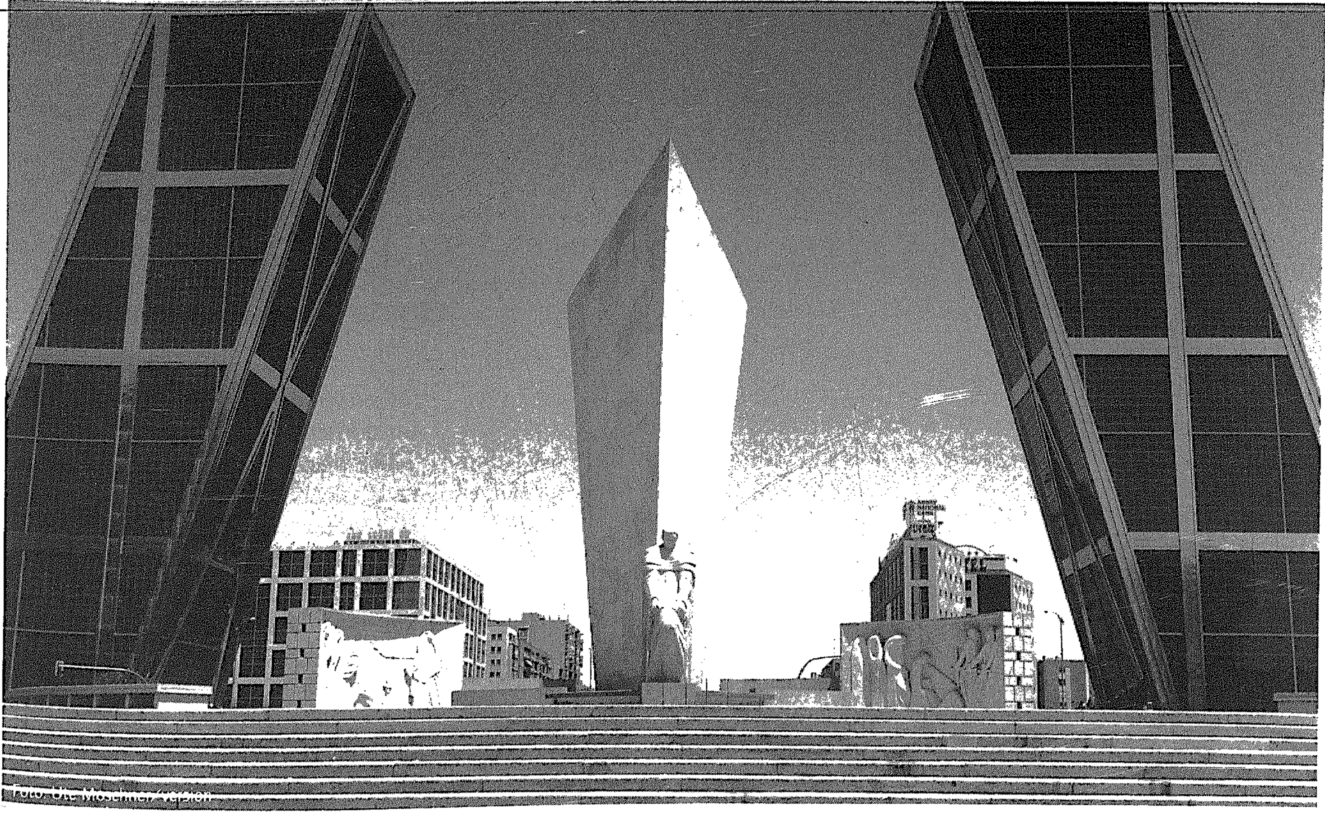
mens in Hinsicht auf Einfuhrerleichterungen, örtliche Versorgung und Subventionen ausgeklammert würden.

DAS TRIMS (TRADE RELATED INVESTMENT MEASURES) ABKOMMEN

Im TRIMS-Abkommen werden »Investitionsmaßnahmen« wie etwa eine lokale Beteiligung (welche ausländische Firmen dazu verpflichtet, mindestens für einen vorher festgelegten Betrag bei vor Ort vorhandenen Firmen einzukaufen) für die meisten Entwicklungsländer ab Januar 2000 verboten sein. Dies würde dazu führen, dass es keine Unterstützungspolitik für örtliche Firmen gibt, stärkere Verbindungen zur heimischen Wirtschaft fehlen und die Zahlungsbilanz wird nicht mehr geschützt. Entwicklungsländer brauchen jedoch eine solche Politik, da der niedrige Entwicklungsstand der einheimischen Wirtschaft zu diesem Zeitpunkt noch keinen Schutz vor dem freien Wettbewerb bietet. Durch die Einführung von TRIMS verlieren die Entwicklungsländer somit wichtige Steuerungsmöglichkeiten zum Aufbau ihrer Industrialisierung. In einer Überprüfung des TRIMS-Abkommens, welches 1999 beginnen sollte, sollten die Probleme der Umsetzung für die Entwicklungsländer dringend überprüft werden. Das Verbot von »lokalem Bezug« (von Materialien) behindert ernsthaft die Anstrengungen der Entwicklungsländer, die einheimische Industrie zu fördern, Devisen zu sparen und die vorhandene technologische Kompetenz zu fördern. Es gibt ebenfalls ein Verbot von Investitionsmaßnahmen, welche den Import für Firmen auf einen bestimmten Prozentsatz ihrer Exporte beschränken würden. Derlei Maßnahmen wurden eingeführt, um die Außenhandelsbilanz (Zahlungsbilanz) eines Landes zu schützen. Das Verbot dieser zwei Investitonsmaßnahmen wird die Durchsetzung von Entwicklungszielen stark erschweren. Das TRIMS-Abkommen sollte erweitert werden, damit die Entwicklungsländer das Recht erhalten, »lokalen Bezug« einzuführen und die Importe auf einen bestimmten Prozentsatz der jeweiligen Firmenexporte zu beschränken. Verschiedene Entwicklungsländer (incl. Brasilien, Indien, Indonesien, Malaysia, Pakistan, Uganda, Ägypten) fordern seit den Seattle-Vorbereitungskonferenzen der WTO in Genf, dass die TRIMS erweitert werden, um den Entwicklungsländern die Möglichkeit zu geben, solche Investitionsmaßnahmen weiterhin zu nutzen, um ihre Entwicklungsziele zu erreichen.

TRIPS (TRADE RELATED INTELLECTUAL PROPERTY RIGHTS/HANDELSBEZOGENE RECHTE AN GEISTIGEM EIGENTUM)

Komplett verloren hat der Süden im Übereinkommen bezüglich der Rechte an geistigem Eigentum [Patente, Lizenzen/ AdÜ], in welchem die Länder verpflichtet werden, die Gesetzgebung betreffend die Rechte an geistigem Eigentum einzuführen, deren Standard dem des Nordens gleicht. Dies verhindert eine eigenständige Entwicklung. Angemerkt werden sollte hier, dass die derzeitigen Industrieänder keine oder nicht so strenge Patentrechte, wie sie jetzt den Entwicklungsländern aufgezwungen werden, im Laufe ihrer Industrialisierung hatten, wodurch es ihnen ermöglicht wurde, ausländische Technologie in ihre eigenen Systeme einzubauen. Das Übereinkommen führt ebenfalls zu steigenden Zahlungen für Technik, so wie Tantiemen und Lizenzgebühren an die multinationalen Konzerne, die die meisten Patente der Welt haben. Die neue Vorschrift bezüglich der Rechte an geistigem Eigentum wird zudem einen Preisanstieg für viele Produkte zur Folge haben. Durch die Einschränkung des Wettbewerbs werden es die Rechte an geistigem Eigentum einigen Gesellschaften ermöglichen, die Preise für ihre Produkte weit über den Kosten festzusetzen und dadurch monopolähnliche Einkünfte zu erzielen. Dies zeigt sich deutlich im Bereich der Computersoftware. Ebenso haben in der Vergangenheit die meisten Drittweltstaaten Landwirtschaft, Medizin und andere lebensnotwendige Produkte und Dienstleistungen von der Patentgesetzgebung ausgenommen, aber mit der Einführung der TRIPS ist alles den Rechten an geistigem Eigentum unterworfen, sofern es nicht ausdrücklich ausgenommen wird. Die Arzneimittelpreise werden in vielen Ländern hochschiessen und der Verkauf ausländischer Produkte wird zu Lasten der einheimischen Produkte zunehmen. DIE TRIPS öffnen zudem die Tür zur Patentierung von Lebewesen, so wie Mikroorganismen und genetisch veränderten Materialien, die von der Biotech-Industrie so sehr herbeigesehnt wird. Viele Umweltschützer sorgen sich, dass sich dies schädlich auf die Umwelt auswirken wird, da der derzeitige Mangel an Kontrollen und Verantwortlichkeit in der Biotech-Forschung und Anwendung sehr wahrscheinlich den Verlust an natürlicher Artenvielfalt beschleunigen wird und natürliche Ökosysteme bedrohen kann. Für Veränderungen an Pflanzen geben die TRIPS den Ländern die Möglichkeit, entweder Patente oder ein alternatives »effektives« System des Schutzes geistigen Eigentums einzuführen. Dies muss bis Januar 2000 geschehen sein. Viele Bauernverbände (insbesondere in Indien, wo große Bauernproteste und Versammlungen gegen GATT/WTO abgehalten wurden) und Umweltschützer sind besorgt, dass es am Ende den Drittweltbauern untersagt sein wird, wie bisher einen Teil der Ernte als Samen für die nächste Saison aufzubewahren (wenn der benutzte Samen unter das Schutzrecht einer Gesellschaft fällt), sondern dass sie den Samen von Gesellschaften kaufen müssen. Geht man von diesen vielen Problemen aus, so sollte das TRIPS-Übereinkommen im Hinblick auf Entwicklungs-, Umwelt- und Sozialprobleme erweitert werden. In der Zwischenzeit sollte die Gnadenfrist vor der Umsetzung verlängert werden. Viele Entwicklungsländer haben vor und in Seattle förmliche Vorschläge gemacht, dass eine Überarbeitung der TRIPS entlang dieser Linien gemacht werden und es eine Verlängerung der Umsetzungsfrist geben sollte. Bis jetzt haben die USA und die EU diese Forderungen abgelehnt, da bestehende Gesetze nicht geändert werden könnten. Vor kurzem erklangen Vorschläge von Wirtschaftswissenschaftlern und einigen Nichtregierungsorganisationenen, dass das TRIPS-Übereinkommen komplett aus der WTO herausgenommen werden sollte. TRIPS ist ein protektionistisches Werkzeug und sollte daher keinen Platz in einer Organisation haben, die sich der Liberalisierung verschrieben hat. Zudem sind Rechte an geistigem Eigentum kein Handelsthema. Wenn man es in das Handelssystem einbindet, so besteht die Gefahr, dass die WTO mehr und mehr mit Nicht-Handelsthemen überfrachtet wird. Schlussfolgerung: Dies sind nur einige Beispiele, welchen immensen Problem sich die Entwicklungsländer jetzt und in Zukunft gegenübersehen. Sie können die verlangten Veränderungen ihrer wirt-


Foto: Ute Moschner/version

schaftlichen und sozialen Politik nicht verkraften. Insofern argumentieren viele dieser Länder völlig richtig, dass sie Zeit brauchen, um die Uruguay-Runde zu verkraften, dass einige der Regeln, die unfair sind und ernsthafte Probleme verursachen, überarbeitet werden müssen, und dass es bis zu einer befriedigenden Lösung keine neuen Forderungen, weiter zu liberalisieren (speziell im Bereich Investitionen und Regierung), geben sollte. Betrachtet man die ernsthaften Probleme, denen die Entwicklungsländer im Rahmen der Umsetzung der Verpflichtungen aus der Uruguay-Runde gegenüberstehen (während die Industrieländer ihre Verpflichtungen nicht angemessen umsetzen), so sollte es eine Überprüfung vieler Abkommen geben, wobei diese dann ergänzt werden sollten. Bereits jetzt enthalten viele Abkommen eine Klausel, dass 4-5 Jahre nach Inkrafttreten eine Überprüfung stattfinden sollte. In den nächsten 3-5 Jahren sollten sich die WTO-Aktivitäten auf den Überarbeitungsprozess konzentrieren, so dass die Fehler des Abkommens korrigiert werden können. Dieser Überarbeitungsprozess wäre eine immense Aufgabe, denn er würde Analysen der Schwächen der verschiedenen Bestandteile des Abkommens beinhalten, es gäbe Einschätzungen, wie diese die Entwicklungsländer beeinträchtigen oder beeinträchtigen werden und es kämen Vorschläge, die zum Abkommen hinzugefügt werden sollten sowie Diskussionen dieser Vorschläge.

V: WARUM DIE WTO KEINE NEUEN AUFGABEN ÜBERNEHMEN SOLLTE:

Ein Hauptgrund für das Versagen in Seattle war, dass viele Entwicklungsländer zögerten oder sich weigerten, der WTO das Mandat für die Ausarbeitung neuer Übereinkommen, welche von einigen Industrieländern eingebracht worden waren, zu erteilen. Die Absage an die neuen Vorschläge macht durchaus Sinn. Wenn die WTO ihre bereits stark beeinträchtigte Glaubwürdigkeit verbessern will, so sollte sie sich in den nächsten Jahren darauf konzentrieren, dass die Probleme bei der Umsetzung des Abkommens überprüft werden und sie sollte die notwendigen Änderungen im Abkommen vornehmen. Dies sind enorme Aufgaben. Diese werden nicht sauber durchgeführt, wenn es zu neuen Aufgaben in einer neuen Runde kommt. Die extrem begrenzten personellen, technischen und finanziellen Möglichkeiten der Entwicklungsländer und ihre Diplomaten und Politiker wären nicht in der Lage, an der Überarbeitung teilzunehmen, sondern müssten ihre Interessen bei den Verhandlungen neuer Themen verteidigen. Ebenfalls wäre die knappe Zeit der WTO hauptsächlich durch die neuen Aufgaben gebunden. Es wird nur wenig Zeit geben, um die bestehenden Vereinbarungen zu überarbeiten und zu verbessern und die Probleme, die durch ihre Umsetzung entstehen, werden mit der Zeit mehr werden und sich in sozialen und wirtschaftlichen Problemen äussern und zu politischer Instabilität führen. Wenn dies noch nicht ausreicht, so würden die meisten der vorgeschlagenen neuen Themen schwerste Auswirkungen auf die zukünftige Entwicklung des Südens haben. Themen wie Investitionsvorschriften, Wettbewerbspolitik sowie staatliche Beschaffung gehören nicht in erster Linie in die WTO (die ja eine Handelsorganisation sein soll). Die Industrieländer versuchen sie dort unterzubringen, um von der Durchsetzungsfähigkeit (dem Streitschlichtungsverfahren) der WTO zu profitieren, so dass die Entwicklungsländer dahingehend diszipliniert werden können, ihre Volkswirtschaften den Gütern, Dienstleistungen und den Volkswirtschaften der Industrieländer zu öffnen. Andere Themen beziehen sich auf Arbeits-, Sozial- und Umweltschutzstandards. Auch diese sollten nicht als neue Themen in neuen Verhandlungsrunden in der WTO diskutiert werden. Geschieht dies doch, so werden diese Themen vermutlich von den Industrieländern als protektionistische Waffen gegen die Waren und Dienstleistungen der Entwicklungsländer genutzt. Sollten die Industrieländer fortfahren, diese neuen Themen mit Druck einbringen zu wollen, so wird sich die WTO weiter teilen und drängende Probleme wie die aus den bestehenden Vereinbarungen würden nicht behandelt. Entwicklungsländer sollten das daher nicht akzeptieren und die Industrieländer sollten von der Einbringung dieser neuen Gebiete in die WTO Abstand nehmen.

B90/Die Grünen stellen fi

BUKO – Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen

Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) kritisiert Entscheidung der grünen Bundesdelegiertenkonferenz

Mit der Stillegung des Internationalen Solidaritätsfonds (ISF) für ein Jahr hat die Grüne Partei nach Auffassung des BUKO,s als Dachverband von über 200 Dritte-Welt-Organisationen der Solidaritätsarbeit eine klare Abfuhr erteilt.

Der BUKO fordert die Grünen auf, die Entscheidung der Bundesdelegiertenkonferenz zu revidieren.

Der Internationale Solidaritätsfond der Grünen unterstützte jährlich mit 300.000 DM Dritte-Welt Gruppen in der BRD und emanzipatorische Bewegungen in der sogenannten 3.Welt.



Foto: Christian Ditsch/version

Für die Nord-Süd-Bewegung und unzählige kleine Basisorganisationen geht nun ein wichtiger, unbürokratisch arbeitender Fonds verloren. Für die Partnerorganisationen aus anderen Kontinenten fehlt eine politisch relevante Adresse in Europa, die bisher eine unkonventionelle Förderung von emanzipatorischen Aktivitäten anbieten konnte. Kein anderes Förderinstrument kann die Arbeit des Solidaritätsfonds ersetzen.

Die frei werdenden Mittel sollen nicht für andere internationalistische und entwicklungspolitische Aktivitäten eingesetzt werden, sondern zur Deckung des allgemeinen Defizits der grünen Partei.

Mit dieser Entscheidung schneiden sich die Grünen ins eigene Fleisch und entwickeln sich zu einer beliebigen Partei der Mitte.

Der Beschluss des Parteitags im Wortlaut:

„Der internationale Solidaritätsfonds (ISF) wird für das Jahr 2000 ausgesetzt. Der Bundesvorstand setzt eine Arbeitsgruppe ein, die den Auftrag hat bis zum 30.10.2000 der Bundesdelegiertenkonferenz ein Konzept vorzulegen, wie entwicklungspolitische Basisarbeit weiterhin unterstützt werden kann. ..."

Kommentar: Damit will man das Projekt ISF klammheimlich stilllegen.

Der Internationale Solidaritätsfonds (ISF)

Zur Geschichte des Solifonds

Im Jahr 1984 beschlossen die Grünen, die Erhöhung der Wahlkampfkostenrückerstattung anläßlich der Europawahlen nicht der Parteikasse zufließen zu lassen, sondern daraus einen Fonds für die Dritte-Welt-Arbeit einzurichten.

Dies war die Geburtsstunde des Internationalen Solidaritätsfonds der Grünen, kurz Solifonds genannt. Die Wahlkampfkostenerstattung zu den damaligen Europaparlamentswahlen ergab, über fünf Millionen DM.

Aus den Zinsen dieses Vermögens sollten Gruppen in der Dritten Welt und internationalistische Gruppen und Nichtregierungsorganisationen hier, die sich für gesellschaftliche Emanzipation und Befreiung von Unterdrückung und Ausbeutung einsetzen, unterstützt werden. Das geschah auch ein paar Jahre lang. Dann war das Vermögen weg.

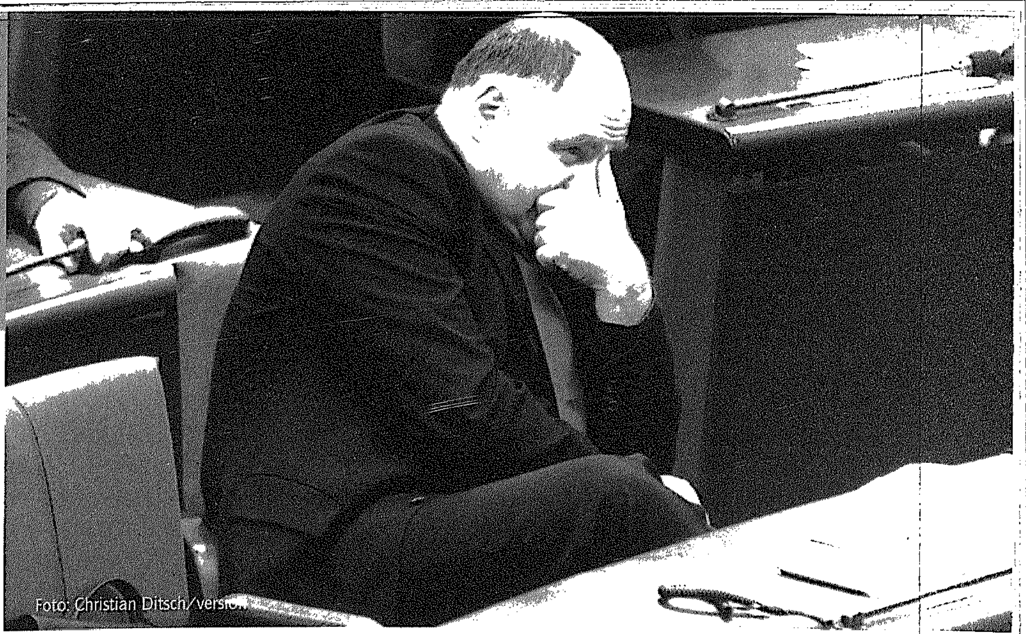
Die Partei hatte ganz diskret ihr Wahlkampfgeschenk an die »Bewegung« eingesackt und zum Kauf einer Immobilie, des ersten nationalen Parteisitzes, Haus Wittgenstein bei Bonn, benutzt

Auch in den Folgejahren haben Löcher im Haushalt des Bundesverbandes in schöner Regelmässigkeit zu dem Ansinnen geführt, sie mit den Mitteln des ISF stopfen zu wollen. Von Jahr zu Jahr wurde es für den ISF und seine FreundInnen innerhalb und ausserhalb der Grünen immer schwieriger, klar zu machen, dass mit der vielfältigen Ausstrahlung des ISF in die internationalistische Szene und in das entwicklungspolitische Spektrum hinein der Partei mehr gedient ist, als mit notdürftigem Flickwerk am Haushalt des Bundesverbandes, der chronisch an Schwindsucht leidet.

Im vergangenen Sommer war es dann wieder soweit: überteuerte Parteitage und ein weit über die Kostenvoranschläge hinausgehender Bedarf für den neuen Parteisitz in Berlin, sowie die anhaltenden Wahlniederlagen, die sich in geringeren Zuschüssen und Spenden niederschlugen, hatten ein neuerliches Loch in die Kasse des Bundeshaushaltes gerissen.

Unterstützun

inanzielle


Foto: Christian Ditsch/version

Seither geht der Streit darum, ob der ISF mal wieder für Verluste gerade stehen soll, die er nicht verursacht

Zur ehemaligen Arbeit des Solifonds

Der Solifonds unterstützte bis zum Sommer 1999 sowohl die Arbeit der Nord-Süd-Bewegung hier als auch politische Projekte der sozialen Bewegungen in den Ländern des Südens – wie auch friedens- und umweltpolitische und antirassistische Aktivitäten und die Arbeit unabhängiger Initiativen in Osteuropa. Die Mittel wurden von einem gewählten Vergaberat bewilligt, dem VertreterInnen aus den sechzehn Landesverbänden der Partei, aus dem Bundesvorstand, der Bundestags- und der Europafraktion angehörten.

Bewertet wurden die Anträge aus dem In- und Ausland nach ihrer politischen Bedeutung. Die hohe Zahl sinnvoller Anträge führte ständig dazu, daß die beantragten Fördermittel nur zu einem Teil bewilligt werden können.

Die ursprünglich über 5 Millionen DM, die dem Fonds aus der Erhöhung der Wahlkampfkostenrückerstattung zuflossen, wurden ihm allerdings nie als Vergabemittel zur Verfügung gestellt. Diese Summe verblieb bei der Bundespartei. Zuerst wurden die jährlichen Zinserträge vergeben. Später wurde dem Solifonds ein fester Titel im Haushalt der Bundespartei eingerichtet.

Dieser betrug die letzten Jahre DM 300.000, wenn nicht Kürzungen vorgenommen wurden. Im Jahr 1995 beschloss die Bundesdelegiertenkonferenz in Bremen, den Solifonds in die Satzung der Partei aufzunehmen.

4 Millionen DM vergeben

In den mehr als 14 Jahren seines Bestehens hat der Solifonds 2.807 Anträge entgegen genommen. Etwa die Hälfte davon wurden positiv beschieden. Für die 1.541 bewilligten Vorhaben in den Ländern der Dritten Welt, Osteuropas und in der Bundesrepublik wurde insgesamt eine Summe von 3.948.000 DM vergeben; im Durchschnitt ca. 2.500 DM/ Projekt.

Ca. 85% der Bewilligungen sind für Aktivitäten hier bei uns. Zu 30% geht es dabei allgemein um internationalistische Themen, zu 70% um länderspezifische, friedens- und umweltpoltische und antirassistische Aktivitäten.

Klein und groß

Struggles of Students (S.O.S.) erhielten ein paar hundert DM, um »urgent actions« für verfolgte StudentInnen in Kamerun machen zu können. Die Kampagnen 1988 gegen den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank und 1999 zum Weltwirtschaftsgipfel in Köln unterstützte der Solifonds mit jeweils über 50.000 DM.

In der Dritten Welt und hier

Für die Besetzung von Ländereien mit über der gesetzlichen Höchstgrenze liegenden Flächen erhielt die Demokratische Bauernallianz in El Salvador 5.000 DM, während die bundesweite Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen mit 6.000 DM unterstützt wurde.

Basisbewegungen und Nichtregierungsorganisationen

Der Solifonds hat das ArbeiterinnenSolidaritätsforum Surakarta in Indonesien mit Mitteln für Trainingsseminare gefördert und unterstützt seit einigen Jahren WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung) bei der Herausgabe des Schuldenreports.


Foto: Christian Ditsch/version

Weitere Informationen bei:
Internationaler Solidaritätsfonds, Bündnis 90/Die Grünen, Postfach 040609, 10063 Berlin,
Tel./Fax 0221/249394, isf-umb@t-online.de

g von 3.Welt Gruppen ein

"Die Köter jaulen, die Karawane

Zur Entwicklung und Kritikunfähigkeit in der PKK und zur Kurdistan-Solidarität in der BRD

Abdullah Öcalan, Vorsitzender der PKK, der Arbeiterpartei Kurdistans, wurde vom türkischen Geheimdienst MIT am 15. Februar 1999 in den Knast von Imrali in die Türkei entführt und in einem Schauprozeß zum Tode verurteilt. Die PKK hing vor dem auf Öcalans Festnahme folgenden programmatischen Schwenk in ihrem Programm von 1995 Modernisierungsvorstellungen an, wie sie für sowjetische Entwicklungsstrategen typisch waren: Da ist von zentraler Planung die Rede, und: "Im Bereich des gesellschaftlichen Eigentums soll der Entwicklung der Schwerindustrie Priorität zugewiesen werden." Die PKK wollte noch 1995 einen fordistischen Staatskapitalismus aufbauen, als neuen kurdischen Staat. Im PKK-Programm von 1995 hieß es etwa im Abschnitt "Die Phase der nationalen Befreiung": "Die Entstehung unserer Partei: ...Sie leitete eine neue Phase ein, nämlich jene Phase, welche gekennzeichnet ist vom Ende der entwickelten kolonialen Hegemonie und vom Ende der nationalen Vernichtung, die mit Widerstand die nationale Identität verteidigt und den nationalen Befreiungskampf propagiert." Bereits dieses Programm gab wenig anderes her als den Willen zur eigenen Nation. Und Öcalans Erklärungen aus dem Knast? Seine Verteidigungsrede wurde auf dem außerordentlichen Kongreß der PKK prompt als ein neues Manifest der Partei angenommen. Öcalan wandte sich in seiner ersten Verteidigungsrede aber weniger emanzipatorischen Anliegen zu, als das er der PKK die Anpassung an die Verhältnisse empfahl: "Anstatt die neue Weltordnung, die im wesentlichen von den USA geprägt ist, zu bekämpfen, ist es realistischer, innerhalb dieses Systems einen politischen Kampf zu führen."

Abschied vom Antiimperialismus

In seiner neuen Verteidigungsrede vom 21.10.99 Öcalan führt weiter aus, wie eine Lösung aussehen könnte: "Weltweit anzutreffende weitere Beispiele dafür, daß ein starker Staat realisiert werden kann, indem die größte Freiheit und Gleichheit der unterschiedlichsten freien Gedanken, Überzeugungen und Kulturen richtig praktiziert wird, sind Neuseeland und auf dem amerikanischen Kontinent sogar selber die USA: hier ist durch die Gemeinschaft fast aller Sprachen, Religionen und Nationen ein fast föderativ zu nennendes Weltsystem entstanden." Öcalans beschönigende Darstellung der USA als "Gemeinschaft von Nationen" dokumentiert seinen Abschied selbst vom plattesten Antiimperialismus. Die PKK ist auf dem Weg hin zu einer regionalistischen Ethno-Lobby – bei der Transformation von einer Guerrilla zu einer Partei trennt sie sich weder von ihrer volkstümelnden Programmatik noch von ihrem Personenkult. Was über Bord geht, ist der Rest an antikolonialer Rebellion, den die PKK trotz ihrer Programmatik für viele als KurdInnen diskriminierte noch bedeutet hat. Früher stellte die PKK den Kemalismus, die nationalchauvinistische Staatsdoktrin der Türkei, in Frage. Aber der Antikemalismus der PKK, der auch für die türkische Linke ein wichtiger Impuls war für ihren Bruch mit der nationalen Staatsdoktrin, ist mittlerweile Geschichte.

Öcalan erklärte bereits in seinem ersten Prozeß am 31. Mai: "Die Kurden können ihren Platz in einer demokratischen Republik finden." Denn: "Hier gibt es politische Freiheit ... Das einzige Problem sind Sprache und kulturelle Identität."

Das Abdullah Öcalan die Türkei lobt, könnte seine persönliche Prozeßstrategie sein,wenn nicht der PKK-Präsidialrat dafür sorgt, das alle seine Äußerungen von der gesamten PKK mitvertreten werden müssen. Osman Öcalan, Bruder des Chefs und Mitglied des PKK-Präsidialrates, erklärte Ende Oktober: "Ein Wort von ihm genügt, damit wir eine Entscheidung treffen. Als ich sagte, dass die Freiheit unsere Religion ist und der Vorsitzende unser Prophet, habe ich das nicht umsonst gesagt."

Osman Öcalan plaudert im zitierten Interview auch unbekümmert über die vom Verbot bedrohte Wahlpartei HADEP: "Ohne die Zustimmung der PKK kann die HADEP gar nichts tun. Das heißt, zwischen dem Volk und der PKK gibt es keinen Unterschied. Das Volk tut das, wozu es die PKK auffordert." Was tut dabei schon der Unterschied zwischen einer legalen Wahlpartei und einer klandestinen Guerrilla zur Sache? Die zwei größten Probleme der HADEP, die bei den Parlamentswahlen im April 99 türkeiweit 4,7% der Stimmen erhielt und in den Kriegsprovinzen zahlreiche Bürgermeister stellt, sind staatsterroristische Aktivitäten – allein im Wahlkampf wurden zehn ihrer Aktiven ermordet – und die ständige Verbotsdrohung.

Der Kurdistan-Rundbrief, ein Organ aus der Solidaritätsbewegung, druckte das zitierte Interview mit einem eigenen

Fotos: Herby Sachs/version

zieht weiter!"



Vorspann ab: "Das im folgenden dokumentierte Interview mit Osman Öcalan, einem der Kommandeure und Präsidialratsmitglieder der PKK, wird sicher nicht nur Zustimmung, sondern auch Widerspruch hervorrufen. Schon allein, weil die Meinung Osman Öcalans, die PKK brauche nur Flugblätter zu verteilen, dann würden Kurdinnen und Kurden die HADEP wählen, vorsichtig formuliert sehr erstaunlich ist."

Diese vorsichtige Kritik wurde aber in der Soliszene nicht etwa aufgegriffen, sondern zurückgewiesen weshalb der Kurdistan-Rundbrief in seiner nächsten Ausgabe versprach, in Zukunft Dokumentation und Bewertungen sorgfältiger voneinander zu trennen: "Es wurde kritisiert, dass mit der Überschrift auf der ersten Seite die Friedensdelegationen der PKK als 'Fiasko' abgewertet würden. Des weiteren wurde der wertende Vorspann zum Interview mit Osman Öcalan kritisiert. Weiter kam Kritik daran, dass der Protest von Nejdat Buldan wegen der Drohungen gegen ihn abgedruckt wurde. Insgesamt richtete sich die Kritik dagegen, dass im Kurdistan-Rundbrief kritische Bemerkungen über die Politik der PKK gemacht werden."

Dissidenten aus der PKK

Bei den Drohungen gegen Nejdat Buldan geht es darum, dass die AnhängerInnen des PKK-Kurses keine öffentliche Kritik in ihrem Umfeld dulden: Buldan war früher Bürgermeister in Türkisch-Kurdistan und Mitglied des kurdischen Exilparlamentes. Er wurde am 17. Oktober aufgefordert, seine Beziehungen zu Selahattin Celik und Sükrü Gülmüs abzubrechen, sonst würde es ihm wie so wie diesen ergehen. Der Journalist Selahattin Celik ist am 17. August 99 von Unbekannten in seiner Wohnung zusammengeschlagen worden, weil er der PKK Verrat an der auch von ihm propagierten nationalen Sache vorwirft: "Die PKK hat eine bestimmende Rolle dabei gespielt, die nationalen Forderungen der Kurden zu entwickeln ... Aber sie kann kein Monopol auf die inhaltliche Ausgestaltung dieser Forderungen haben."

Gülmüs wurde 1980 wegen Tätigkeit für die PKK verhaftet und sass 11 Jahre in Haft. Danach war er Chefredakteur der Wochenzeitung Yeni Ülke und bei der Tageszeitung Özgür Gündem. Ende November wurde auf einer Veranstaltung des PKK-Spektrums in Essen verkündet, dass er und alle Personen, die Kontakt zu ihm haben, bestraft werden. Gülmüs erklärte daraufhin: "Ihre Friedensappelle sind aber auch nicht glaubwürdig, denn die PKK-Führung geht gegen Menschen, die diesen Kurs kritisieren selbst mit Unterdrückung und Einschüchterung vor. Dieses Verhalten ist die Hysterie des Kapitulierens und die Schaffung interner Feindbilder, um eine freie Diskussion innerhalb der kurdischen Bewegung zu verhindern." Die ganze Erklärung ist im Internet auf Türkisch und Deutsch abrufbar. Im Kurdistan-Rundbrief erschien Ende Dezember eine zweite Erklärung der ERNK-Europavertretung zu den Vorwürfen gegen die PKK, sie würde Dissidenten bedrohen: "... wurden unser Vorsitzender und unser Kampf durch Gewinn machende Gruppen physisch und ideologisch angegriffen ... Besonders durch Angriffe auf Personen und Gruppen, die in der Vergangenheit mit uns zusammengearbeitet haben, wollen die Provokateure den Friedensprozess und unseren Kampf kriminalisieren. Durch den Angriff auf Selahattin Celik und unsere zwei Freunde in Bremen sind solche Provokationen auf die Spitze getrieben worden."

An dieser Distanzierung von den Überfällen fällt vor allem eines auf: Die Beschwörung der Einheit gegen das Feindbild profitierende ideologische Gegner - bei gleichzeitiger Beteuerung, selbst nicht zugeschlagen zu haben.

Das es in der Kurdistan-Solidarität mehr Kritik an der Veröffentlichung der Erklärungen von Dissidenten gibt als an der Unterdrückung von offener Diskussion bedauern wir. Hier drängt sich die Frage auf, ob die erdrückende Mehrheit der Kurdistan-Solidarität mit der hierarchischen Ausrichtung der PKK auf eine Leitfigur und ihrer autoritären Organisationskultur überhaupt keine Probleme hat. Es gibt nur drei uns bekannte Kritiken an der aktuellen Unterdrückung der Widersprüche innerhalb der kurdisch-nationalistischen Bewegung: Die Artikel von Jörg Hilbert in der jungen Welt, Stellungnahmen von Medico International " insbesondere der "Dringende Appell: Brutaler Anschlag auf den kurdischen Publizisten Selahattin Celik" und Ende

Oktober erschien eine Broschüre von ekan (einige kommunistInnen aus nürnberg). Dort sind in Übersetzung zwei Texte aus der unter SympathisantInnen der PKK vielgelesenen Tageszeitung Özgür Politika dokumentiert, die von ekan zu Recht als Hetzartikel bezeichnet werden:

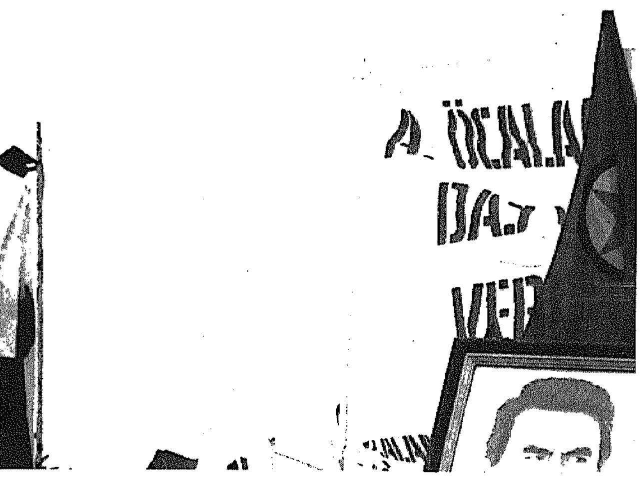


Foto: Herby Sachs, Transparent

Der erste erschien am 29.8., zwölf Tage nach dem Angriff auf Celik. Unter dem Titel "Jungkurden" heißt es dort über Kritiker der PKK: "Das sind die eigentlich gefährlichen. Hütet Euch bloß vor diesem Tschernobyl-Auswurf!". Zwei Wochen später folgte am 6.9. der Artikel "Die Köter jaulen, die Karawane zieht weiter", der so endete: Jetzt haben sie solche wie Selahattin Celik, Sükrü Gülmüs an ihre Seite genommen. Und die wildesten Angriffe kommen von diesen wankelmütigen, die am Ende sind. Diese Kreise machen auf einer von einem Baran Funderman genannten Agenten betriebenen Internet-Seite der freien Diskussion ihr volles Maul auf und beschimpfen die PKK und ihren Führer auf niederträchtigste, gemeinste und hinterhältigste Weise. Aber die Apo-Anhänger rufen wieder laut aus: Die Köter jaulen, die Karawane zieht weiter!"

Selahattin Celik offenbarte auf der Veranstaltung "Wie weiter im kurdischen Befreiungskampf?" am 20. 1. 00 in Berlin, die von der gruppe mücadele organisiert wurde, dass innerhalb der PKK mit AbweichlerInnen seit langem kurzer Prozess gemacht wird: Er nannte dort die Zahl von 1500 GenossInnen, die bei PKK-internen Strafmaßnahmen während der letzten 20 Jahre umgebracht wurden.

Uns geht es nicht darum, die Dissidenten der PKK hochzuloben, wenn wir gegen derartige Diffamierungen protestieren. Udo Wolter schrieb dazu: "Eine linke Kritik müßte stattdessen das auch bei den kurdischen PKK-Dissidenten ungebrochene nationalistische Weltbild einbeziehen. Denn auch ein Selahattin Celik hat an der lupenrein völkischen Konstruktion der 'kurdischen Identität' eifrig mitgebastelt und stand diesbezüglich voll hinter der PKK-Politik. Auch jetzt wirft er in Interviews der PKK und Öcalan vor allem Verrat an der "nationalen Verantwortung" gegenüber dem 'kurdischen Volk' vor. Die PKK ist derartig auf ihren Chef, den "Apo" (Onkel) Öcalan, die Sonne Kurdistans, ausgerichtet, dass seinem Überleben anscheinend alles untergeordnet wird und die rabiate Ausgrenzung der Dissidenten weitergeht.

Opfer des Personenkultes: Die Friedensdelegationen

Die "Friedensdelegationen" der PKK sind das zweite bittere Beispiel dafür, welche Konsequenzen die von antinationalen KritikerInnen seit 1995 massiv kritisierte programmatische Ausrichtung der PKK in praktischer Hinsicht haben. Zum Zeichen des Friedenswillens der PKK reisten auf "Anregung" vom Apo Öcalan zwei Delegationen der PKK in die Türkei und stellten sich. Die erste achtköpfige Gruppe aus Westeuropa wurde am 1. Oktober sofort verhaftet. Ihnen drohen nach Angaben ihrer Anwälte bis zu 20 Jahren Haft. Es waren dem türkischen Staat bekannte Funktionäre unter ihnen. Am 30. Oktober bekundeten weitere acht PKKlerInnen ihren Friedenswillen, indem sie offiziell aus dem Nordirak einreisten und sich stellten. Beide Delegationen sitzen unter den für "Terroristen" üblichen Bedingungen in Haft, ihnen droht – wie Öcalan – die Todesstrafe. Diese Delegationen waren nichts weiter als Unterwerfungsgesten und Opfergänge.

Solidarität gegen die Militärdemokratur

Beim Konflikt in der Türkei ist für uns zentral, dass es dort eine nationalchauvinistische, antikommunistische Militärdemokratur gibt. Militärdemokratur – dieser Begriff entstand in der Kritik der Zustände in lateinamerikanischen Staaten, wo die Erfahrung der Militärputsche ausreicht, um dem Militär eine entscheidende inoffizielle Machtbeteiligung zu zugestehen. Bei allen politischen Debatten sitzt der Schatten des Militärs mit dabei. Für die Verhältnisse in der Türkei ein sehr passender Begriff.

Die Militärdemokratur dient als Ordnungshüterin zur Aufrechterhaltung kapitalistischer Verwertung. Trotz der Militärdemokratur halten wir es aber für notwendig, an den volkstümelnden Vorstellungen der PKK Kritik zu üben. Dementsprechende lehnen wir Losungen ab, mit denen das kurdische Volk und ihre Leitfigur bejubelt werden. So tauchten bei diversen Demos im Frühjahr 99 in Hamburg diese Transparente auf: "Niemand wird uns von unserem Vorsitzenden Apo trennen!" Oder vom Frauenverband YAJK: "Öcalan! Wir sind mit dir geboren, sterben auch mit dir!" Diese Transparente waren keine Ausrutscher. Das zeigt das gedruckte und bei bundesweiten Demos vielfach getragene Kleintransparent: "Vorsitzender APO, Sonne Kurdistans! Einer für alle, alle für einen! Wir sind mit dir zu allem bereit!" Im Hinterhertrotten hinter solchen Slogans kann Solidarität für uns nicht bestehen.

Mit der EU Menschenrechte durchsetzen?

Der Einsatz für ein uneingeschränktes Bleiberecht für Alle und die Kritik an der Festung Westeuropa ist für uns zentral. Wir können nichts fortschrittliches darin erkennen, wenn sich Großteile der Kurdistan-Solidarität an die Debatte der Herrschenden anhängen, ob und wie die Türkei die Kriterien für einen EU-Beitritt erfüllen könne. Die Bundesrepublik als ein Land, in dem täglich das gesetzlich garantierte Menschenrecht auf körperliche Unversehrtheit im rassistisch geprägten Alltag zu Makulatur wird, darf nicht dadurch als vermeintlich zivilisiert legitimiert werden, dass an ihre Regierung appelliert wird, doch bitte für die Einhaltung der Menschenrechte in der Türkei zu sorgen. Genau dies passiert aber permanent durch die Menschenrechtskampagnen aus Kreisen der Kurdistan-Solidarität und der SympathisantInnen der PKK. Der PKK Präsidialrat selbst reagierte im Dezember auf die

Ankündigung der EU, die Türkei als Beitrittskandidaten zu akzeptieren, einmal mehr mit einem fatalen Appell an die EU: "Noch wichtiger wird es sein, dass die Türkei die für eine EU-Mitgliedschaft erforderlichen Bedingungen erfüllt ... Die wichtigste Aufgabe ist jetzt, die Türkei für ihre Kompatibilität zu europäischen Normen vorzubereiten."

Die PKK redet von europäischen Normen und übersieht in ihrer nationalen Fixierung auf die "kurdische Frage", das die wichtigste EU-Norm die Freiheit des Kapitals ist: "In Anbetracht dieser Tatsachen muss die Lösung der kurdischen Frage eine Vorbedingung für die Mitgliedschaft der Türkei in der EU sein". Vielleicht sollte sich die Türkei die nationale Formierung der Deutschen in der BRD als europäische Norm zum Vorbild nehmen, die Entrechtung und Ausgrenzung von MigrantInnen a la germania? Für die Idee, Rechte für Flüchtlinge und MigrantInnen nicht nur aus der Türkei in der EU zu fordern, ist in der PKK-Erklärung kein einziger Halbsatz verwandt worden. Das gerade Flüchtlinge aus der Türkei unter dem Schengen-Abkommen leiden und immer gefährlichere Einreisen wagen müssen, scheint die PKK nicht zu interessieren. Auch nicht, das Menschen mit türkischem Pass auch nach dem EU-Beitritt das Recht auf Freizügigkeit, also das Bleiberecht noch 10 Jahre lang verwehrt werden soll. Und zum 1. Januar 2000 ist jetzt auch Griechenland dem Schengen-Abkommen beigetreten. Prompt fordern deutsche Medien bis hin zur linksliberalen FR, dass die Schotten noch dichter gemacht werden: "Dass die Griechen diese Seegrenze nicht perfekt abriegeln können, liegt auf der Hand. Deshalb ist nun auch die Türkei gefordert ... Wenn die Regierung in Ankara es ernst meint mit der EU-Kandidatur, muss sie mithelfen, den Menschenschmuggel über die Ägäis zu unterbinden."

An prominenter Stelle aktiv mithilfe von EU und BRD Menschenrechte in der Türkei einzufordern, ist Claudia Roth, als Grüne Vorsitzende des "Bundestagsausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe". Gegenüber der Hessisch-Niedersächsischen Allgemeinen erklärte sie Ende 1998: "Mein Stellvertreter ist Christian Schwarz-Schilling, der sich immer für die Menschenrechte eingesetzt hat. Dabei hat er sich auch nicht gescheut, sich mit seiner eigenen CDU/CSU-Fraktion anzulegen. Insofern ist er ein Vorbild für mich. Ich hoffe, dass wir alle an einem Strang ziehen werden."

Schwarz-Schilling legte sich mit seiner Fraktion an und trat als Minister 1994 zurück, weil die Kohlregierung ihm zu wenig Druck in Sachen Menschenrechte auf Jugoslawien machte.

Debatte?

Wir würden uns freuen, wenn unsere Kritik in der Kurdistan-Solidarität zum dringenden Anlass genommen werden würde, über die Entwicklung von PKK und Solibewegung offen zu streiten. Wir haben uns in unserer Kritik von den Artikeln in den iz3w seit 94 von Udo Wolter und Jan Keetmann anregen lassen, die aber weitgehend ignoriert werden. Oder es wird Udo Wolter "Verrat" an der Solibewegung vorgeworfen, wie dies bei der Hamburger Podiumsdiskussion zur Kurdistan-Solidarität am 7. Mai 99 der Fall war. Dort sassen auf dem Podium: Ein Redakteur vom Kurdistan-Rundbrief, eine Journalistin der jungen Welt, sowie Udo Wolter für die iz3w und einer von der gruppe demontage. Im Flugblatt der Kurdistan-Solidarität Hamburg stand dazu: "Wer im Fadenkreuz der staatlichen Repression steht, steht meist auch im Fadenkreuz einer 'linken Kritik', die nichts weiter ist als Demagogie". Und: "Wir stehen in diesem Sinne Diskussionen 'über' die PKK mit Schreibtischtätern, die längst objektiv den Interessen der Herrschenden dienen, ablehnend gegenüber. Die vertane Zeit und Kraft, die in solchen Debatten verschwendet würde, kann sinnvoller genutzt werden."

Zum Weiterlesen:

ekan: Dokumentation zur Kurdistan- & Türkei-Solidaritätsarbeit, Texte von 8/97-9/99. 110 Seiten. Bezug: 11,50 DM in Porto an: ekan c/o Antibuch, Mittlere Kanalstraße 19, 90429 Nürnberg.

Thomas Uwer/Thomas von der Osten-Sacken: Jeder Kurde eine Bombe, in: jungle world 11/99

Udo Wolter: Brennen für Öcalan, in: konkret 4/99; Zahlreiche Artikel in der jungle world: In der Migrantenfalle, in: Nr. 13/98; Apo in Roma, in: Nr. 47/98; Antreten zur neuen Weltordnung, in Nr. 35/99; Prügeln f. d. Zivilgesellschaft, in Nr. 02/00

gruppe demontage: Solidarität nur an der PKK vorbei, in: blätter des iz3w 243; Postfordistische Guerrilla – Vom Mythos nationaler Befreiung, 292 Seiten, 29,80 DM, Unrast Verlag, 2. Auflage Mai 99

Gegen die Unterstützung der Militärdemokratur in der Türkei – Für eine Solidarität jenseits von "Völkerrecht" und "Volk", Flugschrift, nachgedruckt in: Interim 467, 14.01.99; Zeck 76, 1/99

Die Linke und ihre Stunde Null - Ein Reisebericht der gruppe demontage. In: Willi Bischof/Irit Neidhardt (Hg.): "Wir sind die Guten – Antisemitismus in der radikalen Linken", Unrast, 2000.

Die Podiumsdiskussion blieb weitgehend im Austausch gegenseitiger Vorwürfe und Kritik stecken. Weite Teile der Kurdistan-Solidarität sahen sich wohl dadurch provoziert, dass ihnen dort antinationale Linke ihr Thema streitig machen würden. Vielleicht entwickelt sich durch diesen Artikel schriftlich eine unaufgeregtere Debatte, zumal die Entwicklung des letzten Jahres ja einiges verändert hat.



gruppe demontage

Postfach 306 132, 20327 Hamburg

Kurzes

Anarchismus und Judentum-Konferenz in Venedig [Italien]

Anarchisten und Juden – Zur Geschichte enger Beziehungen, Venedig, 5-6-7 Mai 2000

Die Geschichte der grossen Anzahl jüdischer Anarchisten am Ende des letzten Jahrhunderts und in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, einige davon als intellektuell oder in der Bewegung herausragende Persönlichkeiten, ist von historischem Interesse für Anarchisten genauso wie für an jüdischer Geschichte Interessierte. Bis heute gab es keine systematische Untersuchung der Annäherung dieser zwei zunächst so unterschiedlichen Traditionen. Diese Annäherung war in einer bestimmten historischen Zeitspanne und einem relativ genau festlegbaren sozialen Zusammenhang entstanden. Sie entwickelte sich zuerst im Osten, der Wiege der Yiddischen Kultur, wo die Juden gezwungen waren unter zaristischen Gesetzen zu leben.

Danach entstand die noch grössere Affinität zwischen der jüdischen Tradition und der libertären Utopie unter jüdischen Emigranten in England, Argentinien und den USA (die in der ersten Generation Leute wie Emma Goldman, in der zweiten Generation Leute wie Paul Goodman, Noam Chomsky und Murray Bookchin miteinschloß.

In diesen Ländern waren die treibenden Elemente der jüdischen Arbeiterbewegung, die sich vor allem aus den östlichen Ländern rekrutierte, junge Anarchisten, die mit Gottesfurcht und Respekt für die religiösen Traditionen groß geworden waren, nur um später von der großen Welle des revolutionären Utopismus erfasst zu werden. Sie repräsentierten den Radikalismus eines Proletariats für das der Messias nur ein Sprachrohr libertärer Ideologie war. Es war dabei nicht ausschließlich von Bedeutung, dass jahrhundertelang die Selbstverwaltung der Gemeinden die Juden für die Theorien der gegenseitigen Verbindung, von Föderalismus und autonomen Gemeinden aufnahmebereit für libertäre Denker gemacht hatten. Ziemlich entscheidend war die Ethik der jüdischen Spiritualität und das messianische Denken (das Martin Buber als original jüdischen Beitrag zum modernen radikalen Denken ansah) mit seinen eschatologischen Hoffnungen auf eine radikal andere Zukunft, das eine Anzahl von Juden sich auf die libertäre Theorie zu bewegen ließ.

Dasselbe kann nicht für die Juden der westlichen Kultur behauptet werden, die größtenteils in ihren Kulturen assimiliert waren - mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen wie der Franzose Bernard Lazare und die Deutschen Gustav Landauer und Erich Mühsam.

Judentum und Anarchismus trafen wieder in Palästina und später in den israelischen Kibbuzim zusammen, beidesmal durch das direkte Beteiligtsein von Anarchisten und stärker noch durch die libertär-kommunistischen Traditionen für die Prinzipien und organisatorischen Richtlinien der Kibbuzim. Ein Kibbuz-Schüler schrieb kürzlich, das was auch immer die Gründer gedacht haben mochten und die Mitglieder der Kibbuzim denken, seien die Kibbuzim die ideengeschichtlichen Erben der libertären Tradition, von Kropotkin viel stärker als Marx, vom Anarchismus viel stärker als vom Marxismus.

Das internationale Treffen zu diesem Themenbereich wird im Mai 2000 in Venedig stattfinden, organisiert vom Centro Studi Libertari aus Mailand und dem Centre International de Recherches sur l Anarchisme (CIRA) aus Lausanne. Das dreitägige Treffen beinhaltet eine Studienkonferenz im Auditorium am Campo Santa Margherita und verschiedene Angebote wie Theater und Musikaufführungen, Debatten und original Dokumentarfilme, die in den Räumen der Faculty of Architecture stattfinden werden.

An der Studienkonferenz, die von der Peace Foundation of the Venice City Council und dem History Department of the University of Venice unterstützt wird, werden Teilnehmer aus ganz Europa erwartet, die simultane Übersetzung wird in Italiensisch, Englisch und Französisch angeboten.

1, Konferenztag:
Auditorium Campo Santa Margherita
Freitag, 5.Mai, 14,30 - 19,30

Eröffnung
- Gianfranco Bettin (Stadtverwaltung Venedig)
- Giovanni Levi (Department of History, Venice University)
- Amedeo Bertolo (Libertarian Study Center, Milan)

Beziehungen
- Eric Jacobson (Freie Universität, Berlin): Anarchismus und Tradition
- Furio Biagini (University of Lecce): Chassidistische Einflüsse im jiddischen Anarchismus
- Chaim Seeligmann (Yad Tabenkin Center, Tel Aviv): Utopismus, Messianismus and Säkularer Messianismus
- Enrico Ferri (University of Rome): Jüdische Frage und Libertäre Perspektiven bei Max Stirner

Kommunikation
- Jacob Goren (Yad Tabenkin Center, Tel Aviv): Anarchistische Elemente im Proto-Judentum

Samstag, 6. Mai, 9,30 - 13,00
Beziehungen
- Nathan Weinstock (Institut d'Etudes Juives, Bruxelles): Die jüdische libertäre Bewegung
- Michael Löwy (CNRS, Paris): Anarchismus und Judentum in Mitteleuropa der Fall Franz Kafka
- Rudolf De Jong (Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam): Die anarchistische Debatte über Anti-Semitismus

Kommunikation
- Gregorio Rawin (Schriftsteller, Buenos Aires): Die Jüdische Vernunftliga in Argentinien
- Sylvain Boulouque (University of Reims): Assimilierte Juden im Europäischen Anarchismus: der Fall Bernard Lazare

Samstag, 15,00 - 19,30

Beziehungen
- Mina Graur (University of Jerusalem): Zionismus und Anarchismus: die Debatte über jüdischen Nationalismus
- Yaacov Oved (Yad Tabenkin Center, Tel Aviv): Anarchismus in den Kibbuzim
- Siegbert Wolf (University of Frankfurt a/M): Die intelektuelle Beziehung zwischen Gustav Landauer und Martin Buber

Kommunikation
- Birgit Seemann (University of Frankfurt a/M): Anarcha-Feminismus und Judentum
- Francis Shor (Wayne State University, Detroit): Jüdischer Anarchismus und Kommunitarismus: von Stelton zu Sunrise

Sonntag, 7.Mai, 11,00 - 13,00

Runder Tisch: die doppelte Identität mit: Judith Malina (New York), Hanon Reznikov (New York), Audrey Goodfriend (San Francisco), Jean-Marc Izrine (Toulouse),
Kirill Limanov (Moscow), Sébastien Doubinsky (Copenhagen), Arturo Schwarz (Milan)
Kontakt: centro studi libertari
via Rovetta 27, 20127 Milano
tel. e fax 02 28 46 923
email : csl<eleuthera@tin.it>
http://www.club.it/biblo/archivio.pinelli

Übersetzung: wh

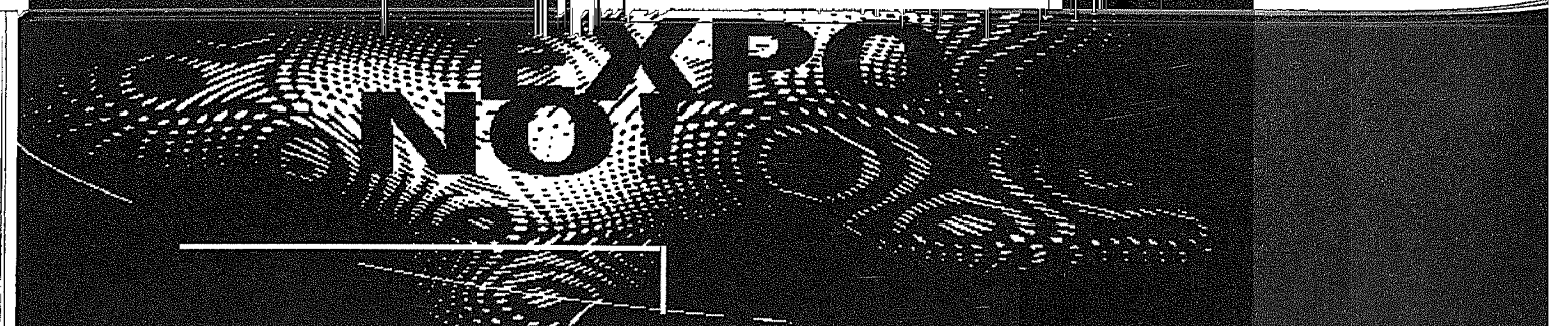
Festkommers &Haider

Wie bereits einige unter euch wissen findet am 12. und 13. Mai 2000 in Innsbruck (westliches Haiderland) ein großer Festkommers der deutschnationalen Burschenschafter statt. Diverse Gruppen und Einzelpersonen sind bereits seit einigen Wochen dabei diverse Gegenveranstaltungen auf die Beine zu stellen (z.B. Demos, Antifa-Feste, Tagungen, Lesungen, Vorträge, Diskussionen, Straßenfeste...)... also es wird bestimmt viel gegen den neuen Aufmarsch der rechtsextremen Studenten stattfinden. Vor allem soll das ganze international sein, und nicht nur eine rein österreichische Sache sein... .Dies ist vor allem angesichts der derzeitigen politischen Lage hier in Haiderland sehr wichtig, da die Verbindungen zwischen den sogenannten Waffenstudenten und der FPÖ sehr eng sind...

Organisiert werden die Gegenaktivitäten von einem breiten Bündnis, bestehend aus diversen Einzelpersonen und Organisationen (keine Parteien!!!!!)... mit dem Namen "PLATTFORM GEGEN RASSISMUS", Postfach 98, 6027 Innsbruck, Austria
Ein grober Plan für die Gegenaktivitäten steht bereits fest (aber noch nicht ganz definitiv):Freitag **12. Mai**: Vormittags: diverse **Tagungen, Podiumsdiskussionen, Vorträge**. Nachmittags: autonomes, lärmendes **Gegenkulturfest** (gemeinsam mit dem EKH aus Wien) /**Antifafeste**. Samstag **13. Mai**: Mittags: **internationale Demo**, anschließend an die Demo, großes **Kulturfest**.. Abends: **Antifafeste** in diversen Kulturzentren Innsbrucks (z.B. Utopia, Juze Z6, Bierstindl...)
Neben diesen Aktivitäten wird es bereits im Vorfeld diverse andere Kundgebungen und Aktivitäten geben (z.B. Filmvorführungen, Vorträge an der Uni usw.)...
Infoladen Grauzone, Postfach 705, 6021 Innsbruck, Austria (e-mail: ilgrauzone@hotmail.com)

Rock gegen Rechts in Bramsche

Zum dritten Mal findet am 20.Mai 2000 ab 1500 Uhr in Bramsche am Schulzentrum das Open-Air Musikfestival "Rock gegen Rechts" statt. Dieses Jahr wird sind noch mehr überregionale Bands eingeplant, wobei die Bands der Region nicht zu kurz kommen. Das Programm wird dieses Jahr verlängert, so dass dieses Jahr ca. 10-13 Bands auftreten werden. Parallel dazu wird es im an das Festivalgelände angrenzenden Schulzentrum Diskussionsmöglichkeiten zur Entwicklung von antifaschistischer Arbeit geben. Geplant ist auch eine Kabarett-Veranstaltung mit Dietrich Kittner am 9.Mai im Kino Universum in Bramsche.



DER EXPO 2000 WIDERSTANDS-KALENDER

Aktionswoche gegen die Expo 2000
27.5. in Hannover: Große **Demo** gegen Expo 2000, Info: Anti-Expo-AG

27.5.-4.6. in Hannover und in anderen Eröffnungsorten: **Aktionen, Aktionscamps, direkte Aktion** und mehr. Ziel sind bunte, vielfältige Aktionen, die von Basisgruppen und regionalen Bündnissen entwickelt werden. In Hannover wird eine Infrastrukturaus Büroräumen, Camps und mehr bereitstehen. Info: Anti-Expo-AG

1.6. Eröffnung der Expo

Aktionswoche gegen die Expo 2000: **1.6.** in Hannover:Zentraler Aktionstag gegen die Expo-Eröffnung–Motto: London - Seattle .... und jetzt Hannover!!! Kleine und grosse, nette, spassige oder direkte Aktionen gegen die Expo –seid Sand oder Steine im Getriebe! Rechtzeitig vorher wird ein Stadt(ent) Führer mit allen Daten zur Expo und den beteiligten Firmen, Lagepläne usw. veröffentlicht! Info: Anti-Expo-AG

3./4.6. in Hannover: **Innen!stadt!aktions!tage.** Info: Innenstadt-AG, c/o ASTA Hannover

31.5.-4.6. in Berlin: **Gesundheitstag 2000** (menschliche Gesundheit, auch als Gegenbild zur Expo 2000 - genannt "Impo 2000"). Infos: Christl Burkhardt, 030/7940343-4, Fax -5
4.6. unterwegs **Radtour** "Das Tote Meer soll leben"
Weitere Aktionen:
9.-13.6. in Mellendorf: **Anti-Expo-Camp** Info: JANUN, BDP und Naturfreundejugend, 0511/3940415

9.-13.6. in Walsrode: **Anti-Expo-Camp**, Info: Falken (Bundesverband), 0228/221055

11.6. in Hannover: **Innenstadt-Aktionstag**, Info: Die Falken, 0511/528298

15.6. Überall: **Autofreier Hochschultag**
18.6. Überall: **Aktionstag Mobil ohne Auto**, Info: Umkehr e.V., 030/4927-473

1.7.-30.7. in Hannover: **Interkulturelle FrauenLesben-Uni** Info: Bego, c/o ASTA Hannover, 0511/7625064

Im **Juli** in Hannover: Internationales **JournalistInnentreffen**
Im **Juli** in Berlin: **Expo-Kongress** "Local Heroes 21" Nachhaltigkeit, Agenda, Ökoneoliberale Konzepte sowie NGO/Konzern-Verbrüderungs-Symbolik (Veranstalter sind die deutschen Umwelt- und Entwicklungsverbände) Aktionen gegen den Kongress geplant. Info: Netzwerk "Umweltschutz von unten", http://go.to/umwelt

7.-9.7. in Hannover: **IKK** -Info: Pavillon

10.7.-6.8. in Hannover:**Chaos-Tage**:"Die Bestie wird geweckt"
15.7.-20.8. bei Hannover: **Zeltcamp** der DLRG-Jugend Info: DLRG-Jugend Nds., 0511/8379212
Mitte Juli bis Anfang August: **Friedensreiter** (unterwegs im Raum Hannover gegen Expo-Projekte)

18.7. Spanien-Aktionstag (aus Anlass des Nationaltages von Spanien auf der Expo)

20.8. in Hannover: **Mexiko-Aktionstag**: Chiapas und mehr (aus Anlass des Nationaltags von Mexico auf der Expo) Info: Ya Basta, karawane@mail.nadir.org

9.9. in Hannover: Subversives **Kulturfest**

27./28.9. in Prag: **IWF-Tagung** (Int. Währungsfonds)/("IWF - Mördertreff!")

30.9.-3.10.: **Kongress** "Umweltschutz von unten "Perspektiven ökologischer Arbeit, Info: Institut für Ökologie, 04533/792259

3.10. in Hannover und Dresden: **Antinationaler Aktionstag** (aus Anlass des Tages der Deutschen Einheit, der gleichzeitig Deutschland Nationaltag auf der Expo ist) Info: Infoläden Dresden und Wiesbaden

3.10. im Pavillon Hannover:"Wir begrüssen unsere Diktatoren"

ca. **9.-13.10.**:Europäische **Konferenz gegen Rassismus** UNITED for intercultural Action, 0031/20/6834778

Im **Herbst** in Berlin: 23. **BUKO** zur Weltwirtschaft–Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen Info: BUKO, 040/393156

31.10.: Offizielles **Ende der Expo** (bis hierhin hoffen die Expo-MacherInnen, durchzuhalten)

ADRESSEN UND INFOS:
Feministische Expo-Kritik: mamba.(AG feministische Expo-Kritik), c/o Asta Uni Hannover, Welfengarten 1c, D-30167 Hannover
Ökologische Expo-Kritik: Institut für Ökologie, Turmstr. 14a, D-23843 Bad Oldesloe, institut@inihaus.de
Emanzipatorischer Widerstand, ReferentInnen: Gruppe Landfriedensbruch, Ludwigstr. 11, D-35447 Reiskirchen-Saasen, landfriedensbruch@gmx.de
Koordination Süd: Anti-Expo-AG Tübingen, c/o Infoladen, Schellingstr. 6, D-72072 Tübingen
Innen!Stadt!Aktion!, Repression: Innenstadt-Aktionsgruppe

c/oAsta Uni Hannover,Welfengarten 2c, D-30167 Hannover
Rundbrief, EinsteigerInnen-Infopaket (je gegen 10DM): Büro für mentale Randale, Wickingstr. 17, D-45657 Recklinghausen, 02361/17483, antifare1@koma.free.de.
Region Hannover, **ReferentInnen, Aktionswoche**: Anti-Expo-AG c/o Asta Uni Hannover, Welfengarten 1c, D-30167 Hannover
Internationalistische Expo-Kritik, Strategien: FROXS, St.Pauli-Str. 10/12,D-28203 Bremen.
Pavillon, Lister Meile 4, D-30161 Hannover,0511/344558
Aktuelle Infos: www.expo-no.de
und ab 20. Februar 2000: www.contraste.org/expo2000

Michael Barrax

Am Morgen des 29.02.00 um 6.30 Uhr nahm eine Hundertschaft aus etwa 120 Beamten der Bereitschafts- und Einsatzpolizei verstärkt durch Abrisstrupps, Verantwortliche der beteiligten Firmen und die vollstreckende Gerichtsvollzieherin den Hof der Michael Barrax in Frankfurt am Main ein.

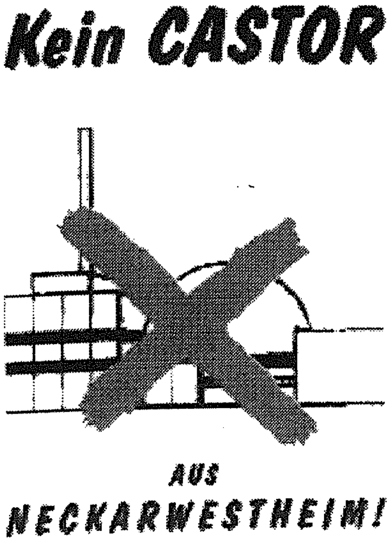
Noch am gleichen Tag wurden zwei der neun Häuser abgerissen, das nächste Haus auf der "schwarzen Liste" der Nassauischen Heimstätte soll in den nächsten Wochen fallen. Auf dem Gelände sollen ab Sommer 2000 von einer Trägergesellschaft Wohnungen errichtet werden.

In einem Text zur Teilzerstörung des Projektgeländes Michael Barrax heist es:

"...trotz alledem... -wir machen weiter!!! Es wurden schon genug selbstbestimmte Lebensräume, AZ´s und alternative (Kultur)Projekte zerstört und zerschlagen, wir wollen nicht weiterhin ohnmächtig und tatenlos zusehen, wie nun auch die MBX einem Spekulationsobjekt zum Opfer fallen! Wir streben ein Bündnis zwischen den, von dieser Entwicklung betroffenen, Projekten an und bitten alle Menschen, die ebenfalls denken, dass hier Kultur zum Wohle wirtschaftlicher Interessen vernichtet wird (bedenke des Infoladens/der Südanlage in Gießen, der Köpi in Berlin, des AZ Heidelberg, des Wagenplatzes K18 in Kassel u. v. a. m.) um Unterstützung in Form von Solidaritätskundgebungen, Aktionen oder indem ihr uns besucht, unsere Infoblätter weiterleitet und verteilt, unsere Unterschriftenlisten unterschreibt, über die Situation sprecht etc. pp.
eMail: MBarrax@aol.com, MBX@freenet.de "

Aktionen zur CASTOR-Anlieferung angekündigt

In dieser Woche hat das Atomkraftwerk Neckarwestheim mit der Beladung der ersten drei im Dezember 98 angelieferten Castoren V/19 begonnen. Der Weiterbetrieb des AKWs ist aufgrund



der erschöpften Lagerkapazitäten für abgebrannte Brennelemente gefährdet. Mit der Transportbereitstellung soll trotz fehlender Entsorgungsmöglichkeiten das AKW weiterbetrieben werden!

Im Januar erhielt das GKN die Tranporterlaubnis für 6 Castoren in das "Zwischenlager" Ahaus, so dass theoretisch im Sommer ein CASTOR-Transport stattfinden könnte. Dennoch scheint man im GKN nicht unbedingt davon auszugehen, dass dieser Transport in Kürze durchführbar sein wird Schliesslich ist bei einem Atommüll-Transport mit massivem Widerstand zu rechnen - ein solcher Transport kann mehrheitlich nur gegen den Willen der Bevölkerung durchgeführt werden.Mit dem Bau und der Nutzung des Transortbereitstellungslagers wird vor allem die Bevölkerung vor Ort gefährdet und getäuscht. Spätestens mit dem Antrag beim Bundesamt für Strahlenschutz, das Transportbereitstellungslager auf 24 Stellplätze für Castoren mit je 19 hochradiaktiven Brennelementen zu erweitern (= Erhöhung des hochradioaktiven Inventars von 1100 auf 1500 Brennelemente), ist die Strategie der AKW-Betreiber in Neckarwestheim klar: Beabsichtigt ist, mit dem Transportbereitstellungslager die Zeit zu überbrücken, bis das geplante, eigentliche Zwischenlager in Betrieb gehen kann. Das Aktionsbündnis kündigt erneut aktiven Widerstand gegen den Weiterbetrieb von GKN an. Mit juristischen Mitteln, Informationsveranstaltungen und direkten Widerstandsaktionen werden die Anti-AKW-Initiativen weiterhin den skandalösen "Normalbetrieb" (jüngstes Beispiel sind die Verträge mit der BFNL in Sellafield) stören und den sofortigen Ausstieg einfordern.Neben den weit fortgeschrittenen Vorbereitungen auf den nächsten Castor-Transport aus Neckarwestheim stehen zur Zeit unter anderem Aktionen anlässlich der Anlieferung der 3 noch fehlenden CASTOR-Behälter auf der Tagesordnung des Anti-AKW-Initiativen. Das Aktionsbündnis ruft dazu auf, diese Castoren bei der Anlieferung zu blockieren und die Anlieferung mit Protestdemonstrationen zu begleiten. Hierzu wird besonders auch die Bevölkerung der umliegenden Atomdörfer aufgefordert - die neben diesem "Zwischen-Zwischenlager" mit all seinen Risiken leben muss.Sobald der Zeitpunkt der Anlieferung der Castoren bekannt ist, finden sich auf der Homepage des Aktionsbündnis unter http://www.i-st.net/~buendnis/
aktuelle Informationen zu den geplanten Aktionen.

@ -Diskussions- Forum

Wir suchen einen netten, gewissenhaften und Computer-kompetenten Menschen oder eine Menschin für folgendes Unterfangen:

Der Schwarze Faden soll demnächst eine wichtige Ergänzung bekommen: ein Diskussions- Forum im Internet. Angedacht ist eine e-mail- Verteilerliste, deren Mitglieder automatisch jede von ihnen an dieses Forum gesandte mail erhalten. So kann sich miteinander ausgetauscht werden, direkt und fast kostenlos. Themen könnten von aktuellen Debatten, über Weitergabe von nützlichen Informationen, Austausch von interessanten Links und Pages, Bekanntgabe von (auch kurzfristigen) Terminen bis zu launigen Bemerkungen reichen. Dies alles wird gleichzeitig unter verschiedenen "Subjekts" Weltweit diskutiert werden können.

Neben Leserschaft, interessierten und der Redaktion sich vielleicht auch einige Fadenautoren auf dem Forum tummeln. Mit Ihnen kann dann auch direkt über Texte und Themen kontrovers diskutiert werden, tiefergehende Fragen gestellt oder Feedbacks gegeben werden.

Der Phantasie die Inhalte betreffend sind jedoch praktisch keine Grenzen gesetzt: Sie werden von denen, die sich beteiligen, automatisch und laufend selbst bestimmt, das Forum würde nicht moderiert werden. Das eine oder andere nützliche mag sich dann auch im nächsten Faden wiederfinden. Überhaupt kann (sich) ein solches Forum sehr starke Impulse geben, meinen wir, die Redaktion.

Nun hat das Ganze aber (noch) einen Haken: Dieses Forum muß installiert und gewartet werden, und wir selbst können sowas nicht. Deswegen suchen wir dringend einen netten, gewissenhaften und kompetenten Menschen oder eine Menschin, der das übernehmen würde. Die oder derjenige, der das machen möchte möge sich mit der Redaktion in Verbindung setzen zB. per email: trotzdemusf@t-online.de

janja

Anschlag auf Villa von Lufthansa-Boss Jürgen Weber

[13.3.2000, Hamburger Morgenpost] Sie kamen wieder nachts, kurz nach drei Uhr: Drei Tage nach dem Brandanschlag auf das Auto einer Rissener Amtsärztin haben Unbekannte in der Nacht zu Montag Farbflaschen auf die Villa von Lufthansa-Vorstand Jürgen Weber (59) in Hummelsbüttel geworfen. Offenbar waren es auch diesmal militante Abschiebungsgegner. Der Airline-Chef und Ehefrau Sabine schliefen, als die roten Farbbomben gegen Haustür und Garagentore klatschten. Erst am Morgen wurden die Farbspuren entdeckt - und flugs von einem Malerkommando beseitigt. Weber selbst ließ sich nicht beeindrucken, fuhr wie gewohnt zur Arbeit. LH-Pressesprecher Thomas Jachnow: "Gott sei Dank ist bei der Tat niemand verletzt worden, es gab nur Sachschaden." Innensenator Hartmuth Wrocklage verurteilte sie als "kriminelle Nacht- und Nebelaktion".

Nach dem ersten Anschlag war am Wochenende ein gut drei Seiten langer Bekennerbrief bei einer Zeitung eingegangen, in dem die Rolle von Ärzten bei der Abschiebepraxis der Stadt angegriffen wird. Die anonymen Schreiber zitierten die "Revolutionären Zellen". Ein Ermittler: "Sie betonen deutlich, dass aus ihrer Sicht mit weiteren militanten Aktionen Druck in Sachen Abschiebepolitik gemacht werden müsse." Offenbar zählt dazu der Anschlag auf Webers Villa (Eingang in Antik-Optik mit Säulen, Doppelgarage), wenn auch eine Bekennung noch nicht vorliegt. Für andere Motive (zB. Niveaulose Architektur– d. Setzer) hat der Staatsschutz im Landeskriminalamt aber keine Anhaltspunkte. Offenbar sollen mit dem Schlag gegen Weber die Beteiligung der Lufthansa an Abschiebungen und der "Profit" durch solche Flüge angeprangert werden. Pressesprecher Jachnow weist Kritik am LH-Engagement zurück: "Wir haben eine Transportverpflichtung, davon kann man uns nicht entbinden."

Kampagnenzeitung soll Lufthansa zum Einlenken bringen

Mit ihrer Zeitung, die seit Mitte März heute in einer Auflage von 100.000 Exemplaren verteilt wird, wollen die Aktivistinnen und Aktivisten von "kein mensch ist illegal" überall dort auftauchen, wo die Lufthansa präsent ist: Im Internet, vor den Fugschaltern auf den Airports, bei den Niederlassungen der Lufthansa, in Reisebüros. Der Newsletter wird neben der elektronischen Form (www./deportiation-alliance.com) auch gedruckt und in einer Auflage von 100.000 Exemplaren verteilt. "Ein Albtraum vom Fliegen" heißt es in großen Lettern auf der Titelseite und gemeint sind Abschiebungen auf Linienflügen.

Die folgenden kurzen Artikel entstammen alle dem "newsletter"(s.o.)

FASTEN YOUR SEATBELTS!

Verstärkte Proteste werden auf deutschen und europäischen Flughäfen für die nächste Zeit erwartet. Ziel der Aktionen ist es, Abschiebungen zu verhindern und in diesem Zusammenhang auf die fragwürdige Rolle vieler Fluggesellschaften hinzuweisen. So wird der Vorstand der Lufthansa auf das Geschäft mit den Abschiebungen erst verzichten, wenn das Image der Fluggesellschaft auf dem Spiel steht. Deshalb startet »Kein Mensch ist illegal« eine internationale Kampagne. Ziel ist es, die Airline zum Einlenken zu bewegen: Keine Abschiebungen mehr mit Lufthansa! Diese Forderung dürfte eigentlich nicht zuviel verlangt sein.(...) Wir werden alle Mitarbeiter der Gesellschaft auffordern, den Transport von »Schüblingen« abzulehnen, und sie und die Fluggäste über Möglichkeiten des Protestes gegen Abschiebungen aufklären. Denn nicht nur der Bundesgrenzschutz und die Geschäftsführungen der Luftfahrtgesellschaften tragen Verantwortung für Abgeschobene. Auch Piloten, Stewardessen, das Bodenpersonal und Polizisten können sich weigern, als willfährige Handlager der staatlichen Abschiebpolitik zu fungieren und damit womöglich das Leben von Flüchtlingen retten. Flugkapitäne sind nicht nur für die Sicherheit, sondern auch das Leben und die körperliche Unversehrtheit an Bord verantwortlich. Um dem verzweifelten Protest von Flüchtlingen zum Erfolg zu verhelfen, bedarf es oft gar nicht viel. Manchmal genügen laute Worte oder die schlichte Weigerung von Passagieren, sich beim Start der Maschine hinzu-

setzen. Wir fordern deshalb auch die Fluggäste auf, gegen Abschiebungen zu protestieren. Zeigen Sie Zivilcourage! Melden Sie sich auch direkt bei der Lufthansa-Zentrale: Telefon: 0221-8260, Telefax: 0221-8263818,
http://www.lufthansa.com

ZUR LUFTHANSA-KAMPAGNE

Die zentralen Kampagnenplakate, die Kampagnenzeitung ab einer Bestellmenge von 30 Exemplaren, sowie Postkarten, Aufkleber und eine Reihe weiterer Flugblätter können zum Selbstkostenpreis und zuzüglich Proto und Verpackung unter folgender Adresse bestellt werden: AG für Freies Fluten, Metzgerstr.8, 63450 Hanau,
Fax: 06181/184892
Email:AG3F@OLN.comlink.apc.org

FÜR FREIES FLUTEN

»Für freies Fluten - Schotten dicht für die Flüchtlinge, die in die BRD reinwollen. Flug frei für alle, die raus sollen. Die deutsche Lufthansa, immer treu im Dienste des Staates, macht es möglich.« Mit diesen Sätzen beginnt die Erklärung, in der die Revolutionären Zellen (RZ) im Oktober 1986 begründen, warum sie an der Hauptverwaltung der Lufthansa in Köln einen Sprengsatz gezündet haben. Eine ganze Serie von Angriffen der RZ richteten sich 1986/87 gegen Institutionen wie auch Verantwortliche für die herrschende Flüchtlingspolitik, zu einer Zeit, in der erstmals eine massive rassistische Hetzkampagne gegen Asylbewerber inszeniert worden war. Den militanten Angriffen, unter anderem gegen das Ausländerzentralregister in Köln oder verschiedene Ausländerbehörden, lagen Analysen zu Grunde, die heute für die damalige Situation als überaus weitsichtig anzusehen sind. Der staatlichen rassistischen Formierung sollte damit eine militante Politik entgegengesetzt werden, in der Hoffnung, dass die damals noch breitere politische Bewegung diese Schwerpunktsetzung aufgreift. Zwar versuchten die RZ noch bis in die 90er Jahre hinein, den Widerstand gegen Abschiebungen mit zahlreichen Aktionen zu unterstützen. Angesichts der mittlerweile etablierten rassistischen Gewalt im wiedervereinigten Deutschland und dem Niedergang der Linken gaben die RZ 1992 ihre Selbstauflösung bekannt. Viele Jahre nach dem Ende der RZ gelang es der Polizei einen Tatverdächtigen zu ermitteln. Dieser avancierte zum Kronzeugen der Bundesanwaltschaft. Doch seine Aussagen erwiesen sich bisher als wenig glaubhaft. Kurz vor Weihnachten vergangenen Jahres überfiel ein Großaufgebot der Polizei, des Bundeskriminalamtes und der GSG 9 den Mehringhof in Berlin-Kreuzberg. In dem bekannten Szenetreff sollte sich nach Angaben des Denunzianten eine Sprengstoffdepot der RZ befunden haben. Doch die Razzia war ein Schlag ins Wasser, gefunden wurde nichts. Trotzdem blieben die drei Personen, die gleichzeitig in Berlin und Frankfurt unter dem schwerwiegenden Vorwurf der Mitgliedschaft in einer »terroristischen Vereinigung« nach § 129a festgenommen worden waren, in Haft. Mittlerweile sitzen insgesamt vier Frauen und Männer im Gefängnis, die 1986/87 an militanten Aktionen der RZ in Berlin beteiligt gewesen sein sollen, obwohl diese Taten längst verjährt sind. Doch inzwischen wird in der Öffentlichkeit Protest laut, schließlich fand die Praxis von RZ und Roter Zora in den sozialen Bewegungen der siebziger und



achtziger Jahre breite Zustimmung. Die aktuellen Ermittlungen der Bundesanwaltschaft erscheinen insofern als späte Abrechnung mit einem viele Jahre erfolgreichen basismilitanten Konzept, gegen das der Staatsschutz trotz seines enormen repressiven Instrumentariums aus Antiterrorgesetzen, Kronzeugenregelung, Einschränkung der Rechte der Verteidigung, Isolationshaft, Hochsicherheitstrakten, Lauschangriffen kaum Ermittlungserfolge vorweisen konnte. Damit das so bleibt, sollten sich die entsprechenden Ermittlungsgruppen des Bundeskriminalamtes schleunigst auflösen und die wegen angeblicher Mitgliedschaft in der RZVerhafteten freilassen.

AUSBAUPLÄNE FÜR FRANKFURTER FLUGHAFEN

Einer der Hauptinteressenten für eine weitere Expansion des Rhein-Main-Flughafens ist die Lufthansa als quasi monopolartige deutsche Luftfahrtgesellschaft. Darauf weist der Arbeitskreis Umweltschutz Wiesbaden hin. Der AKU ist eine von zahlreichen Initiativen gegen den weiteren Ausbau von Rhein-Main. Der Vorstandsvorsitzende der Lufthansa Weber habe schon im November 1997 den Startschuss für den Ausbau des Flughafens durch die Forderung nach einer neuen Start-/Landebahn gegeben. Bei der derzeit gültigen Begrenzung der Flugbewegungen auf 400.000 Starts und Landungen pro Jahr werde Frankfurt seine Drehkreuzfunktion verlieren, so Weber. Ökonomische Stagnation, schließlich Niedergang seien die Folgen. Der Lufthansachef fordert mindestens 700.000 Flugbewegungen für Rhein-Main. Die Umweltschützer warnen dagegen vor den gesundheitlichen, ökologischen und sozialen Folgen für die Menschen im Einzugsbereich einer weiteren Start- und Landebahn. Schon heute sei die Lufthansa, als bei weitem größter Anbieter von Nachtflügen, die Luftfahrtgesellschaft, die in schlimmster Weise für den Lärmterror in der Region verantwortlich ist.

HANDBUCH _KEIN MENSCH IST ILLEGAL_

Das Handbuch »kein mensch ist illegal« stellt die wichtigsten Aspekte praktischer Unterstützungsarbeit für illegalisierte Flüchtlinge dar. In praktischen Handreichungen, Berichten, Reportagen, Gesprächen und Polemiken wird genau zwei Jahre nach dem Start der Kampagne auf der documenta X ein aktueller Zwischenstand der Auseinandersetzungen vorgelegt. Kein Mensch ist illegal, ID-Verlag Berlin, 144 Seiten, DM 16

PLAKATAUSSTELLUNG

Im kommenden Mai wird ein eigene Ausstellung mit Infotafeln und Plakaten zur Lufthansa-Kampagne vorgestellt werden. Die Ausstellung kann über die Kölner Adresse ausgeliehen werden: Kölner Netzwerk kein mensch ist ilegal c/o Ev. Gemeinde, Siebachstr. 85, 50733 Köln, Tel: 0221/97310313, e-mail: kmii@stadtrevue.de 13 MATERIAL

NEUERSCHEINUNG

Ohne Papiere in Europa: Illegalisierung der Migration - Selbstorganisation und Unterstützungsprojekte in Westeuropa In insgesamt 13 Beiträgen, u.a. zu Frankreich, England, der BRD, den Niederlanden, Polen, Spanien, Italien, der Schweiz und Österreich werden Hintergründe und aktuelle Entwicklungen der Illegalisierungsprozesse skizziert sowie soziale und politische Widerstandsformen beschrieben. Das Buch soll in erster Linie zu einer besseren, praktisch orientierten



Vernetzung antirassistischer Gruppen quer durch Europa beitragen. Zu diesem Zweck wurde auch ein recht umfassender Adressenteil im Anhang aufgenommen. 250 Seiten, Preis 24 DM, Bestellungen über Verlag der Buchläden Schwarze Risse/Rote Straße/VLA, Gneisenaustr.2a, 10961 Berlin, Tel: 030/6928779 Fax: 030/6919463 17 CAMPS 2000

Aktionen gegen Schengengrenzen

Zum dritten Mal finden im kommenden Sommer Aktionscamps an der Ostgrenze statt. Die tägliche Flüchtlingsjagd, der Fahndungsverbund von Bundesgrenzschutz und großen Teilen der Bevölkerung in der »Bekämpfung der illegalen Migration«, soll erneut mit vielfältigen Aktionen und Veranstaltungen attackiert werden. Die Mobilisierung für das Camp in der ersten Augustwoche an der polnischen Grenze, im brandenburgischen Forst bei Cottbus, hat bereits begonnen. (Weitere Informationen über das Grenzcampbüro in Berlin, siehe Adressenliste) Polnische AktivistInnen werden kurz zuvor, im Juli, ein Grenzcamp im Dreiländereck zur Ukraine und Slowakei veranstalten und damit die Vorverlagerung der Abschottungspolitik nach Osten thematisieren. Denn im Rahmen ihrer EU-Beitrittsverhandlungen wird die polnische Regierung zunehmend zur Übernahme der Standards der Schengener Grenzregimes verpflichtet. Schließlich haben auch Gruppen in Italien begonnen, ein erstes Grenzcamp an der Mittelmeerküste bei Bari in Angriff zu nehmen. Hier werden viele Flüchtlinge, die mit kleinen Booten aus Albanien oder der Türkei anlanden, sofort wieder zurückgeschoben. Unzählige sind bei dem mit großen Gefahren verbundenen Versuch, die Festung Europa unentdeckt über diesen Weg zu erreichen, ertrunken. Weitere Informationen:

http://www.contrast.org/borders/camp

--- FAXEN AN DIE KLM

Protest kann helfen, die drohenden Abschiebungen in den Kongo zu stoppen Gut ein Jahr lang bestand keine Möglichkeit, abgelehnte Asylsuchende in die vom Bürgerkrieg zerrissene Diktatur des Präsidenten Kabila abzuschieben. Zunächst wurden nach Ausbruch des zweiten Bürgerkriegs im August 1998 verschiedene Flugverbindungen vorübergehend eingestellt. Dann weigerte sich der BGS, Flüge in die D.R. Kongo zu begleiten. Und schließlich spielten die verbleibenden Fluggesellschaften Sabena und Swissair nicht mehr mit. Nach dem Tod Semira Adamus fiel zunächst Sabena, nach der Befreiung eines Abgeschobenen durch Passagiere auch die Swissair für Zwangsabschiebungen aus. Doch nun ist KLM in die Bresche gesprungen. Via Amsterdam werden Abschiebungen mit KLM oder ihrer Tochter NorthWest nach Nairobi und von dort aus mit Kenya Airways, einer weiteren KLM-Tochter, nach Kinshasa durchgeführt. Für kongolesische Flüchtlinge bedeutet dies eine dramatische Zuspitzung ihrer Situation, nachdem für die meisten Kongolesen lange Zeit Ruhe herrschte. Erste Abschiebungen fanden im Dezember 1999 statt. Die Münchner Gruppe der »Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und Migrant-Innen« und die kongolesische Exilpartei Condor Deutschland rufen dazu auf, Druck auf KLM auszuüben, um so weitere Abschiebungen zu verhindern. Anfang Dezember gelang es bereits, eine Abschiebung aus Niedersachsen in die D.R. Kongo durch Faxschreiben, Anrufe und eine Flughafenaktion, die auf die KLM-Tochter Eurowings (die für den Transport Hannover-Amsterdam benutzte werden sollte) abzielten, zu stoppen. Fluggesellschaften reagieren also durchaus sensibel. Und deshalb sollte es auch möglich sein, KLM durch gezielten Druck das Geschäft zu verleiden.

Schicken Sie Briefe und Faxe an KLM Deutschland Fax.: 0180-5214202 Sprechen Sie mit der Hotline: Tel.: 0180-5214201 oder mit der Zentrale in Amsterdam: 0031-204747747

Fordern Sie KLM auf, Abschiebungen in die D.R. Kongo zu unterlassen. Weisen Sie auf die diktatorischen Verhältnisse und die schweren Menschenrechtsverletzungen in der D.R. Kongo hin und machen Sie KLM verantwortlich für das Schicksal der Abgeschobenen. Siehe auch:

http://www.klm.de

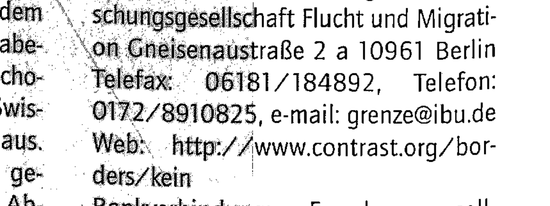
http://www.xs4all.nl/~ac/klm/

KONTAKT

Die Kampagne kein mensch ist illegal verfügt über kein Büro oder feste Strukturen, ist aber über diese Ansprechstellen erreichbar:

Post: kein mensch ist illegal c/o Forschungsgesellschaft Flucht und Migration Gneisenaustraße 2 a 10961 Berlin Telefax: 06181/184892, Telefon: 0172/8910825, e-mail: grenze@ibu.de Web: http://www.contrast.org/borders/kein

Bankverbindung: Forschungsgesellschaft Flucht und Migration Berliner Sparkasse BLZ 100 500 00 Konto-Nr.: 61 00 24 264, Stichwort: kein mensch ist illegal



Siebzehn und vier

Der Stand der Prozesse und Verfahren gegen GWR und AntimilitaristInnen

Während das Ermittlungsverfahren nach § 111 StGB (öffentliche Aufforderung zu Straftaten) wegen Aufruf zur Desertion gegen Graswurzelmitarbeiter Andreas Speck aus Oldenburg jetzt eingestellt wurde, laufen die Ermittlungen u.a. gegen den GWR-Autor Tobias Pflüger (Informationsstelle Militarisierung/IMI Tübingen) und gegen den Münsteraner Graswurzelredakteur Bernd Drücke weiter. Das Verfahren gegen Drücke unterscheidet sich von den anderen Ermittlungsverfahren dadurch, dass es sich hier auch um einen angeblichen Verstoß gegen das Presserecht handelt. Ihm wird vorgeworfen, als presserechtlich verantwortlicher GWR-Redakteur mit der mit einer Auflage von 30.000 Exemplaren bundesweit verbreiteten "Nein zu Bomben, Krieg, Vertreibung! Stoppt den Krieg! GWR-Aktionszeitung Nr. 2/99 / Beilage zur GWR Nr. 239 Mai 99" öffentlich zu Straftaten aufgerufen zu haben. Dort wird zu "Direkten gewaltfreien Aktionen gegen den Krieg!", zu Blockaden in Bonn und Calw (Kommando Spezialknfte der Bundeswehr) aufgerufen: "In Verbindung mit unseren direkten gewaltfreien Aktionen rufen wir alle Soldaten zur Verweigerung jeglicher Form von Kriegsdienst auf."

Eine absurde Posse

Das §111 StGB-Ermittlungsverfahren wurde zunächst nicht gegen den presserechtlich Verantwortlichen der GWR 239, sondern gegen zwei Männer in Berlin eingeleitet. Die beiden antimilitaristischen Aktivisten hatten im Stil der Weissen Rose während einer - laut Polizeibericht - "unfriedlichen Demonstration" am 30. April 1999 die o.g. vierseitigen GWR-Aktionszeitungen und diverse Anti-Kriegs-Flugblitter von einem Dach in die Menschenmenge geworfen. Daraufhin stürmten fünf Zivilpolizisten auf das Dach. Die beiden Antimilitaristen ergriffen die Flucht, als sie die Beamten bemerkten. In der Strafanzeige gegen die beiden heißt es: "Beide Beschuldigten konnten mittels körperlicher Gewalt festgenommen werden. (...) Besch. 1 erlitt leichte Schürfwunden am rechten Ellenbogen. Besch. 2 erlitt leichte Schürfwunden an der Stirn, am rechten Knie und am rechten Ellenbogen." Die beiden GWR-Verteiler wurden verhaftet und erkennungsdienstlich misshandelt. Gegen beide wurde ein §111 StGB-Verfahren wegen "gemeinschaftlicher Aufforderung zu Straftaten" und - da sie nach Meinung der Beamten "keine Berechtigung hatten, auf das Dach des Gebäudes zu gelangen" - wegen "gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch" eingeleitet. Da bei dem angeblichen "Hausfriedensbruch" kein Sachschaden entstanden war und die Hausbesitzer keinen Strafantrag stellen wollten, kam es nicht zur Anklage.

Die dezentrale Graswurzelbewegung sorgt bei Behörden für Verwirrung:

Da die inkriminierte GWR-Aktionszeitung bereits am 26. April ausgeliefert, das Verfahren gegen Drücke aber erst am 28. Oktober, also 6 Monate und zwei Tage später eingeleitet wurde, ist es nicht unwahrscheinlich, dass es eingestellt werden muss, wenn es hier nur um das Presserecht gehen sollte. Die Verjährungsfrist bei Verstößen gegen das Presserecht liegt bei sechs statt 12 Monaten bei AufruferInnen.

Warten wir's ab. Sehr erfreulich sind auf jeden Fall die zahlreichen Solidaritätserklärungen und Unterschriftenlisten in deutscher, spanischer und englischer Sprache (ca. 400 Unterschriften), die den GWR-Redakteur u.a. aus Chile, USA, Finnland, Österreich, Frankreich, Spanien und Deutschland erreicht haben. Herzlichen Dank für Eure Solidarität!

Einen stndig aktualisierten Überblick über die zahlreichen Ermittlungsverfahren und Prozesse bietet die "Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär". Hier zwei aktuelle, leicht überarbeitete Presseinformationen der "Kampagne":

Vierte Verurteilung wegen Desertionsaufrufs

Am 7. Februar 2000 endete das Verfahren vor dem Amtsgericht Tierg<arten gegen Stephan Nagel vom Komitee für Grundrechte und Demokratie mit dessen Verurteilung zu einer Geldstrafe von 30 Tagessätzen a´ 70 DM. Dieses Urteil setzt die Reihe von amtsrichterlichen Entscheidungen in ähnlichen Verfahren fort. Angeklagt sind die Unterzeichner eines u.a. in der taz vom 21. April 1999 (sowie u.a. in der GWR 239) veröffentlichten Aufrufs, der die am Krieg gegen

Jugoslawien beteiligten Soldaten dazu auffordert, wegen der Völkerrechtswidrigkeit des Einsatzes die ihnen gegebenen Befehle zu verweigern und sich von der Truppe zu entfernen (vgl. GWR 244). Bisher ergingen in dieser Sache 17 Freisprüche. Amtsrichterin Miller ist nunmehr die vierte RichterIn, die einen Angeklagten wegen der Unterzeichnung des Aufrufs schuldig gesprochen hat.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft hatte Nagel beschuldigt, vorsätzlich zu einer Straftat aufgerufen zu haben und sich damit nach § 111 StGB schuldig gemacht zu haben. Selbst wenn er sich hinsichtlich der Reichweite der Meinungsfreiheit getäuscht haben sollte, sei dieser Irrtum vermeidbar gewesen, da "allgemein bekannt (ist), dass Soldaten - insbesondere in kriegerischen Auseinandersetzungen - nicht einfach weglaufen können." Rechtsanwalt Suling hielt dem entgegen: "Soldaten töten, verletzen, machen Landschaft und Sachen kaputt", was nur dann keine schwerwiegenden Straftaten seien, wenn dies durch das Völkerrecht gedeckt sei. Da dies im Falle des Jugoslawienkrieges nicht der Fall gewesen sei, habe der Aufruf von den Soldaten nur rechtmäßiges Verhalten eingefordert. Im übrigen sei Ziel des Aufrufes gewesen, die Öffentlichkeit aufzurütteln.Die ernsthafte Hoffnung, dass ein Soldat der Forderung nachkomme, sei damit nicht verbunden gewesen.

Mit ihrem Urteil ging die Richterin noch über das von der Staatsanwaltschaft geforderte Strafmaß von 30 Tagessätzen zu 50 DM hinaus. Sie führte aus, dass die Aufforderung, sich von der Truppe zu entfernen, eine Aufforderung zu einer Straftat darstelle und ihr keinen Interpretationsspielraum lasse. Die Forderung, völkerrechtswidrige Befehle zu verweigern, bezeichnete sie ausdrücklich als legitim. Ihrer Ansicht nach habe ein Soldat, wenn er einen konkreten Befehl oder den Einsatz insgesamt als völkerrechtswidrig betrachte, dies seinem Vorgesetzten mitzuteilen, entsprechende Befehle zu verweigern und eventuelle Disziplinarmaßnahmen zu ertragen. Er sei jedoch in keinem Falle dazu berechtigt zu desertieren.

"Wenn man den Krieg als völkerrechtswidrig ansieht, muss man auch dazu stehen." Sie forderte die Verteidigung abschließend nachdrücklich dazu auf, gegen ihr Urteil Rechtsmittel einzulegen, damit diese Fälle höherinstanzlich geklärt werden.

17+4

Freispruch, die Siebzehnte

Bereits am 6. Februar fand in der Reihe der Gerichtsverfahren gegen GegnerInnen des Nato- Einsatzes in Jugoslawien der Prozess gegen den Friedensforscher Volker Böge statt. Er endete mit einem Freispruch.

Der Angeklagte bekannte sich offen dazu, einen an alle an der Nato- Bombardierung Jugoslawiens beteiligten Soldaten gerichteten Aufruf unterschrieben zu haben. Böge, der sich als Wissenschaftler sowohl mit dem Kosovo-Krieg als auch mit der Frage seiner Völkerrechtsmäßigkeit auseinandergesetzt hatte, legte sehr eindrücklich dar, dass die Luftschläge der Nato gegen Zivilpersonen und zivile Objekte völkerrechts- und damit grundgesetzwidrig waren. Unter

solchen Bedingungen hielt er es für nicht nur legitim, sondern sogar geboten, die im Einsatz befindlichen Soldaten zu Widerstand aufzufordern.

Nicht nur die Deserteure des Zweiten Weltkriegs seien als "Friedensboten" zu verstehen. Angesichts des neuen Nato-Konzepts, das auch künftig nicht-mandatierte, also völkerrechtswidrige Einsitze vorsieht, wird auch in Zukunft Desertion eines der wenigen Mittel des Widerstands sein.

Die Staatsanwaltschaft, die sich auf keinen Fall des Vorwurfs der "Kriminalisierung der Friedensbewegung" ausgesetzt sehen möchte, war der Ansicht, dass sich Böge wegen Aufforderung zur Fahnenflucht und zur Gehorsamsverweigerung strafbar gemacht hätte und zu 40 Tagessätzen verurteilt werden müsse. Soldaten, die Befehle verweigern dürften, würden jede Armee in einen "Debattierclub" verwandeln. Das "Entfernen von der Truppe" sei ohnehin in jedem Fall, also auch bei völker- und grundgesetzwidrigen Einsätzen, strafbar. Der Freispruch, so die Richterin, erging explizit nicht auf der Basis politischer Meinungsfreiheit, denn diese stößt da auf ihre Grenzen, wo zu Straftaten aufgerufen wird, und dieses Vergehen sei Böge anzulasten. Strafbar sei der Aufruf, weil er zur grundsätzlich strafbaren Desertion auffordert. Da nach Ansicht der Richterin der Nato-Krieg kein Angriffskrieg, sondern ein Krieg "um schlimmeres Unrecht, wie z. B. Vertreibung, zu vermeiden", war, liegt auch kein Verfassungsverstoß vor. Da aber zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Aufrufs die Völkerrechtsmäßigkeit des Kriegs auch von "namhaften Politikern" bestritten worden ist, hat der Angeklagte nicht vorsätzlich, sondern aufgrund eines Verbotsirrtums gehandelt und geht damit straffrei aus.

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär, Oranienstraße 25 - 10999 Berlin - Tel: 030/61500-530 - Fax: -529.
e-mail: info@Kampagne.de
WWW: http://www.Kampagne.de/

+ 17

Konfliktmanagement

Zum Ende des Mediationsverfahrens am Frankfurter Flughafen

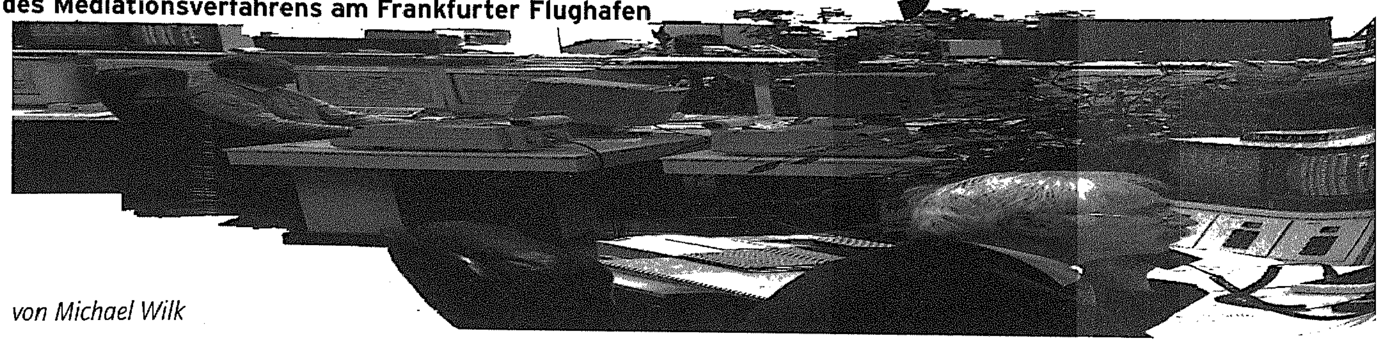


Foto: Archiv

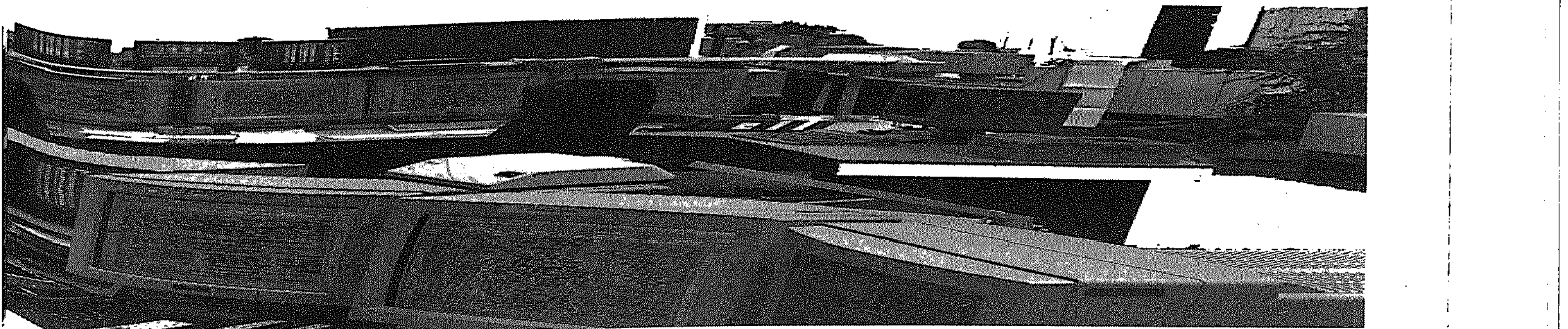
von Michael Wilk

Ende Januar wurde das Mediationsverfahren zum Ausbau des Frankfurter Flughafens mit der Überreichung Ergebnisse an den Hessischen Landtag offiziell abgeschlossen. Die Entscheidung der Mediationsrunde war absehbar. Neben der "Optimierung des bestehenden Bahnsystems" sprach sich das Gremium klar für eine "Kapazitätserweiterung durch Ausbau aus". Die beabsichtigte Kapazitätserhöhung ca. 400000 auf ca. 700000 Flugbewegungen pro Jahr (120 /Stunde) bedeutet eine Verdoppelung des für die schon unter dem "Ist-zustand" leidende, lärmgeplagte Bevölkerung. Dem Landtag von der Expertenrunde mehrere Ausbauvarianten vorgeschlagen, von denen eine gruseliger ist als die andere. Zwei Nordbahn- und auch zwei Südvarianten, sowie der Mitausbau von Wiesbaden-Erbenheim stehen zur Auswahl. Letztlich wird die gesamte Region, egal wo der Ausbau nun stattfinden sollte, unter der steigenden Belastung durch den Luftverkehr zu leiden haben. Eine Tatsache, vor der einige, zum Teil auch an der Mediation beteiligte BürgermeisterInnen hartnäckig Augen verschließen- in der Hoffnung, die dem 23.00 bis 5.00 Uhr Nachtflugverbot (eine wohlgemerkt kurze Nacht) übrigbleibt. Schon jetzt beharren Flughafenbetreiber und Fluggesellschaften darauf, dass ein konsequent praktiziertes Nachtflugverbot ihren Expansionsbestrebungen zuwider läuft. Bisher haben die Regierenden den ökonomischen Interessen der Betreiber nie Grenzen gesetzt. Von vorn herein war klar, welche Interessen Landesregierung und Flughafenbetreiber mit dem Mediationsverfahren verknüpften. Das "faire Verfahren mit offenem Ausgang" (Eichel) sollte unkalkulierbare Konflikte und eine Protestbewegung, wie sie gerade am Bau der Startbahn 18-West zu Tage traten, vermeiden helfen.

AusbaugegnerInnen, Bürgerinitiativen und Umweltverbände sollten am Verhandlungstisch mit Ausbaubefürwortern, in einer von "neutralen Mediatoren" geleiteten Runde, dialogisieren – um letztlich auch die Interessen des Anderen nachvollziehen zu können. AusbaugegnerInnen sollten nicht nur in ihren Positionen verunsichert werden, sondern darüber hinaus an einer gemeinsamen Lösung der Zukunftsfragen der Region hinnehmen. Die Mediation als "kooperative Konfliktbewältigung" sollte Fluglärmgeplagte nicht nur vom Protest auf der Straße abhalten, sondern darüber hinaus zu aktiven Trägern der erarbeiteten Mediationsergebnisse instrumentalisieren. "Wichtig ist, dass die sich zu Wort meldenden Bürger nicht zurückgewiesen, sondern als Teil der Aktivdemokratie (!) betrachtet werden. Das Ziel sollte sein, Protest in Diskussion zu verwandeln" "Durch die Mediation sei es gelungen, einen Weg aus der Vergangenheit des Startbahn-West -Konflikts aufzuzeigen" -frohlockte das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung "Die Mediation habe eine Brücke geschlagen aus Zeiten einer für die Region selbstzerrstörerischen Schwarz-Weiss- Debatte und Eskalation"

Das hochgelobte "faire und transparente Verfahren" hat jedoch bei genauer Betrachtungsweise den eigentlichen Sinn und Zweck verfehlt. Zwar wurde erwartungsgemäß die Notwendigkeit des Ausbaus des Frankfurter Flughafens attestiert, aber es gelang eben nicht, die GegnerInnen eines Flughafenausbaus in das Verfahren einzubeziehen und so das zur Ausführung gelangende Variante würde primär die anderen und nicht die eigene Gemeinde treffen. Um die durchgeführte Mediation wenigstens ansatzweise als erzielten Kompromiss zwischen Ökonomie und Ökologie darstellen zu können, werden Trostpflästerchen auf die, vom Primat des Profitinteresses geschlagenen Wunden geklebt: Ein "Anti-Lärm-Pakt", "Lärm-Taler" und "Nachtflugverbot von 23.00 bis 5.00 werden als Bedingung für die Erweiterung gepriesen. Wir dürfen gespannt sein, was im Verlauf der Auseinandersetzung von mitwirken. Diese Einbeziehung der Betroffenen ist Bestandteil des "Akzeptanzmanagements". Politisches Ziel Mediationsverfahrens war es, im Bereich der Umweltpolitik die "Akzeptanz umstrittener Maßnahmen zu fördern" (Erläuterungen zur Beschlussvorlage). Dies sollte erreicht werden, indem "Positionen der verschiedenen Interessen verrückbar" gemacht werden, die GegnerInnen der geplanten Flughafenerweiterung auf ihre "Maximalforderung" verzichten und weitere Start- und Landebahnen im Rhein-Main-Gebiet trotz aller Bedenken Ergebnis als ein "von allen getragener Kompromiss" nach außen zu verkaufen. Nach einer anfänglich innerhalb der Bi´s durchaus kontrovers geführten Debatte über die Teilnahme am Mediationsverfahren, kristallisierte sich eine letztlich doch breit getragene Ablehnung heraus. Gewichtigstes Argument in dieser Auseinandersetzung, war die offensichtliche "Ergebnisunoffenheit" des Verfahrens. Das M-verfahren der Landesregierung proklamierte zwar den "offenen Dialog", legte aber im Absatz 1 der Vereinbarung als "Zielbestimmung"

in der Krise ?



des Verfahrens unmissverständlich die Dominanz ökonomischer Argumente fest: "Das Mediationsverfahren soll klären, unter welchen Voraussetzungen der Flughafen Frankfurt dazu beitragen kann, die Leistungsfähigkeit der Wirtschaftsregion Rhein-Main im Hinblick auf Arbeitsplätze (Bonbon für DGB +"Traditions"-SPD!) und Strukturelemente dauerhaft zu sichem und zu verbessern, ohne die ökologischen Belastungen außer Acht zu lassen." Im Klartext waren hier die ökonomischen Expansionsinteressen der FAG von vorn herein als primäre Ziele, ökologische Bedingungen als sekundäre "Kann-Bestimmungen" definiert, von der Qualität der Arbeitsplätze im Flughafenbereich ganz zu schweigen. Diese Aussage, flankiert von eindeutigen Ausbau-Absichtserklärungen führender PolitikerInnen, ließen das M-Verfahren als Täuschungsmanöver offensichtlich werden. Es war allen beteiligten Bürgerinitiativen klar, dass es unter den bestehenden politischen Bedingungen niemals zu einem negativen Ausbauvotum von Seiten der Mediation kommen würde. Aber selbst die rein theoretische Möglichkeit eines negativen Votums hätte keinerlei bindenden Charakter für die jeweilige Landesregierung. Diese Bedingungen und die Tatsache, dass es am Thema Flughafenexpansion versus Gesundheit einfach nichts zu verhandeln gibt, führten zu einer mediationskritischen Position, die letztlich in der "Nichtteilnahme" der Bi`s mündete.

Auch vormals unbedarften Menschen wurde klar, dass es bei dem Mediationsverfahren nicht darum geht, Bürgerprotest Gewicht zu geben, sondern um das genaue Gegenteil: Die möglichst frühzeitige Assimilierung und letztlich die Verhinderung von Widerstand. Jedoch haben Regierung und Flughafenbetreiber die Hoffnung auf einen in diesem Sinne geführten Dialog auch nach dem Ende des Mediationsverfahrens noch nicht aufgegeben. Integraler Bestandteil des Mediationsergebnisses ist deshalb konsequenterweise auch die Forderung nach einem "Regionalem Dialogforum", dessen Aufgabe es sein soll, den "im Mediationsverfahren begonnenen Dialog mit der Region" fortzuführen und zu intensivieren. Selbstverständlich ist die Durchführung eines solchen Dialogforums an die Akzeptanz der Ausbaumaßnahmen geknüpft.

Es ist kaum damit zu rechnen dass die Hoffnung der Landesregierung auf eine möglichst ruhige und integrierte Protestform realisiert werden kann. Vielmehr kann damit gerechnet werden, dass auch das Dialogforum von Seiten der Initiativen boykottiert wird. Eine Ablehnung staatlicher Konfliktvermeidungsstrategien wäre nichts wert, wenn nicht gleichzeitig eine Zunahme und Erstarkung eigener selbstbestimmter Ebenen von Widerstand zu verzeichnen wäre. Die Zeichen dafür stehen gut. In den Wochen nach Beendigung des Mediationsverfahrens haben sich die Aktivitäten nicht nur lokal, sondern auch über die Gemeindegrenzen verstärkt. Neben zum Teil "mehrtausendköpfigen" Protestversammlungen in einigen Anliegergemeinden, werden gemeinsame Protestveranstaltungen und Demonstrationen vorbereitet, die die regionale Vernetzung vorantreiben sollen. Aufgabe der BI's ist es, dass sich das Bewusstsein einer gemeinsamen, regionalen Betroffenheit im Bewusstsein der Bevölkerung verankert, um einer Strategie entgegenzuwirken, die auf Zersplitterung der Opposition ausgerichtet ist. So wird die unterschiedliche Belastung durch Fluglärm immer wieder zum Anlass genommen, Gemeinden gegeneinander auszuspielen. Mit der Hoffnung auf graduelle Verbesserung wird Politik gemacht. Unter dem Stichwort "Demokratisierung des Lärms" werden Flugrouten schon mal geändert, wohlweislich, dass damit Andere in den "Genuss" der Lärmbelastung kommen.

Auch bei der Diskussion einer Vielzahl von Ausbauvarianten wurde offensichtlich auf die St. Floriansmentalität vieler Betroffener gesetzt. Doch dieses Kalkül, das bei einigen BürgermeisterInnen z.B. Wiesbaden und Frankfurt funktioniert ("Flughafenausbau trifft hoffentlich nur die Andern"), führte bei den Bewohnern der Region eher zu einer breiten und inzwischen flächendeckenden Organisierung.

Die Landesregierung wird sich mittelfristig, spätestens nach der Durchführung eines Landtaghearings, für eine der diskutierten Bahnvarianten entscheiden müssen. Dann wird sich herausstellen, wie das Bewusstsein einer gemeinsamen Betroffenheit gediehen ist und wie sich auf dieser Grundlage die Perspektiven auf breiten Widerstand entwickeln. Wenig Zweifel besteht darin, dass dies weitgehend unabhängig von den politischen Parteien erfolgen wird. Diese haben sich auf politischer Landesebene alle für eine Erweiterung des Flughafens ausgesprochen. Bis auf die Grünen, die sich mit einer wachsweichen Erklärung aus der Affäre zu ziehen suchen und die in diesem Sinne froh sein können, dass sie nicht an der Regierung sind. Das Umfallen wäre vorprogrammiert.

Vom kapitalen Winde verweht?

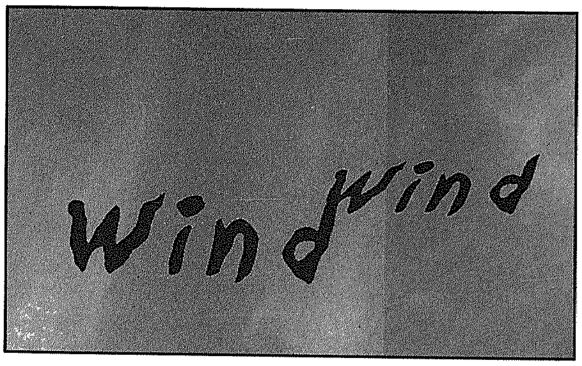
Wer liegt nicht gerne im Sommer am Strand und schaut den Wolken zu, die der Wind vor sich hin treibt? Die dahinter stehende Kraft, die Windenergie trieb schon vor tausend Jahren die Mühlräder an. Wasser wurde gepumpt und vor allem im Nahen Osten und Asien zur Salzgewinnung angewendet. Heute mittels High Tech sind Holzflügel out, die bestehen aus Verbundwerkstoffen nach Maß und aerodynamisch durch Windkanal und mit Hilfe einer exzellenten Computergrafik erforscht, nutzen sie jede Windstärke maximal aus.

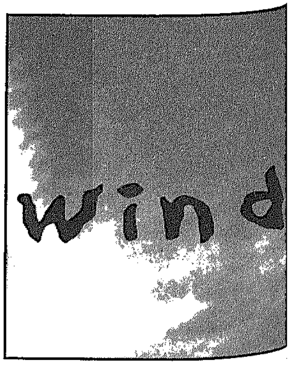
Die Windkraft im Aufwind

Ein Blick in die TAZ, 25.1.2000. »Rekorde werden auch von der Windkraft vermeldet: 1.674 Windkraftanlagen wurden 1999 errichtet deren Leistung zusammen 1.569 Megawatt erreicht – (1 Megawatt = 1 Million Watt; eine normale, überdimensionierte Glühbirne hat 100 Watt; d. A.) das ist doppelt soviel wie im Vorjahr. Die zum Jahreswechsel bestehenden 7.873 Windkraftanlagen kommen auf eine installierte Leistung von 4.433 Megawatt. Das ist die Leistung von annähernd vier großen Atomkraftwerken.

Der Boom von Windkraft wird weiter gehen: Durch den technischen Fortschritt sind die Anlagen immer leistungsfähiger geworden. Vor acht Jahren brachte die durchschnittliche Neuanlage noch 170 Kilowatt (Glühbirne 100 Watt mal 10 =1.000Watt =1 Kilowatt). Heute kommen die Neuanlagen bereits im Mittel auf annähernd 1.000 KW = 1 Megawatt. Serienanlagen mit 1,5 MW sind inzwischen etabliert. An guten Standorten bringt jede einzelne Strom für mehr als 1.000 Haushalte.

Hinzu kommt, das sich Windkraft auch im Binnenland immer stärker durchsetzt. (...) Und schließlich wird durch Off-shore-Anlagen, die an den Küsten im Wasser stehen werden, die Windkraft in eine weitere Leistungsklasse (3 MW d. A.) vorstoßen...«





Der Wind – das laue und stürmische Kind

Der Dampf – die Industrie – im Gleichklang vorwärts treibt!

Bis dato (ca. 1800) war die Windkraft neben der Wasserkraft die markanteste Energie. Dazu noch mit direkter Energiegewinnung an Ort und Stelle. Jedoch mit der aufkommenden Dampfkraft war eine gleichbleibende Energieversorgung gewährleistet. Dies konnte die diskontinuierliche Windkraft nicht leisten, auch heute nicht mit High Tech. Nota bene war die Dampfkraft die Geburtsstunde der Arbeiter(Innen)bewegung. Wobei die ArbeiterInnen lange Zeit noch als »Nebenfrage« unbeachtet blieben. In der dann entstehenden ArbeiterInnenbewegung gingen die Auffassungen über den Technikeinsatz oder, im marxistischen Jargon »Produktivkräftentwicklung« auseinander.

Bakunin und Marx im "Windstoß" der Geschichte.

Bakunin, (1972, S.617): »Sie werden die Zügel der Regierung in einer starken Hand konzentrieren, weil das unwissende Volk einer sehr starken Betreuung bedarf, sie werden eine einzige Staatsbank gründen, die das ganze kommerzielle-industrielle, landwirtschaftliche und sogar wissenschaftliche Produktion auf sich konzentriert, und die Masse des Volkes in zwei Armeen aufteilen: in eine industrielle und in eine landwirtschaftliche, unter dem unmittelbaren Kommando von staatlichen Ingenieuren, welche eine

neue privilegierte, wissenschaftlich-politische Klasse (Stand) bilden werden.<<(1). Marx hatte unbestritten die industrielle Technikentwicklung exorbitant bejaht. Prophetisch sah Bakunin die verhängnisvolle Produktivkraftentwicklung, wenn auch nicht explizit der Großindustrie voraus. Der deutsch jüdische Schriftsteller und Anarchist Landauer legte einige Zeit später in der Kritik, wenn auch deftig, hinzu: »Der Vater des Marxismus ist der Dampf. Alte Weiber prophezeien aus dem Kaffeesatz. Karl Marx prophezeite aus dem Dampf.«[2]. Marx`s Epigonen sollten sich bis zum bitteren Ende daran halten.



Welche Technik-Entwicklung?

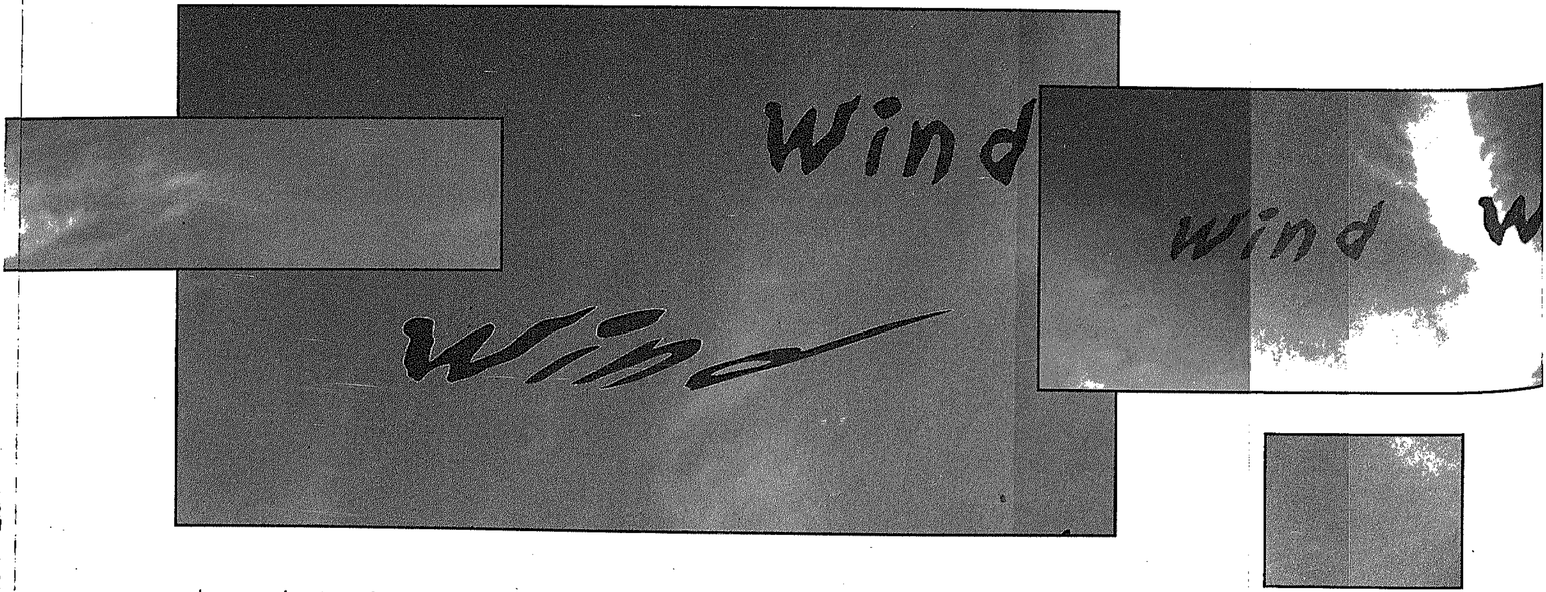
So schrieb Lewis Mumford in dem Buch: Mythos der Maschine, Kultur, Technik und Macht.(1977,Ffm)»Fast von Beginn der Zivilisation an haben, wie wir heute sehen, zwei ungleichartige Technologien Seite an Seite existiert: die eine demokratisch und dezentralisiert, die andere totalitär und zentralisiert.(S.270). 1898 erscheint in England ein Buch mit dem Titel: Landwirtschaft, Industrie und Handwerk von Peter Kropotkin. In seiner Art sozio-ökonomische Feldstudien zu betreiben, besuchte und analysierte er einige Länder in Europa. Und fuhr mit dem Dampfschiff – über den großen Teich in die USA. »Und ich sah Windmühlen, die für Obst- und Gemüsegärten Wasser pumpten.(...) Wirkliche Ökonomie, so wohl in Bodenfläche wie auch in der Arbeit, erfordert verschiedene Methoden, die eine Kombination von Hand- und Maschinenarbeit sind.«[3]. Unter dem Aspekt, Dezentralität, stellt u. a. der Autor Heinz Hug fest. »Kropotkin plädiert für die Abschaffung, zumindest für die größtmögliche Reduktion der Großindustrie! << (4). Es soll nicht verschwiegen werden, um somit den KritikerInnen "den Wind aus den Segeln" zu nehmen. Kropotkin war u. a. Befürworter der Kunstdünger-Anwendung und wie der Herodot und Historiker Max Nettlau bemerkte, sehr "wissenschaftsgläubig". War er doch selbst ein renommierter Geograph. Otto Ullrich retrospektiv: »Die Große Industrie und die großindustrieorientierte Arbeiterbewegung haben diese Alternativen unterdrückt und vernichtet.[5] Selbstkritisch betrachtet, der Anarchosyndikalismus hat dieser Angelegenheit (selbst FAU-Mitglied) wenig Interesse entgegengebracht.

Die Jahrhundert-Wende 1900

Der Wind das himmlische Kind, rein nach Goethe, braust und ruht zu allen Zeiten. Nur, was geschah? »Hunderttausende von Windmühlen wurden im 20. Jahrhundert stillgelegt und ihre Weiterentwicklung zur Stromgewinnung nicht systematisch versucht, obwohl der Däne Paul La Cour 1891 die erste Windkraftanlage zur Stromerzeugung eingesetzt hatte - in Verbindung bereits mit elektrolytischer Wasserstoffgewinnung (Durch den Windstrom wird durch die Elektrolyse aus Wasser – Sauerstoff und Wasserstoff gewonnen, dieses kann gespeichert werden und ist sehr umweltfreundlich d. A.), womit ein Schulgebäude beleuchtet wurde. 120 Windstromanlagen lieferten während des Ersten Weltkrieges in Dänemark Strom, und in den 20er und 30er Jahren gab es in den USA einen Boom in der Herstellung von insgesamt ca. 6 Millionen kleiner Anlagen. Auch in Deutschland erzeugte man in den 30er Jahren Strom mit 3.600 Anlagen.«[6]. So ging es sprichwörtlich mit »Volldampf« und der Entdeckung und Anwendung des Erdöls ins imperiale Zeitalter. Die Rauchschwaden der donnernden Kriegsschiffe kündigten den Ersten Weltkrieg an. Die Industrialisierung in Synergie mit der Militarisierung "raubte" den Windmühlen die Existenz. Der Fordismus entstand, sprich das (Ford)-Auto rollte vom Fließband. Derweil auch Panzer und Motoren gemäß dem Mercedes-Benz (heute Chrysler dazu)-Siegel, dem Dreizackstern, zu Land, Wasser und Luft. Die entsprechende Stahl- und Chemie-Industrie wurden zu enormen »Energie- und Rohstoffressern«! Die sogenannte Energiedichte (Leistung pro Flächeninhalt) vollbrachten die großen Kohle- und Ölkraftwerke. Die Windenergie wirkte wie ein Lückenbüßer, die wie ein abfallendes Blatt vom »Energiebaum« abfiel.

De - Zentrale Volks Windkraftwerke im Faschismus?

Wenn heute zu Recht und mit Vehemenz auf die Gefahr des Ökofaschismus hingewiesen wird, etwas neues ist er nicht (leider!). Selbst was die spezielle Ökotechnik betrifft. So war es der Ingenieur und NSDAP-Mitglied Lawaczeck der angesichts eines »Arbeitsprogrammes« in der sogenannten "Kampfzeit" vor 1933 folgende Überlegungen vorstellte . »Er geht von der verbreiteten Ansicht aus, das die expansive Phase der großindustriellen, zentralen Wirtschaftsentwicklung beendet sei, und sucht nach den technischen Bedingungen einer dezentralen, ständisch gebundenen Wirtschaft. Deren Basis sollte ein neues Energiesystem bilden, in dem zahlreiche Kleinkraftwerke Strom erzeugen, mit dessen Hilfe elektrolytisch Wasserstoff gewonnen wird. Dieses neue Solarenergiesystem soll zu einem erneuten Auf-



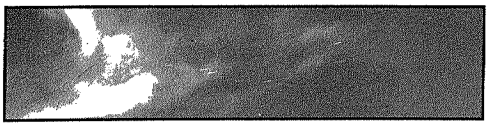
schwung des Handwerks und der bäuerlichen Landwirtschaft führen. (...). Nach der Machtergreifung sollte sich jedoch bald zeigen, dass derlei Projekte schon aus wehrwirtschaftlichen Gründen aussichtslos blieben.« [7]. Der Volks-Wagenkonstrukteur Porsche (gleichnamiger Sportwagentyp und Hersteller) entwickelte Anfangs der 40er Jahre Windräder der sog. Mittleren Technologie. Die braunen GROssWIndAN-Anlagen sollte der Deutsche-Arbeits-Front (DAF)-Führer Ley herstellen.[8]

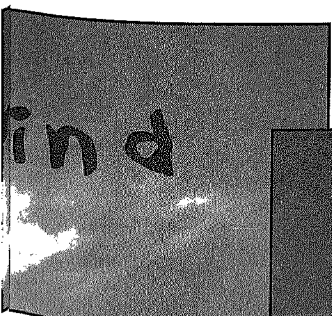
Dänemark, ein windreiches Land hat es erkannt!

Zu Ende des Zweiten Weltkrieges geriet Dänemark in eine Öl- bzw. Energiekrise. Mangels einer nicht ausreichenden Tankerflotte und geringer eigener Rohstoffquellen wie Kohle besann es sich wiederum auf die Lösung der Windenergie. Die Kombination von Windkraftwerken mit am Boden befindlichen Motorenhäuschen ward geboren. Im Sommer bei Windflaute trieben die Motoren den Generator an, im Herbst und Winter die Rotoren. Es wehte aber auch ein "anderer Wind" in Dänemark der unter vielen Punkten, sozusagen historisch wie @ktuell geblieben ist, in der sog. "Dritten Welt" u. a. neu erkannt wird. Die Problematik der Verstädterung bzw. Megastädte. Kropotkin kam dem auf einer Reise in Dänemark auf die Spur (in einer windstillen Pause höhöhö). »Nach dem Kriege von 1864, der mit dem Verluste einer dänischen Provinz (Schleswig-Holstein d. A.) endete, machten die Dänen weitgehende Anstrengungen, Bildung unter ihrer Landbevölkerung zu verbreiten und zu gleicher Zeit eine intensive Bodenkultur zu entwickeln. Die Ergebnisse dieser Bemühungen sind nun klar zu Tage liegend. Die ländliche Bevölkerung Dänemarks hat sich, anstatt in den Städten zusammengedrängt zu sein, vermehrt.<< (9). Im "Rückenwind" des Ölbooms wurden Mitte der 50er Jahre viele Windräder mitsamt den Motoren demontiert. Der "Energie-Wind" drehte sich, sehr zum Schaden der Umwelt. Im Gegensatz zu Deutschland blieb Dänemark von einer Monopolisierung, die Hitler noch 1935 mit dem Energiegesetz verstärkte , verschont. Was nicht heisst das Dänemark später u.a. Atomstrom aus Deutschland importierte. Dies um keine euphorische Stimmung entstehen zu lassen bzw. Dänemark als Vorbild der Windenergie kritisch zu betrachten. Erst Recht gilt dies für die ehemalige UdSSR. Dort wurde die erste Windenergieanlage für Stromgewinnung im Jahre 1931 in Balaklawa auf der Krim errichtet. (...) ...die elektrische Energie wurde in das Strassenbahnnetz eingespeist zur Entlastung des Dampfkraftwerkes Sewastopol. (10). Nur, wen wunderts? Solche Energieversorgungs-Vorhaben waren weder im Stalinismus noch im gesamten Bereich des Ex-Realen vorgesehen. Sie galt in Ausnahmefällen bei Standorten die wegen Mangel an Rohstoffen und/oder zu weiter Transportstrecken die Dezentralität "aus der Not" heraus anwandten.

Atomkraft - Nei Tak!

Angesichts einer entstehenden Anti-AKW-Bewegung, wurde in Dänemark die Renaissance der Windenergie kreiert. Es entwickelte sich zum Vorreiter der dauerhaften Energiequelle. WIND! Selbst die Gewerkschaften sahen in der Nutzung dieser regenerativen Energie die Konversion hin zu einer alternativen Energiepolitik. Dänemark ambitionierte zum weltweit größten Windkraftanlagen-Hersteller und Exporteur. Einen sehr wesentlichen Anteil an diesem Umschwung, siehe oben, hatte die dänische Antiatom-Bewegung. Anhand einer bunten und sehr informativen Broschüre über die Gefahren der militärischen wie zivilen Atomenergie, inklusive der hohen Kapitaleinsätze, ein bißchen Antikapitalismus gehörte dazu und gezielter Hinweise der Alternativen wurde sie an die Bevölkerung verteilt. Die Windkrafttechnologie erhielt neuen Auftrieb. Neue Anlagen wurden konzipiert, projektiert, mit aerodynamischen Flügeln regelrecht "beflügelt". So wie es Eingangs im TAZ-Artikel beschrieben wurde. Dier ersten 100 bis 200-KW-Anlagen aufgestellt. Nun begann das kapitale Wettrennen um noch größere und optimalere WK-Anlagen. Ein Kuriosum darunter in Norddeutschland, die GROWIAN-Anlage.[...] Ja, selbst die Tvind-Anlage war zu jener Zeit im heutigen Szene-Jargon, ein Mega-Teil.Denn Fakt war, sie hatte (bei Windstärke 8-9) die maximale Leistung von 1 Megawatt erreicht. Mehr als 150 StudentInnen und Studenten der TH Kopenhagen hatten in mühsamer wie freudvoller Tätigkeit in Selbstverwaltung dieses Monstrum konstruiert und placiert. Was in der Avanti, Vorläufer der heutigen Konkret, lobend publiziert wurde. Allerdings, die Geräuschkulisse war auch nicht ohne, nicht gerade eine Ouvertüre mozartscher Art. Immerhin in der







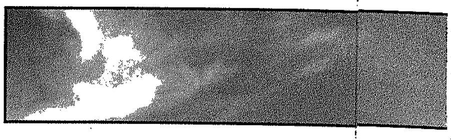
Ökobewegung begannen die streitbaren Diskussionen, nebst "Unarten". Irgendwie bekannt.

Stell Dir vor es gibt Konzerne und die entdecken die Windenergie!

Ein Blick aus dem Fenster, einige Baumwipfeln wiegen sich in der mäßigen Winterluft. Das Fernsehen, jetzt mit Ökostrom eingespeist, bringt Nachrichten. Es ist die vierte Januarwoche des neuen Millenium und Helmut in der Kofferaffäre. Hat von seinem Kumpel Mitterand, nebenher Sozialist, irgendwie Kohle bekommen. Der Kohllateralschaden beschäftigt seitdem die Republik. Dem etwas überdrüssig geht die Aufmerksamkeit über in die neue Ausgabe: Sonnenzeitung Nr.1/00. Im Sinne des "Öko-Kapital", sprich der Maximal-Profit-Strategie wird geklotzt und nicht gekleckert. Das bleibt den mittleren und kleinen WK-Hersteller als Brosamen überlassen. Seit Ende 1990 die Stromeinspeisevergütung staatlich gesetzlich gefestigt wurde stieg die Windbranche sowie die Anzahl der "Windräder" erheblich an. Immer mehr Windflügel besetzten die Landschaft, den jetzt war eine gesicherte Geld- äh Kapitalquelle vorhanden. So das heute bspw. die unter Preußens historisch unrühmliche Glorie eroberte Schleswig-Holstein (Hol Wind!) schon fast zehn Prozent des Gesamtstroms durch Windkraft erzielt wird. Der Run der windreichsten Standorte ist im jetzigen Stand beendet. Es waren die mittelgroßen Windkraft-Hersteller die die Vorarbeit mit Forschung und windigen Elan Dänemark überholte. Rein nach Marx folgt was in vorheriger Form beschrieben ist. » Die Großindustrie wacht auf. (Zwischenüberschrift der Sonnenzeitung, d. A.) Die Leistung der an Land montierten Windparks ist jedoch so gut wie ausgereizt. Die Zauberformel für das neue Jahrtausend heißt deshalb Offshore-Großwindparks auf See. Riesige Windräder sollen in Nord- und Ostsee aus dem Meer sprießen. Jetzt steigt auch die Großindustrie (welch Sprachgebrauch - Chomsky lässt grüßen d. A.) wieder ein. Aus Betreiber von Erdölplattformen will sich Shell Renewables London im mari-timen Windkraftgeschäft engagieren. Der Atomkonzern Preussen Elektra begann bereits 1997 eine Kooperation mit dem führenden deutschen Windkraft-Unternehmen Enercon. Eines der größten amerikanischen Energieunternehmen - Enron- übernahm vor zwei Jahren die Tacke Windtechnik in Niedersachsen.

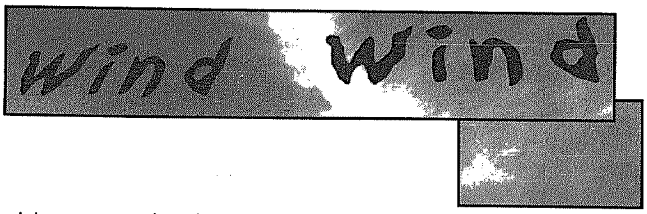
Offshore-Vorsegler Dänemark.

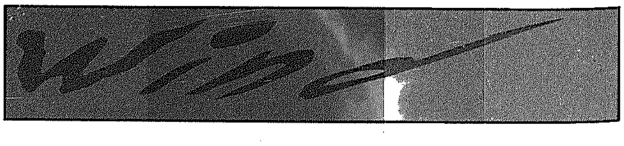
Die Nase vorn im Meereswind haben gegenwärtig die Dänen, die bereits vor zehn Jahren begonnen haben, zwei Offshore-Windparks vor ihre Küste zu setzen. Bis zum Jahre 2030 will das Land 50% seines Strombedarfes ausschließlich aus Windkraft decken. Allein 4.000 MW sollen durch moderne Offshore-Windkraftanlagen in Nord- und Ostsee gedeckt werden. Die Vorteile maritimer Windenergienutzung: Höhere Windgeschwindigkeiten gepaart mit ungehinderter Anströmung sorgen für eine Leistungssteigerung zwischen 30 und 70%. Großwindfarmen mit bis zu 100 vernetzten Riesenwindmühlen sollen die Offshore-Stromerzeugung wirtschaftlich gestalten. Kein Wunder also, wenn Shell jetzt hellwach und sinngewandelt ist. Offshore-Know-How aus der Erdölförderung in den Milliardenmarkt Windkraftnutzung stecken will.<< Sukzessive wird die Windenergie, die neben Wasser und Bioenergie hauptsächlich subsumiert der Solarenergie, zur attraktiven Investitionsquelle.[...] Aufwindstrebende Windfirmen werden nach Brechtscher Erkenntnis von den Haien geschluckt! Wie heißt doch der Werbespruch der Ökobank: Machen sie ihren Flügeln, Geld. (Hvbg. d.A.). So wird der Wind durch Shell "eingefangen"! Hart ausgedrückt - so wird eben Technik- und Machtgeschichte gemacht. So lässt sich folgende Überlegung nicht "ausschließen". Offshore-Großwindparks versorgen die an der Küste befindlichen Krisenreaktions-Marineschiffe. Der Überschußstrom kann dann zur Wasserstoffspeicherung "ausgereizt" werden. Dies bedeutet, das somit umweltfreundliche Wasserstoffgas kann bei Bedarf, Militärlaster, Panzer und Flugzeuge antreiben. Eine zynische Kreation des "Öko"-Militarismus sei erkoren. Kein Witz, in dem Buch von Bockris und Justi, zwei Wasserstoffexperten, veröffentlichten 1980 das Buch: Die Energiealternative - Sonnen-Wasserstoffwirtschaft. Darin enthalten, dass Ende der 50er Jahre US-Army Kampfflugzeuge mit Wasserstoffantrieb, Testflüge vollzogen. Der Öko-Imperialismus mit vollem Wind?



Wieviel Windkraft darf`s den sein?

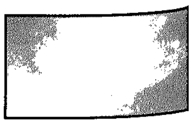
Da wir uns im Zeitalter des Neoliberalismus befinden, begeben sich die Konzerne mit vollem Wind ganz auf globale Schatzsuche. Im Süden Indiens bspw. befindet sich ein langer Küstenstreifen mit genügend Windstärke im Jahresmittel. Die oben beschriebene Tendenz könnte – oder hat schon – Land bzw. Küstengewässer gefunden. Technisch versierte "Windräder" aus den USA, Japan, Deutschland usw. sind vorhanden. Oder im Süden Argentiniens, in Patagonien. In der libertären Szene durch den Aufstand in Patagonien (Oswaldo Bayer) nicht unbekannt, hat ausreichend Landfläche. Der mächtige Wind streicht sprichwörtlich über die fast menschenleere Pampa. Superwasserstoff-Tankschiffe könnten dann jenes nach Hamburg transportieren und mittels Pipelines das industrielle Ruhrgebiet versorgen, falls nicht günstiger Solarwasserstoffgas aus der Sahara im Angebot steht. Auf jeden Fall wäre es viel zu schade, die ungenutzte Pampa nicht öko-sozial äh marktwirtschaftlich oder hieß das machtwirtschaftlich zu lassen.[...] Eins, zwei, drei Windmühlen, äh Großwindmühlen, ach was Großwindparks lässt die Ökoprofite nach oben purzeln. Gibt auch`n paar Arbeitsplätze. Da geht einem doch der Hut hoch! Wobei mit Arbeitsplätzen noch leider zuviel massenpsychologisch "Humbug" betrieben wird. Viele Teile der Windkraftwerke werden in halb- oder vollautomatischen bzw. roboterbetriebenen Maschinenfabriken hergestellt. Und zudem gibt es noch Billiglohnländer wie Indien. Den so manches Windrad an der Waterkante ist Made in India. Der unter Billigflaggen fahrende Container-Schifftransport (in Zukunft mit Wasserstoff) satellitengestützt gesteuert mit Computer-Kommunikation, alles no Problem. Da mögen sich Experten noch streiten inwieweit Indien ein "Schwellen- oder Drittweltland" ist. Eine zukünftige Schwelle für viele Arme ist der Zugang zu genügend preislich sauberen Trinkwasser. Keine Schwelle für deutsche Windkraft-Hersteller, diese neue brisante Quelle anzuwenden, neu im Angebot sind WK-Anlagen zur Trinkwasserversorgung aus Meerwasser. Der Autor war in der dritten Januarwoche in Bärlin bei einem Greenpace-Referat: Erdöl. Fünf Personen waren anwesend. Die ehemals große Ökobewegung befindet sich in der Flaute. Oh hoppla, als ich nur kurz die gravierende Rolle der Konzerne erläuterte, folgte die Antwort prompt: »Ohne die Konzerne geht es nicht!« Mir blieb die Luft weg. So unterließ ich es den Umweltkonzern Greenpace zur Sprache zu bringen. Siehe hierzu den Artikel von Jörg Bergstedt im A-K@lenda 2000. Summa Summarum, die Windenergie, im Griff der Konzerne?[...] »Obwohl Stromproduktion, -transport und -verteilung durch die Strommarktgesetze offiziell getrennt sind, bauen die Stromkonzerne (mit Hilfe des Bundeskanzler Schröder d. A.) ihre direkte und indirekte Kontrolle über alle drei Funktionsbereiche durch die Übernahme von immer mehr lokalen Verteilungsnetzen aus.« (11) Ein anderer Verdreher der Wissenschaft. »Die solare Welt-Wasserstoff-Energiewirtschaft, ein zentrales Energiesystem? Ein dezentrales? (...) Beide Elemente werden vorkommen. (12). Ein ehemaliger Alternativ-Protagonist kam schon in den 80er Jahren zur Vision: »Der Witz der Solarzellen (Strom durch Sonne direkt und geräuschlos) liegt gerade darin, dass man sie dort montiert, wo man den Strom braucht, also völlig dezentral. Den Elektro- und Öl-Konzernen genügt, dass sie über Herstellung und Verkauf der Solarzellen zentral verfügen... (13).[...]

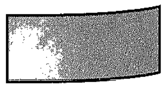




@lternativ statt alternaiv

Kropotkin, wies in seinem Buch, 1898, zielbewußt darauf hin: <<Nicht ökonomische Effizienz und Produktivität sind die angestrebten Ziele des Wirtschaftsmodells, sondern die Möglichkeit humaner Beziehungen unter den Menschen sowie ihrer kreativen Selbstentfaltung.« (14). Der in letzter Zeit unverständliche und fast eigenbrötlerische Murray Bookchin (siehe SF, 3/99) hatte schon in den 60er und 70er Jahren apodiktisch die Gefahren der entstehenden Umwelt- bzw. Öko-Bewegung vorausgesehen. »...solange sie nicht die menschlichen Bedürfnisse anstelle von Profiten zum Brennpunkt des Wirtschaftslebens macht, wird sie zum Schoßhund des Konzernsystems herunterkommen.<< (15). Der Öko-Anarchist Bookchin erblickt in der Affinität zu Kropotkin das Diktum der Dezentralität als menschliches Maß. Dem folgt in Bezug auf die Öko-Technologie, die beschriebenen Einsichten. »Der Einsatz von Landwirtschaftsmaschinen widerspricht keineswegs einer gesunden ökologischen Praxis; (...). Schnelle und umweltfreundliche Transportmittel, Elektrizität und Elektronik haben weitgehend die ungelösten Fragen des Transport- und Kommunikationswesens und der gesellschaftlichen Isolierung früherer Zeiten behoben. (...). Es ist möglich geworden, in Walzwerken, die nicht ausgedehnter als zwei oder drei Häuserblocks sind, einen ausgezeichneten Stahl herstellen. (z.B. für dezentrale Solar-, Wasser-, Wind- und Biogas-Anlagen, gewißermaßen ein Mix daraus d.A.) Eine Vielzahl neuester Maschinen ist äußerst vielseitig und kompakt. Sie eignen sich für eine ganze Reihe von Verarbeitungs- und Fertigungsprozessen. Die heutigen modernen Industriebetriebe mit ihren sauberen, geräuscharmen, vielseitigen und weitgehend automatisierten Ausrüstungen stehen im scharfen Kontrast zu jenen überdimensionierten, häßliche und räumlich beengten Fabriken früherer Epochen. Sonnen- und Windenergie können eines Tages zu unerschöpflichen Energie-quellen werden, die sämtliche Bedürfnisse von Mensch und Industrie zu decken zu vermögen - ohne das ganze Ökosysteme zerstört werden und damit





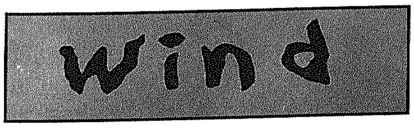
Alle Fotos: Archiv

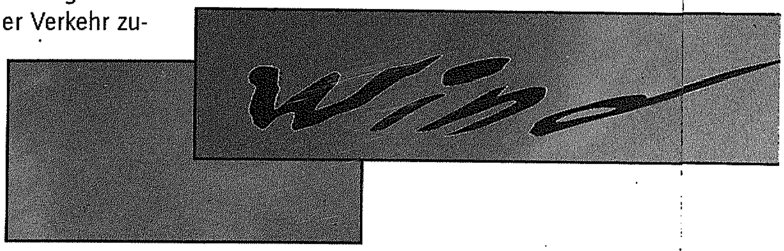
der Natur selbst unheilbarer Schaden zugefügt wird.<< (16). Hier wird reale Utopie konstitutiv.[...] Weiter mit der alternativen Energie in Dänemark. Im Norden, in Jütland dort wo die steife Brise übers flache Land fegt. In einem Ort mit ca. 600 EinwohnerInnen taten sich die Bauern zusammen und es wurde eine Kombinationsanlage -Wind und Biogas gemeinsam errichtet. Es muß also nicht hinter jedem Bauernhof ein Windrad stehen. Immerhin diese Anlage deckt 85% des Energiebedarfes. Nachahmung empfehlenswert! Wäre da nicht eine andere Praxis. Im Grunde ein Schulbeispiel. Ein Spiegel-Sonderheft Nr.7/1995 brachte es medienwirksam hervor. Anlaß war mit dem Titel Krieg an der Küste in der Nähe von Husum. Ein BI-Vertreter verwies zu Recht auf die Problematik der entstandenen Turbulenzen. Ein Wald voller Windräder verschandelt die Landschaft, darunter nicht wenige als Abschreibungsobjekte für süddeutsche Zahnärzte. Mißachteter Vogelschutz. Dazu wird der verlustbringende Transport hunderte von Kilometer aufgerechnet, alles dies um die konventionelle Haltung der Verbraucher-Innen und Verbraucher mit einer Brise "ÖKO" zu besänftigen.[...] Einige ideele Bastler sind emsig bemüht an einer schöpferischen "Arbeit" bunte, einfache bis komplexe Anlagen aufzustellen. So etwa ein zweiarmiger Vertikalachsenläufer, Bauer Böse der "Windmühlenpapst"- Hausversorgung mit Windstrom, thermische Solarenergie und Biogas, eine Gärtnerei mit Windstrom, eine WK-Anlage, bei der ein Umlenkgetriebe in ein am Boden befindlichen Generatorhäuschen mittels Wellenantrieb der Generator betrieben wird - der Vorteil, kein Hochklettern (Eventuell auch der Antrieb zum Wasserpumpen oder zum Schmieden usw), ein AKW-Gegner der ein Windrad aus dem Mittelmeerraum aufbaute, indem viele Teile aus dem nachwachsenden Rohstoff Holz besteht. (17). Heute gibt es Kopplung mit Solarzellen, Wasserstoffspeicher und Block-Heiz-Kraft-Werken. Es symbolisiert, wie schnell eine frische Anwendungsbrise die Ideenvielfalt wachsen lässt.[...]

Windenergie-Praxis @nderst!

Selbstverständlich ist damit das Gebiet der Windenergie nur angerissen. Und andererseits ist die Windenergie ja "nur" eine Alternative innerhalb der regenerativen Energieanwendung. In Deutschland und anderen Ländern wird es eh ein Energie-Mix sein, der eine vollständige Energieversorgung gewährleisten kann. Was heißt vorerst die Notwendigkeit von bspw. Niedrigenergie-Häusern und das allerschwierigste der massenhafte Konsum, der Verkehr zudem der Bereiche Industrie und Militär noch ein gewaltiges Pensum an sozialrevolutionärer Wandlung ansteht. So nannte Souchy in einem Spiegelinterview seine Vision: »Anarchie bleibt das Fernziel der Menschheit.« Vielleicht befinden wir uns und deshalb spekulativ betrachtet in einer Zwischenzeit von Tristheit und Aufbrechen? So kommt unverhofft der Widerstand zu Tage. "Geld regiert die Welt!" Aber siehe da, kaum sollte in Nordamerika und Mexiko der NAFTA-Vertrag in die Praxis übergehen traten die ZapatistInnen in die Weltöffentlichkeit. darunter ein Marcos dessen folgender Spruch eines Nicht-kultstatus ohne ihn zu desavouieren den Zapatistinnen wie Zapatisten entnommen ist. »Ein neuer Wind kommt auf, er kommt mit Lüften aus der Vergangenheit und mit einer Brise, die unverwechselbar nach Zukunft riecht. Dieser neue Wind ist jung an Leuten auch an Ideen, er sucht eine bessere Erde... Dieser Wind hat sich eingeschifft." Aus dem neuen A-Kalend@ 2000. Zum Schluß ein Spruch von Louise Michel, ca. 1886. »Wir leben in einer Zeit der Ängstlichkeit jede sucht ihren weg!"« Trotzdem sagen wir: komme was wolle! möge die Freiheit Wirklichkeit werden!

Jakob Schiffelholz





Literatur - Liste:

(1) Otto Ullrich Weltniveau S.69 Rotbuch-Verlag Berlin 1979
siehe auch Wolfgang Eckhardt Staatlichkeit und Anarchie Karin Kramer Verlag Berlin
im Schwarzen Faden [SF: 3/99] informative Rezession der Neu-Ausgabe & Überarbeitung

(2) Gustav Landauer Aufruf zum Sozialismus S.65 zur Einführung Siegbert Wolf Edition SOAK-Tb S.35 1988

(3) P.Kropotkin Landwirtschaft, Industrie und Handwerk S.131 Archiv - Reihe Karin Kramer Verlag 1976

(4) Heinz Hug Kropotkin zur Einführung S.89 Junius-Verlag TB April 1989

(5) siehe [1] s.19

(6) Hermann Scheer Sonnenstrategie S.53 Piper-Serie 5.Auflage April 1989

(7) Rolf Peter Sieferle Die Konservative Revolution S.219 Geschichte Fischer - TB Dezember 1995

(8) Hans Mommsen und Manfred Krieger Das Volkswagenwerk und seine arbeiter im Dritten Reich S. 447-449 Verlag ?

(9) siehe [3] s.75

(10) Hans-Dieter Neumann Wo steckt noch Energie? s.63 EX-DDR akzent 1983

(11) Hermann Scheer Solare Weltwirtschaft S.265 Kunstmann-Verlag München Nov.1999

(12) Carl-Jochen Winter Die Energie der Zukunft heisst Sonnenenergie S.93 Knaur-TB 1995
Deutsche Luft- und Raumfahrt-Forschung

(13) Joseph Huber Die verlorene Unschuld der Ökologie S.74 Fischer-TB alternativ 1986

(14) siehe [4] S.84

(15) Die Formen der Freiheit Büchse der Pandora S. 64 1977

(16) Hierarchie & Herrschaft S. 59-60 Karin Kramer Verlag Berlin 1980

(17) Ulrich Stampa/ Wolfgang Bredow ökobuch 1987 Selbstbau-Windkraftanlagen in Norddeutschland

Weitere Literatur:

Packpapier-Versand Nr. 15 BOX 2521 44 Münster
Von SchülerInnen der Tvindschule geschrieben
Horst Crome Windenergie-Praxis ökobuch 1987
Windkraft? Echt stark! Christian Kuhtz Dammstr. 44 Hof 24103 Kiel

Wer rechts sucht, findet zielsicher links

Am 16.3. gegen 11 Uhr vormittags fand bei Skuld Releases (einer Punk-Plattenfirma in Süddeutschland, die neben Punk-Platten, Fanzines auch Bücher der Verlage Schwarze Risse/Rote Strasse, Libertäre Assoziation und Trotzdem Verlag vertreibt)) unter dem Vorwurf der Verwendung verfassungsfeindlicher Symbole (§86a, Abs.1, Nr.2 StGB) eine Hausdurchsuchung statt. Hinter dem Paragraphen verbirgt sich das »widerrechtliche Verwenden« von Nazisymbolen, hinzukam der Vorwurf des »widerrechtlichen Verwendens von geschützten Markenzeichen« (§143) und des Verdachts auf Steuerhinterziehung (§370, Abs.1, Nr.1AO).

Die Vorgeschichte dazu ist, dass eine Lieferung aus den USA gründlich gefilzt und dabei die »Doom-Police Bastard Nr.7« von der Zollfahndung an den Verfassungsschutz weitergereicht wurde. Weiterhin wurde beanstandet, dass die Band »Armstice«, einen Bär als Logo hat, der »Winnie the Pooh« ähnlich sehen soll. Walt Disney Deutschland hat inzwischen Anzeige gegen Skuld Releases erstattet (§143). Der Vorwurf der Steuerhinterziehung beruht darauf, dass laut Zollrechnung Waren im Wert von 195,50 USD nicht deklariert wurden. Die Einfuhrumsatzsteuer darauf beträgt ca. 30 DM! Auf diesen fadenscheinigen Grundlagen wurde ein Durchsuchungsbefehl erwirkt und richterlich genehmigt.

Bei der 4-stündigen Durchsuchung selbst wurde alles sichergestellt, was im entferntesten mit oben genannten Vorwürfen in Zusammenhang gebracht werden konnte.

Es wurden beispielsweise Ausgangsrechnungen von Janaur 98 bis Februar 2000, Teile der Buchhaltung und Schallplatten, die hauptsächlich mit zerschlagegenen Hakenkreuzen verziert waren oder deren Verwendung einen eindeutig antifaschistischen Kontext hatten, sichergestellt.

Es drängt sich die Vermutung auf, dass zum wiederholten Mal das rechtliche Instrumentarium des Staates, um gegen rechte Strukturen vorzugehen, gegen Antifaschisten angewendet wird . Aber Gesetz ist Gesetz, man hat ja die deutsche Pflicht gegen »böse« Nazi-Symbole etwas zu unternehmen. »Egal« in welchem Zusamenhang sie verwendet werden. Somit scheint bewusst eine Begriffsverdrehung vorgenommen zu werden, die ihnen auch noch die moralische Rechtfertigung bietet gegen linke Politik vorzugehen.

Aus dem Gedächtnisprotokoll des Geschäftsführers:

»Auffällig insgesamt war, dass von Beamtenseite mehrfach betont wurde, dass sie sich darüber bewusst sind, dass sie nicht gegen »rechts« ermitteln. Desweiteren wurden von allen durchsuchten Räumen Fotos angefertigt, da kein Staatsanwalt anwesend war.

Auch konnte ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass die ganze Aktion hauptsächlich darauf abzielte mehr Informationen über mein Business, meine Kontakte usw. zu erhalten, was sich auch insoweit bestätigte, dass sie den Versender der sichergestellten Lieferung am selben Tag als die Durchsuchung stattfand, versuchten telefonisch über »Blackened Distribution«, seine Funktion etc. auszuhorchen. Der Anrufer weigerte sich seinen Namen und die Gründe, wozu er diese Informationen denn benötige zu nennen. Laut Dan Siskind (Blackened) sprach der Anrufer akzentfreies amerikanisches Englisch, ihn machte allerdings stutzig, dass sich der Anruf »weit entfernt« anhörte und dass der Anrufer weder Name noch sonstige Gründe seines Anrufs nannte. Siskind brach das Gespräch ab.«

Die Sicherstellung bei Skuld Releases scheint nur das eine Ziel zu haben, antifaschistische Musikgruppen, Produzenten, Hersteller, Vertriebe und Konsumenten - kurz linke, antifaschistische (Punk-)Strukturen zu durchleuchten und einen erneuten Kriminalisierungsversuch gegen eine antifaschistische Gegenkultur zu unternehemen.

Dabei geht es nicht vornehmlich um Skuld Releases selbst, sondern Skuld Releases steht in diesem Moment nur stellvertretend für jeden, der noch für antifaschistische Ideale einsteht.

Anarchismus und Judentum

Konferenz in Venedig [Italien]
Venedig, 5-6-7 Mai 2000

Die Geschichte der grossen Anzahl jüdischer Anarchisten am Ende des letzten Jahrhunderts und in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts, einige davon als intellektuell oder in der Bewegung herausragende Persönlichkeiten, ist von historischem Interesse für Anarchisten genauso wie für an jüdischer Geschichte Interessierte. Bis heute gab es keine systematische Untersuchung der Annäherung dieser zwei zunächst so unterschiedlichen Traditionen. Diese Annäherung war in einer bestimmten historischen Zeitspanne. und einem relativ genau festlegbaren sozialen Zusammenhang entstanden. Sie entwickelte sich zuerst im Osten, der Wiege der Yiddischen Kultur, wo die Juden gezwungen waren unter zaristischen Gesetzen zu leben.

Danach entstand die noch grössere Affinität zwischen der jüdischen Tradition und der libertären Utopie unter jüdischen Emigranten in England, Argentinien und den USA (die in der ersten Generation Leute wie Emma Goldman, in der zweiten Generation Leute wie Paul Goodman, Noam Chomsky und Murray Bookchin miteinschloß.

In diesen Ländern waren die treibenden Elemente der jüdischen Arbeiterbewegung, die sich vor allem aus den östlichen Ländern rekrutierte, junge Anarchisten, die mit Gottesfurcht und Respekt für die religiösen Traditionen groß geworden waren, nur um später von der großen Welle des revolutionären Utopismus erfasst zu werden. Sie repräsentierten den Radikalismus eines Proletariats für das der Messias nur ein Sprachrohr libertärer Ideologie war. Es war dabei nicht ausschließlich von Bedeutung, dass jahrhundertelang die Selbstverwaltung der Gemeinden die Juden für die Theorien der gegenseitigen Verbindung, von Föderalismus und autonomen Gemeinden aufnahmebereit für libertäre Denker gemacht hatten. Ziemlich entscheidend war die Ethik der jüdischen Spiritualität und das messianische Denken (das Martin Buber als original jüdischen Beitrag zum modernen radikalen Denken ansah) mit seinen eschatologischen Hoffnungen auf eine radikal andere Zukunft, das eine Anzahl von Juden sich auf die libertäre Theorie zu bewegen ließ.

Dasselbe kann nicht für die Juden der westlichen Kultur behauptet werden, die größtenteils in ihren Kulturen assimiliert waren – mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen wie der Franzose Bernard Lazare und die Deutschen Gustav Landauer und Erich Mühsam.

Das internationale Treffen zu diesem Themenbereich wird im Mai 2000 in Venedig stattfinden, organisiert vom Centro Studi Libertari aus Mailand und dem Centre International de Recherches sur l Anarchisme (CIRA) aus Lausanne. Das dreitägige Treffen findet in den Räumen der Faculty of Architecture stattfinden werden.

An der Studienkonferenz, die von der Peace Foundation of the Venice City Council und dem History Department of the University of Venice unterstützt wird, werden Teilnehmer aus ganz Europa teilnehmen, die simultane Übersetzung wird in Italiensisch, Englisch und Französisch angeboten.

1, Konferenztag
Auditorium Campo Santa Margherita
Freitag, 5.Mai, 14,30 - 19,30

Eröffnung
Gianfranco Bettin (Stadtverwaltung Venedig), Giovanni Levi (Department of History, Venice University), Amedeo Bertolo (Libertarian Study Center, Milan)
Beziehungen
Eric Jacobson (Freie Universität, Berlin): *Anarchismus und Tradition*, Furio Biagini (University of Lecce): Chassidistische Einflüsse im jiddischen Anarchismus, Chaim Seeligmann (Yad Tabenkin Center, Tel Aviv): Utopismus, Messianismus and Säkularer Messianismus, Enrico Ferri (University of Rome): Jüdische Frage und Libertäre Perspektiven bei Max Stirner.

Kommunikation
Jacob Goren (Yad Tabenkin Center, Tel Aviv): Anarchistische Elemente im Proto-Judentum.

Samstag, 6. Mai, 9,30 - 13,00

Beziehungen
- Nathan Weinstock (Institut d'Etudes Juives, Bruxelles): Die jüdische libertäre Bewegung, Michael Löwy (CNRS, Paris): Anarchismus und Judentum in Mitteleuropa der Fall Franz Kafka, Rudolf De Jong (Instituut voor Sociale Geschiedenis, Amsterdam): Die anarchistische Debatte über Anti-Semitismus
Kommunikation
Gregorio Rawin (Schriftsteller, Buenos Aires): Die Jüdische Vernunftliga in Argentinien, Sylvain Boulouque (University of Reims): Assimilierte Juden im Europäischen Anarchismus: der Fall Bernard Lazare

Samstag, 15,00 - 19,30

Beziehungen
Mina Graur (University of Jerusalem): Zionismus und Anarchismus: die Debatte über jüdischen Nationalismus, Yaacov Oved (Yad Tabenkin Center, Tel Aviv): Anarchismus in den Kibbuzim, Siegbert Wolf (University of Frankfurt a/M): Die inttektuelle Beziehung zwischen Gustav Landauer und Martin Buber
Kommunikation
Birgit Seemann (University of Frankfurt): Anarcha-Feminismus und Judentum, Francis Shor (Wayne State University, Detroit): Jüdischer Anarchismus und Kommunitarismus: von Stelton zu Sunrise

Sonntag, 7.Mai, 11,00 - 13,00

Runder Tisch: die doppelte Identität mit: Judith Malina (New York), Hanon Reznikov (New York), Audrey Goodfriend (San Francisco), Jean-Marc Izrine (Toulouse), Kirill Limanov (Moscow), Sébastien Doubinsky (Copenhagen), Arturo Schwarz (Milan)

Kontakt: centro studi libertari
via Rovetta 27, 20127 Milano
tel. e fax 02 28 46 923
email : csl<eleuthera@tin.it>
http://www.club.it/biblo/archivio.pinelli

Übersetzung: wh

Das Schweizer Missverständnis über

Johann Georg Elser!

von Wolfgang Haug

Elser, noch vor Jahren ein fast unbeachteter schwäbischer Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus wurde in erster Linie Hitlerattentäter, weil er zu der Überzeugung kam, dass nur die »Beseitigung der augenblicklichen Führung« die Verhältnisse in Deutschland ändern könne.

Mit Attentaten hatte die deutsche Geschichtsschreibung und Öffentliche Meinung schon immer Schwierigkeiten, in der Nachkriegszeit genauso wie nach dem Deutschen Herbst. Zur negativen Legendenbildung haben sie alle beigetragen, die Gestapo vor allen Dingen, aber auch so renommierte Persönlichkeiten wie Pastor Niemöller, der als Mithäftling (und deshalb hervorragender Zeuge) 1946 Elser als »SS-Mann« und »Agent provocateur« verleumdete. Eine Aussage, die u.a. dazu führte, dass Elser auch in der DDR-Geschichtsschreibung nicht exisierte.

Nur langsam kam über eine NDR-Diskussion 1965 und eine Elser-Einschätzung des Engländers Stern in seinem Buch »Hitler. Der Führer und sein Volk« 1978, eine neue Einschätzung Elsers als überzeugten und bewußten Einzeltäter zur Geltung.

Trotzdem gelang nach und nach die Korrektur des Elser-Bildes:

1982 brachte Peter Paul Zahl den Elser als »Deutsches Drama« auf die Bühne, in seiner Heimatstadt Heidenheim wurde das Stück unter Zahls Regie sogar im Naturtheater aufgeführt, die dazu angefertigte schriftliche Fassung wurde im Nachhinein im Trotzdem-Verlag verlegt.

1989 feierte Elser in »Einer aus Deutschland« seine TV-Premiere, Klaus Maria Brandauer als Elser brachte der Person medienwirksam Glaubwürdigkeit als Einzelkämpfer gegen eine Diktatur, die 1938 durch das Münchner Abkommen und die Pogromnacht gezeigt hatte, zu was sie fähig sein würde und die - so Elsers Beschluß - 1939 durch eine Detonation im Münchner Hofbräuhaus wirksam erschüttert werden sollte. Der Schreiner Elser hat also, ganz im Gegensatz zu den weniger volksnahen Widerstandskämpfern um Stauffenberg bereits vor Kriegsbeginn das Schlimmste verhindern wollen. Sicherlich zu einer Zeit, in der seine Einstellung in Deutschland nicht mehrheitsfähig war, was ihn folgerichtig zu dem Schluß brachte, die Tat alleine planen und ausführen zu müssen.

Lange versuchte die Gestapo an einer Legende mit Verbindungen zum britischen Geheimdienst zu stricken, 130 Seiten Vernehmungsprotokolle sind noch heute nachlesbar, dass sie nicht das gewünschte Ergebnis beweisen konnten, mag mit ein Grund dafür gewesen sein, dem Elser erst nach dem »Endsieg« einen Prozess wegen Hochverrats machen zu wollen und ihn bis dahin ins KZ zu sperren.

Eine erste Biografie Helmut Ortners (1993) und vor allem der Heidenheimer Arbeitskreis zu Elser haben viel für die Rehabilitierung des Elser-Bildes getan. Mit der von ihm angestossenen großen Ausstellung in der Berliner Gedenkstätte Deutscher Widerstand (in der Stauffenbergstrasse 13-14) wurde Elser 1997 als »weitsichtiger Mann aus dem Volk« endgültig zum akzeptierten Teil der deutschen Widerstandsgeschichte. Diese Ausstellung wurde als Dauerleihgabe an Elsers Geburtsort Königsbronn gegeben und ist dadurch weiterhin öffentlich zu besichtigen. 1998 folgte eine Vertonung der Elser-Story durch den Bremer Bernd M. Krause und Ende 1999 eine empfehlenswerte Biografie von Hellmut G. Haasis, der immerhin den etablierten Rowohlt-Verlag dazu gewinnen konnte, »Den Hitler jag' ich in die Luft« zu verlegen.

Elser hatte das Attentat fast ein Jahr lang minutiös vorbereitet, seine Erfahrungen als Schreiner und Steinbrucharbeiter brachten ihm die Fähigkeiten alles Notwendige alleine zu beschaffen und auszuführen. Seine Entscheidung, den Sprengsatz in eine Höhlung eines Pfeilers einzubauen, nötigte ihn ab dem 8. oder 9. August wochenlang auf den Knien zu arbeiten – die entzündeten Knie aber wurden ihm schließlich zum Verhängnis und führten nach ihrer Entdeckung zu seinem Geständnis.

Gescheitert ist Elser's Versuch nicht an seinem Unvermögen. In der Nacht zum 6.November stellte er den Zeitzünder (über die genaue Bauweise finden sich in Haasis Buch ausführliche Angaben) auf den 8.November ein, am Jahrestag des Hitlerputsches würde Hitler eine Rede halten, um 21.20 Uhr sollte die Bombe, die mit zwei Weckern abgesichert war, explodieren.

Sie explodierte und brachte das Hofbräuhaus zum Einsturz – 13 Minuten nachdem Hitler, der seine Rede frühzeitg beendet und den Saal verlassen hatte.

Elser, der mit dem Rotfrontkämpferbund sympathisierte aber kein Parteimitglied war, scheiterte auch nicht an ideologischen Rücksichtnahmen und war beispielsweise durch den Hitler-Stalin-Pakt vom 23.August, der die Parteikommunisten verunsicherte, nicht von seinem Vorhaben abzubringen.

Doch wenn Elser seine Tat so präzise vorbereiten und ausführen konnte, warum ist ihm dann nicht die Flucht in die Schweiz geglückt? Wenn niemand eingeweiht war, wie konnte er entdeckt werden? Hatte er diesen Aspekt vernachlässigt?

Hier liegt die Stärke und das Neue von Haasis' Biografie, sie verfolgt auch die wenig bekannten Fragen, sucht nach zeitgenössischen Quellen in der Schweiz und widmet auch der Zeit im KZ Sachsenhausen und seiner Ermordung im KZ Dachau jeweils ein Kapitel.

Bereits im 2. Kapitel widmet sich Haasis der gescheiterten Flucht. Anstatt am 6. November, nach der Einstellung des Zeitzünders, zu fliehen, fuhr Elser nach Stuttgart, um sich von seiner Familie zu verabschieden, ohne Angabe von Gründen meinte er, er müsse »über den Zaun« (Grenze), am 7. fuhr er gar nach München zurück, der penible Arbeiter wollte nocheinmal die Funktionsfähigkeit des Zünders prüfen. Am 8. um 6.30 Uhr verlässt er - wie gewohnt – durch den Notausgang zur Kellerstrasse das Hofbräuhaus und frühstückt erstmal am Isartor. Erst um 10 Uhr fährt er mit der Bahn

nach Ulm, von dort nach Friedrichshafen und mit dem Schiff um 18.30 Uhr nach Konstanz, von wo aus er über die Schweizer Grenze will. Haasis macht deutlich, dass die Fehler, die Elser anscheinend passieren, bereits im Vorfeld angelegt waren. So gut wie Elser Hitlers Gefährlichkeit einschätzte, so schlecht scheint er den Status der scheinbar neutralen Schweiz eingeschätzt zu haben. 1938 hatte sich Elser den Grenzbereich angeschaut, damals war alles unbewacht, doch nun nach Kriegsbeginn hatte sich die Lage natürlich verschärft. Da Elser auch bei seiner Flucht niemand hineinziehen wollte, nahm er keine Hilfe, etwa kommunistischer Fluchthelfer in Anspruch, sondern versuchte allein über die Grenze zu kommen. Ohne sich um eine mögliche Grenzpatrouille zu kümmern, wandert Elser zum Garten des Wessenbergheims in der Schwedenschanze und versucht über den Stacheldraht zu kommen. Die Grenzer Rieger und Zipperer nehmen ihn fest. Eine erste Durchsuchung förderte diverse kompromittierende Dinge zu Tage wie z.B. Zettel über Aufzeichnungen der Herstellung von Granaten und Zündern, Härte- und Hitzegrade, den Bestimmungsort von Munitionskisten, Teile eines Zünders, eine Ansichtskarte des Bürgerbräukellers, sein früheres Rotfrontkämpfer-Abzeichen etc.

Alles Dinge, die er vernünftigerweise nicht hätte bei sich tragen dürfen, wenn damit nicht eine politische Absicht verbunden gewesen wäre. In diesem Sinne ist Haasis' Einschätzung zuzustimmen, dass sich Elser hier nicht leichtsinnig oder dumm angestellt hatte, sondern dass er vorhatte in der Schweiz um politisches Asyl zu bitten und mit seinen mitgebrachten Utensilien den Beweis dafür antreten wollte. In diesem Sinne hatte Elser die neutrale Unabhängigkeit der Schweiz falsch eingeschätzt und die Frage, ob er nach einer geglückten Flucht nicht doch an Hitler-Deutschland ausgeliefert worden wäre und ihn sein Schicksal gleichfalls ins KZ und in den Tod geführt hätte, muss man wohl oder übel mit Ja beantworten.

Hellmut G. Haasis
»Den Hitler jag' ich in die Luft«
Der Attentäter Georg Elser
eine Biografie
270 S., Rowohlt-Verlag Hamburg 1999
Der Autor ist jederzeit zu Lesungen bereit und kann über den SF kontaktiert werden.

Die Überraschung der MarxistInnen

»Die Zapatisten ergeben sich nicht. Stop und Ende.«

Die aktuelle Version von Hauptmanns Weber, die der Regisseurs Frank Castorf an der Berliner Volksbühne inszeniert hat, endet mit diesen Worten. In Kostüm und Sprachduktus klassischer Guerilla-Bewegungen hat der Aufstand in Chiapas mittlerweile also die deutschen Theaterbühnen betreten. Ob der Süden Mexikos dadurch das Bewußtsein metropolitaner BildungsbürgerInnen erreicht, bleibt angesichts gekünstelter Politphrasen und echter Ziegen auf deutschen Bühnen aber fraglich. Besser dazu angetan, das zu vermitteln, was am zapatistischen Politikverständnis neu oder anders ist, als das Althergebrachte, ist vielleicht doch das Medium Buch. Anspruch des vorliegenden Sammelbandes von Ulrich Brand und Ana Esther Cecena ist es, die Debatten, die in Mexiko und dort vor allem in der Zeitschrift »Chiapas«, um den Zapatismus geführt werden, für die deutsche Diskussion fruchtbar zu machen. Angesprochen ist dabei explizit die sozialwissenschaftliche scientific community.

Bestimmte Lehren, die zapatistische Politik dabei vermitteln könnte, gibt es nicht. Anne Huffschmid beschreibt in ihrem Beitrag anschaulich, wie im Zapatismus Lehrformeln durch Leerformeln ersetzt werden. An die Stelle universeller Zukunftsentwürfe ist die programmatische Dekonstruktion sinnentleerter Begriffe getreten. Zugleich bietet die Rekonstruktion politischer Inhalte im Diskussionsprozeß die Möglichkeiten, mit den eigenen Vorstellungen am Zapatismus diskursiv anzudocken. Insofern ist die Diskursanalyse, in der Huffschmid auch die Vielfalt der Zapatismus-Fans von rechten Intellektuellen bis zur autonomen Szene materialreich schildert, sicher einer der gewinnbringendsten Aufsätze des Buches. Ob der Zapatismus aber tatsächlich hauptsächlich in seiner Rezeption entsteht, bleibt umstritten.

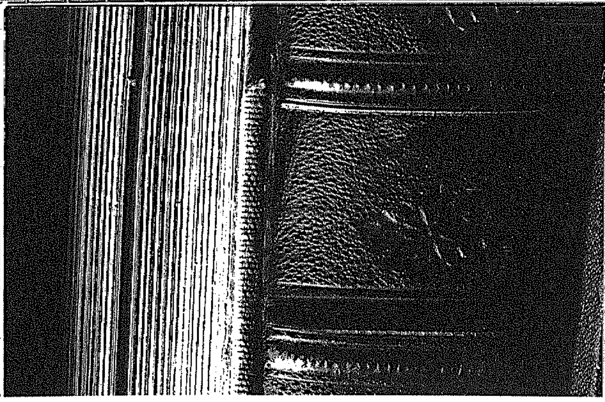
Gewissermaßen den Gegenpol zur postmodernen Auffassung der TAZ-Korrespondentin Huffschmid stellt der neomarxistische Ansatz John Holloways dar. Holloway, Politikprofessor in Puebla, hält am Marx'schen Entfremdungsbegriff und damit am modernen Subjekt fest. Das spezifisch Neue am Zapatismus sieht er darin, die »zu oft unterschlagene Kehrseite« der Entfremdung zum zentralen Motiv zu machen, nämlich den Begriff der Würde. Holloway versteht den Begriff als permanent umkämpften, als Kampfansage auch gegen die verordnete Passivität des Entfremdet-Seins. Der zapatistische Kampf um Würde ist deshalb nicht zufällig antistaatlich, ein Kampf gegen die Definitionsmacht und gegen das begrenzende jeder Definition selbt. Die Würde, sagt Holloway, »ist ein Angriff auf die Trennung von Moral und Politik«. Damit ist sie inhaltlich sehr in die Nähe des anarchistischen Freiheitsbegriffes gerückt.

Überhaupt ist das Thema Anarchismus im Zusammenhang mit Zapatas Erben nach wie vor so naheliegend wie ausgespart. Die freudige Überraschung, die viele MarxistInnen angesichts zapatistischer Theorie und Praxis heute veröffentlichen, hielte sich sicherlich in Grenzen, wenn sie sich früher mit libertären Ideen befaßt hätten. Denn vom Delegationsprinzip des »gehorchend Befehlens« über die Ablehnung der Staatsmacht bis zum subjektiven Faktor, den Holloway und Cecena im Politikverständnis der Zapatistas betonen – wer Bakunin und vor allem Gustav Landauer gelesen hat, der oder dem kommt auch das nicht allzu fremd vor.

Der Band knüpft an Beiträge des Buches »Chiapas und die Internationale der Hoffnung« (Köln 1997) an und greift viele Gedanken auf, die bereits in einem Reader vorgestellt wurden, den der AStA der FU Berlin ebenfalls 1997 herausgegeben hatte (»Chiapas und die Linke«). Neu ist aber in jedem Fall der gelungene, systematische Versuch, die akademischen Debatten, die in Mexiko über den Neozapatismus geführt werden, für die hiesige Diskussion zugänglich zu machen. Dafür, dass diese Auseinandersetzungen hier zu Lande auch in Gang kommen, ist mit dem Verlag Westfälisches Dampfboot zumindest schon mal der richtige Publikationsort gewählt. Falls es also zu keiner Rezeption an deutschen Soziologie-Instituten kommt, liegt es daran schon mal nicht. Bleibt noch der Theater-Besuch.

Jens Kastner

Ulrich Brand und Ana Esther Cecena (Hg.): Reflexionen einer Rebellion. »Chiapas« und ein anderes Politikverständnis; Münster 2000 (Verlag Westfälisches Dampfboot), 327 S. 39,80DM.



Die Stadt als Beute

von Jürgen Mümken

Die Städte verwandeln sich seit Beginn der 90er Jahre zunehmend von Produktionsstandorten zu Konsumlandschaften. Die Bedingungen des städtischen Handelns haben sich durch die Restrukturierung der Ökonomie innerhalb des globalen Kapitalismus radikal verändert. Städte werden zunehmend nicht mehr als kommunale Verwaltungseinheiten, sondern als Unternehmen gesehen, die dann wie eben solche geführt werden sollten. Innerhalb des Prozesses der Globalisierung entstehen Wohlstandsenklaven und Armutsinselns - auch innerhalb der Städte, die bestehende soziale und ökonomische Differenz wurde weiter verschärft. Medien und Politik beschwören den Verfall der städtischen Kultur durch Verwahrlosung und Kriminalität. Die zunehmenden Brüche und Polarisierungen in der neoliberalen Gesellschaft werden mit einer Politik der »Inneren Sicherheit« bearbeitet.

In Die Stadt als Beute habe Klaus Ronneberger, Stephan Lanz und Walther Jahn von spacelab die zentralen Veränderungen und Diskurse der Stadt und des Städtischen zusammengefaßt. Mit dem Ende des Fordismus wurde auch das politische Ziel der Angleichung der Lebensverhältnisse aufgegeben, der Länderfinanzausgleich steht zur Disposition. Es findet ein neue Hierarchisierung nicht nur des transnationalen sondern auch des nationalen Städtesystems statt. Diese bedeutet auch für die kommunale Politik einen Abschied vom Sozialstaat, weg von der Daseins-Fürsorge zum Unternehmen Stadt. Innerhalb der transnationalen und nationalen Städtekonkurrenz gewinnen sogenannte weiche Standortfaktoren an Bedeutung. Hamburg z.B. versuchte in den 80er und 90er Jahren durch eine kulturelle Aufrüstung (Cats, Phantom der Oper) Punkte gegenüber anderen Metropolen zu sammeln. Berlin hoffte durch die Hauptstadtwerdung zu einer Dienstleistungsmetroplen und zum Tor nach Osteuropa zu werden, doch in Berlin blieb von diesen Träumen nichts übrig.

Innerhalb der neoliberalen Ökonomie und transnationalen Arbeitsteilung hat eine Deindustrialisierung der Städte stattgefundenen. Die Städte wandeln sich von Produktionsstandorten zu Erlebnislandschaften, in dessen Zentrum Konsum und kommerzielle Kultur stehen. Die Stadt wird nicht nur wie ein Unternehmen geführt, sondern sie bietet sich auch als Warenkorb an. Innerhalb der Erlebnisstadt geraten zentrale städtische Räume immer mehr unter privater Kontrolle oder verwandeln sich zu Produkten der symbolischen Ökonomie. Die Unterhaltungs- und konsumkomplexe entwickeln sich zu Orten der Repräsentation, in denen sich zwar neue urbane Identitäten formieren, allerdings wird dabei städtische Publikum auf seine Rolle als VerbraucherIn oder KundIn beschränkt bzw. reduziert. Die Transformation der Metropolen von Produktions- in Erlebnislandschaften vertieft somit die vorherrschende gesellschaftliche Entwicklung, städtische Territorien nach hierarchischen Mustern zu ordnen und ausgewählte Gruppen zu verdrängen oder auszugrenzen. Die Folge sind zum einen Vertreibungspolitiken, die sich gegen u.a. BettlerInnen, Obdachlose, DrogenkonsumentInnen richten, und zum anderen die Ausdehnung vor Orten der kontrollierten Zerstreuung, darunter fallen Stadtgalerien, Malls, Themen- und Erlebnisparks. Diese neuen Orte eines kontrollierten Erlebens versuchen die Atmosphäre und das Image eines traditionellen Stadtplatzes zu erzeugen, der gemeinhin mit Kommunikation, Öffentlichkeit und Spektakel gleichgesetzt wird. Durch die private Organisierung pseudo-öffentlicher Räume - wie Malls, Einkaufszentren, Erlebnis- und Themenparks - werden die klassischen Orte der Öffentlichkeit (Straße, Platz, Park) ersetzt. Diese neuen Räume sind als eingegrenzte und ausgrenzende gesellschaftliche Bereiche zu verstehen. In den Themenparks und Malls wird eine Art von Öffentlichkeit produziert, die sich am Mythos der heilen Kleinstadt orientiert: keine Gewalt, keine Obdachlosen, keine Drogen. Visuelle Kohärenz, räumliche Kontrolle und privates Management lassen die Themenparks und Malls als Idealtypen eines neuen öffentlichen Raumes erscheinen, der der Mittelklasse-Norm einer »cleanen Erlebniswelt« entspricht. Die Innenstädte sollen in diesem Prozeß ebenfalls in ein sauberes, störungsfreies Konsum- und Erlebniscenter verwandelt werden. Die neue städtische Armut und die verschiedenen subkulturelle Submilieus werden in diesem Prozeß ausschließlich als Störung einer relaxten Konsumathomsphäre gesehen. Mit Hilfe von z.B. Gefahrenabwehrverordnungen z.B. und mit Hilfe von privaten und staatlichen Sicherheitsdiensten sollen unerwünschte Gruppen aus den Innenstädten vertrieben werden. Dabei geht es um sozialrassistische bzw. sozialhygienische Maßnahmen zur »Zerschlagung« der offenen Drogenszene, die Vertreibung von Obdachlosen und BettlerInnen oder die Schikanierung von jugendlichen MigrantInnen. Ebenfalls wird der Blick auf die angebliche Unsauberkeit der Städte gelegt. Nach dem Vorbild der »Null-Toleranz«-Strategie der New Yorker Polizei wird der Blick verstärkt auf Verhaltensweisen gerichtet, die bisher von keiner strafrechtliche Relevanz waren, wie Schwarzfahren oder öffentliches Urinieren. Ebenfalls wird dem Vandalismus und dem Grafittisprayen mehr Aufmerksamkeit gegeben.

Klaus Ronneberger / Stephan Lanz / Walther Jahn
Die Stadt als Beute
1999 - 240 Seiten
Dietz Taschenbuch - 24,80 DM

Nationalsozialistische

Säuglingspflege

Eine frühe Erziehung zum Massenmenschen

von Gregor Dill

Wer sich für Informationen über den ideologischen Zugriff nationalsozialistischer Institutionen auf Kinder nicht verfolgter Eltern interessiert, findet leicht eine Vielzahl von Untersuchungen, die sich jedoch alle entweder auf die Schule oder auf die Hitler-Jugend beziehen. Über das Schicksal der Kinder im Vorschulalter schweigt sich die Literatur hingegen weitgehend aus. Wie sich im folgenden Text zeigen wird, steht der dadurch hervorgerufene Eindruck, während der ersten Lebensjahre wären die Kinder in einer beschützten, von Staat und Partei unberührten privaten Nische aufgewachsen, durchaus im Gegensatz zu den greifbaren Quellen. Nicht nur Lehrer und HJ-Führer waren damals aufgefordert, eine den politischen Zielen des Nationalsozialismus zweckdienliche Erziehungsarbeit zu leisten, sondern auch die Mütter. Schule, Jugendbund und Elternhaus waren die drei Standbeine, auf welchen sich die Erziehung der Kinder zu vollziehen hatte.

Die in der Zeit des Nationalsozialismus bereits früh verfolgte Erziehung zum Massenmenschen fußte nicht nur auf den heute ausführlich dokumentierten Grundzügen der NS-Pädagogik und der NS-Medizin, sondern ebenfalls auf einem Rückgriff auf umfassende sozialpsychologische Kenntnisse der Nationalsozialisten. Der Massenkult als Erziehungs- und Disziplinierungsdoktrin des Nationalsozialismus nahm Bezug auf die Ideen der Massenpsychologie, einer kurz vor der Jahrhundertwende von dem Franzosen Gustave Le Bon begründeten Wissenschaftsdisziplin, die während der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts auch in Deutschland auf großes Interesse stieß.

Le Bons wichtigste Schrift, die 1895 erschienene »Psychologie des foules«, mündete in den Befund, daß sich die psychologischen Zustände des Einzelnen innerhalb und außerhalb einer Masse fundamental von einander unterscheiden würden. Während der Mensch jenseits des Einflusses einer Masse im Normalfall nach Maßgabe seiner Vernunft handelte, verlöre der Massenmensch, unfähig, logisch zu denken, seinen eigenen Willen und damit auch seine Persönlichkeit. In der Masse sei die Vernunft ausgeschaltet, und der Begriff des Unmöglichen würde schwinden. Unterschiedliche Individuen würden in der Masse »vergesellschaftet«, das Ungleichartige versänke in der Gleichartigkeit. Meinung und Gedanken aller Massenmitglieder orientierten sich nach derselben »Richtung«. Der Massenmensch sei nicht mehr Herr seiner selbst: »Il n'est plus lui-même, mais un automate que sa volonté est devenue impuissante à guider.« (Er ist nicht mehr er selbst, sondern ein Automat, dessen Willen ihn nicht mehr zu leiten fähig ist.)

Le Bon ließ deutlich durchblicken, worauf seine Beobachtungen des Massenverhaltens hinausliefen. Da die Masse unfähig sei, eine eigene Meinung zu vertreten, außer jener, die ihr eingeflößt werde, repräsentiere die Kenntnis der Massenpsychologie in der »ère des foules«, so lautete sein Postulat, das letzte Hilfsmittel für den Staatsmann. Wer die Bilder kontrolliert, in welchen die Massen denken, entscheidet, was die Massen tun werden: »Seules les impressions qu'on fait naître dans leurs âme peuvent les séduire.« (Nur die Eindrücke, die man in ihren Seelen gedeihen läßt, können sie verführen). Da die Masse als Spielball äußerer Reize und als »esclave des impulsions reçus« (Sklave der erhaltenen Impulse) für rationale Argumente unempfänglich sei, erforderte die Kunst, zu ihr zu sprechen, besondere Fähigkeiten, die auf den Mitteln der Täuschung basierten: »Qui sait les illusionner est aisément leur maître; qui tente de les désillusionner est toujours leur victime.« (Wer ihnen Illusionen vorzugaukeln vermag, ist schnell ihr Meister; wer versucht, sie zu desillusionieren, ist ihr Opfer).[1]

Die Psychologie des foules, damals gedacht als Aufforderung an die französischen Politiker des fin de siècle, die Gesetze der Massenpsychologie anzuerkennen und mit ihrer Hilfe Frankreich unter Beibehaltung der bestehenden gesellschaftlichen Ordnung zu stabilisieren, wurde von Politikern in aller Welt dankend zur Kenntnis genommen. Auch in Deutschland stieß die Psychologie der Masse auf reges Interesse. 1932 wurde am Institut für Psychologie der Universität Bonn eine Vorlesungsreihe abgehalten unter dem Titel Politische Psychologie als angewandte Psychologie an Hand von Hitlers »Mein Kampf«. Bezug nehmend auf die Lehren Gustave Le Bons, behauptete Professor Walther Poppelreuter, Leiter der Veranstaltung und überzeugter Nationalsozialist, Mein Kampf sei, formal gesehen, ein Lehrbuch für »angewandte Massenpsychologie«:

»Man vergleiche etwa das an sich gute Buch des französischen Sozialpsychologen Le Bon (»Psychologie der Masse«) oder die neuen Veröffentlichungen, auch die der Psychotechnik über »Menschenbeeinflussung«, »Werbung« usw. mit »Mein Kampf« – man wird erstaunt sein, festzustellen, wie sehr Hitler nur auf Grund seiner psychologischen Begabung nicht nur »intuitiv« dasselbe neu gefunden hat wie die Wissenschaft vorher, sondern auch die Wissenschaft wesentlich ergänzt und, was noch mehr zu bewundern ist, alle seine Erkenntnisse in die Tat umgesetzt hat. (...) Wollte man Hitler übel, so könnte man durch geschickt perfides Zitieren scheinbeweisen, daß er als ein »Mann des kältesten Verstandes« die NSDAP mit Hilfe der »angewandten Massenpsychologie« werbepsychologisch so aufgezogen hätte, wie ein amerikanischer Propagandachef den Vertrieb eines neuen Massenartikels für den Massenkonsum. (...) Bei der angewandten Massen- und Propagandapsychologie ging es aber Hitler nicht um eine Hautcrème und

Profit, sondern um ein neues Deutschland!«

Bevor Hitler auf eine Masse erfolgreich einwirken konnte, mußte eine solche zuerst existieren: »Der Führer braucht und will die Masse!«, faßte Poppelreuter zusammen. Psychologisch analysiert handelte es sich beim Verhältnis von Geführten zu ihrem »Führer« um ein »Liebesverhältnis«. Auch vermittelte eine psychologische Masse den einzelnen Menschen in ihrer Beziehung zueinander die »Stimmung einer harmonischen Gleichbeschaffenheit« sowie den Eindruck, »sich eins zu fühlen mit den anderen Kameraden«. Es sei gerade dieses angenehme Gefühl der Liebe und des »Einsseins«, das eine freiwillige Unterordnung unter Vorgesetzte erträglich erscheinen lasse und das »Zurückstellen des eigenen revoltierenden Ich gegenüber den nun einmal notwendigen äußeren Kommandogewalten« garantieren würde. Die freiwillige Subordination unter einen gebilligten und geliebten Führer sei der »Sinn der neuen deutschen politischen Entwicklung«.[2] Um Vertrauen zu gewinnen, sollte jeder »Führer« seine autoritäre Vorgesetztenhaltung durch den Schein der Freundschaft zu ersetzen, führte Poppelreuter weiter aus. Er sollte sich seinen Untergebenen gegenüber glaubhaft als Freund, Vertrauter und Beschützer zu erkennen geben und hatte sich damit quasi mit jenen Qualitäten auszustatten, die jeder guten Mutter eigen sind.

Verfolgt man diesen Gedanken weiter und betrachtet man die Tendenzen der nationalsozialistischen Säuglingspflege vor dem Hintergrund der massenpsychologischer Überlegungen, so fällt auf, daß der Beziehung des in der Masse gebundenen Menschen sowohl seinen Vorgesetzten als auch den übrigen Massengliedern gegenüber Qualitäten zugeschrieben wurden, die man gleichzeitig bei der Beziehung zwischen Mutter und Kind im Keim zu ersticken versuchte: Nähe, Freundschaft, Liebe und das Gefühl von Geborgenheit. Im Kampf um den psychologischen Zugriff auf die Kinder war es demnach naheliegend, die Mütter als Konkurrentinnen aufzufassen.

Im 1938 erschienenen Ratgeber Deutsche Mutter und deutscher Aufstieg schrieb der einflußreiche Tübinger Gynäkologe August Mayer, in den Müttern und Kindern seien den Frauenärzten das »wertvollste nationale Gut« anvertraut, aus welchem die »Hände, die Köpfe und die Herzen der Zukunft« hervorgingen. Da der Arzt nicht mehr nur »Anwalt des Einzelnen« sei, sondern neu eine Funktion als »Hüter der Volksgesundheit« auszuüben hätte, würde dem modernen Geburtshelfer eine noch verantwortungsvollere Aufgabe zu als früher zufallen.

Neben zahlreichen anderen Beispielen dokumentieren August Mayers Ausführungen, daß sich Gynäkologie, Geburtshilfe und Kinderheilkunde als medizinische Spezialgebiete besonders deutlich dem antiindividualistischen, auf eine Integration des einzelnen in die »Gesamtheit« ausgerichteten Programm der NS-Medizin, NS-Pädagogik und der Massenpsychologie verschrieben haben. Daß es sich dabei aber nicht lediglich um affektive Anpassung, sondern um bewußte Mitarbeit handelte, vermag die Tatsache zu verdeutlichen, daß Mayer in seinem Ratgeber mehrmals auf Gustave Le Bons Psychologie der Masse Bezug genommen hat.[3]

Mayers ebenfalls in Tübingen lehrender Kollege Walter Birk sprach von einer »bewußten Hinführung des Kindes auf eine nationalpolitische Erziehung« und war aufrichtig davon überzeugt, eine solche bereits in der Neugeborenenperiode einleiten zu können. Denn ein noch in der Entwicklung begriffenes Seelenleben sei »unter allen Umständen leichter beeinflußbar«, als wenn man versuchten wollte, ein »bereits fertiges wieder umzuformen«:

»Was das Säuglingsalter anbetrifft, so will ich mich darauf beschränken, kurz zu betonen, daß es bereits beim ganz jungen Kind eine Erziehung gibt. Wenn wir den Säugling von vornherein daran zu gewöhnen bestrebt sind, daß er sich mit 5 Mahlzeiten am Tag zufrieden gibt und nicht 10 verlangt, daß er nur am Tag trinkt und nicht auch in der Nacht, daß er alle Tage um die gleiche Zeit seine Nahrung nimmt und nicht, wann es ihn gerade paßt - so ist das alles nicht bloß Ernährung, sondern auch Erziehung, und zwar Erziehung zum Gehorsam.«[4]

Viele Frauen- und Kinderärzte waren sich nicht nur darin einig, daß die ersten erzieherischen Massnahmen gleich nach der Geburt vorgenommen werden müßten, sondern gelangten darüber hinaus zur Überzeugung, daß Regelmäßigkeit in der Ernährung das wirksamste Erziehungsmittel in der Neugeborenenperiode darstellte.[5] »Die Erziehung setzt am ersten Lebenstag ein«, lehrte auch das vom Reichsgesundheitsamt herausgegebene offizielle Handbuch für Hebammen: »Vorerst ist es die Erziehung zur Regelmäßigkeit. Damit beginnt die Unterwerfung des Kindes unter den Zwang des Lebens.«[6] Der Hamburger Professor für Pädiatrie, Rudolf Degkwitz, verfolgte mit der Erziehung zur Regelmäßigkeit das Ziel, beim Säugling eine ganz spezifische Fähigkeit auszubilden, nämlich das Vermögen, »Unlustgefühle zu bezwingen und die Opfer auf sich zu nehmen, die das Gemeinschaftsleben mit sich bringt«:

»Wenn die Fütterungszeit herannaht, wenn ihn eine Windel drückt oder ihm eine eingenäßte Windel Unbehagen verursacht, alarmiert der Säugling je nach seinem Temperament mehr oder weniger heftig seine Umgebung. Das darf kein Anlaß sein, die Ruhepausen abzukürzen oder zu unterbrechen, und vor allem dann nicht, wenn die Art des Schreiens nicht nur Kummer und Hilflosigkeit, sondern Zorn verrät. (...) Wird umgekehrt verfahren und der Säugling, sobald er schreit, aus dem Bett genommen, trocken gelegt, gefüttert und umhergetragen, werden sein Schreien und seine Temperamentsausbrüche die Ursache dafür, daß Unlustgefühle in Lustgefühle verwandelt werden, so wird er diese Entdeckung ebenso, wie jede andere Neuentdeckung, stereotyp immer und immer wiederholen. (...) Bleibt der Erzieher trotz der Temperamentsausbrüche des Säuglings bei seinem Pflegeschema, so hören diese bald auf und der Säugling lernt von vornherein, was jedes soziale Wesen lernen muß: Unlustgefühle zu ertragen, ohne andere damit zu belästigen.«

Während der gesamten Säuglingszeit sei Regelmäßigkeit von größter Wichtigkeit, merkte Degkwitz an. Denn der Mensch hätte während der ersten Phase seines Lebens eine rein passive Rolle zu spielen: »Er ißt nicht, sondern wird gefüttert, er schläft auch nicht, sondern er wird schlafen gelegt.« Jeder Versuch des Säuglings, gegen diese Prinzipien zur verstoßen, sei ausnahmslos zu unterbinden.

Degkwitz' Erziehungsziel bestand darin, die »lebensscheuen Eigenbrötler« psychologisch zur »Bindung an die Gemeinschaft« zu bewegen.[7] Daß Degkwitz dabei über ein sehr differenzierte massenpsychologische Kenntnisse verfügte und diese als Pädiater mit Pflege- und Erziehungsfragen verknüpfte, dokumentiert eine von ihm erst nach dem Krieg herausgegebene Schrift, die als (reichlich

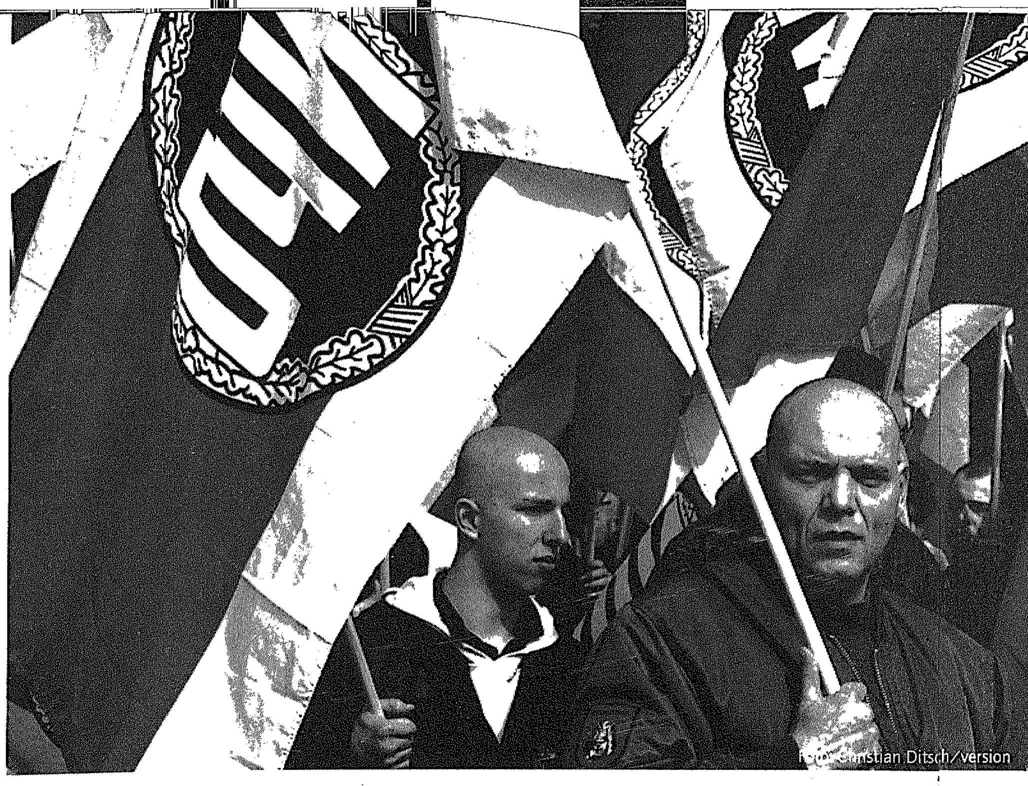


Foto: Christian Ditsch/version

späte) Abrechnung mit dem »Dritten Reich« gedacht war. Eine »vertiefte Kenntnis der Massenpsychologie« habe es dem Nationalsozialismus erlaubt zu erreichen, daß die Menschen »in der Masse und als Masse« dächten. Seine Führer seien »Meister der Lüge« gewesen und hätten den Menschen »ganz bewußt bestimmte Gefühle« vorgespielt, um sie sich zu unterwerfen. Wer diese »Mechanik der Massenbildung« nicht durchschaut hätte, habe ihr kaum widerstehen können. Denn: »Von Massenbewegungen mitgerissen zu werden, sein Ich aufzugeben und in der Masse unterzutauchen, ist meist mit starken Lustgefühlen verbunden.«[8]

In einem 1936 erschienenen Aufsatz über Knabenerziehung sprach der Berliner Pädagoge Hans Stock von einem »freiwilligen Drang eines gesunden Jungen aus der Familie fort zur bündischen Gemeinschaft hin«. Dieser »freiwillige Drang« dürfe keinesfalls durch eine »falsche Erziehung irregeleitet« werden. Kinder, welchen bereits in der Familie starke Gefühle der Zusammengehörigkeit und der Freundschaft vermittelt würden, hätten später nur ein geringfügiges Interesse daran, bündisch-kameradschaftliche Beziehungen einzugehen. Denn nur dort, wo das Familienleben »langweilig und leer« sei, werde das »Erlebnis des Bundes für den Jugendlichen zur Erlösung«. Unter diesem Gesichtspunkt, führte Stock weiter aus, bestünde zwischen Familie und Hitlerjugend ein »spannungsreicher Unterschied«. Die Erziehung im Jugendbund bildete zur Familienerziehung den »äußersten Gegenpol«.[9]

Im Selbstverständnis der Säuglingspädagogik und Kleinkindererziehung standen sich Familie und Jugendorganisation als Konkurrentinnen gegenüber. Um dieses Konkurrenzverhältnis zugunsten der Hitler-Jugend zu entscheiden, bot sich eine eigentümliche Säuglings- und Kleinkinderpflege an, vermittels welcher Gefühle der Freundschaft und der Geborgenheit systematisch von der Kinderstube ferngehalten werden konnten, um dadurch den Jugendformationen generell das Monopol für positive soziale Erfahrungen zu überlassen. Provozierte Entfremdung schon im Säuglingsalter, ergänzt durch körperliche und seelische Isolation im täglichen Kampf zwischen Mutter und Kleinkind sollten eine gewünschte Absenz enger zwischenmenschlicher Beziehungen innerhalb der Familie garantieren. Jeglicher Form von Zuneigung und freundschaftlichem Umgang beraubt, konnte ein regelkonform gepflegtes Baby auf diese Weise dazu gezwungen werden, seine Bedürfnisse nach liebevoller sozialer Interaktion zurückzustellen, bis sie sich im Laufe der ersten Lebensjahre zu einer krankhaft heißen Sehnsucht nach einer großen und harmonischen Gemeinschaft pervertierten. Vor dem Hintergrund differenzierter massenpsychologischer Kenntnisse bot sich eine Beeinträchtigung der Mutter-Kind-Beziehung als Instrument an, auf welchem der Rattenfänger schließlich seine Melodien spielten konnte. Was den Kindern während ihrer ersten Lebensjahre vorenthalten wurde, – das Gefühl der familiären Gemeinschaft –, sollte erst später innerhalb der Parteiformationen durch von großen Gemeinschaftserlebnissen erzeugte 'Lustgefühle' kompensiert werden.

Aus dem Organisationsbuch der NSDAP geht hervor, daß sogenannte »NS-Kindergruppen«, vorgesehen für alle »arischen« Jungen und Mädchen im Alter von sechs bis zehn Jahren, die »erste nationalsozialistische Gemeinschaft« des kindlichen Lebens darzustellen hätten. Die Einrichtung von »NS-Kindergruppen« war zwar geplant, wurde aber nicht umgesetzt. Eine umfassende Eingliederung in die Parteiorganisationen erfolgte erst im Alter von zehn Jahren mit dem Beitritt zum »Jungvolk«. In der Hitler-Jugend sei niemand einsam und verlassen, versprach Baldur von Schirach 1938 anläßlich der Aufnahme der Zehnjährigen am »Führergeburtstag«, und brachte damit zum Ausdruck, was die liebeshungrigen Kinder erwartete: das beglückende Erlebnis und das herrliche Gefühl der großen Gemeinschaft.

Die Hitler-Jugend präsentierte sich als ein Eldorado für emotional verwahrloste Kinder. Jungen Menschen, die sich in ihrem Elternhaus nie oder nur selten geborgen fühlten, sollte die Mitgliedschaft in der Hitler-Jugend als ihre bisher attraktivste soziale Erfahrung erscheinen. Entsprechend den Grundsätzen nationalsozialistischer Pädagogik sollte das Bedürfnis nach intensiver sozialer Interaktion zunächst ignoriert und später umgebogen werden, um es der psychologischen Eingemeindung ins »Volksganze« dienbar zu machen.

Wie sehr sich die Theorie einer frühkindlichen Erziehung zum Massenmenschen in sozialpolitischen Strukturveränderungen niedergeschlagen hat, verdeutlicht die Expansion von staatlich kontrollierten Mütterberatungsstellen und Mütterschulungskursen, die, einen monopolartigen Geltungsanspruch vertretend, mit einer politisch motivierten Zurückdrängung konkurrierender Einrichtungen einherging. Als »scharf geschliffenes Instrument der Partei zur Eroberung der Familie«[10] sollten diese Einrichtungen dazu beitragen, die Befolgung einer an neuen Grundsätzen orientierten Säuglingspflege reichseinheitlich durchsetzen.

Auch die Vereinheitlichung der Ausbildung von Hebammen und Säuglingsschwestern sowie die mysteriöse Kampa-

gne gegen die Anstaltsentbindung werden erst vor dem Hintergrund der Motive verständlich, welche eine spezifisch nationalsozialistischen Säuglingspflege verfolgte. Im Herbst 1934 wurden in einem Runderlaß des Innenministeriums fünf Gründe gegen die Anstaltsentbindung und für die Bevorzugung der Hausgeburt vorgebracht: Von der Entbindung im eigenen Heim erhoffte man sich eine Zunahme des Familienzusammenhalts, eine Senkung der Arbeitslosigkeit von Hebammen, eine Bannung der Infektionsgefahr, die Förderung des Stillwillens sowie die Einsparung von Kosten. Als konkrete Maßnahme enthielt der Erlaß die Weisung, Neugründungen von Entbindungsanstalten entgegenzutreten.[11]

Daß das Innenministerium nicht mit offenen Karten spielte, wird allein schon anhand der Haltlosigkeit des Familien-Arguments ersichtlich. Daß der Nationalsozialismus der Familie eine besondere Bedeutung beigemessen hätte, war eine Propagandalüge[12], die, wie ein damals populärer Witz dokumentiert, schon damals als solche identifiziert werden konnte: »Wo trifft sich die deutsche Familie im Dritten Reich? Auf dem Reichsparteitag! Da sind alle Organisationen versammelt. Die Mutter kommt mit der Frauenschaft, die Tochter mit dem BDM, der Sohn mit der HJ und der Vater mit der SA.«[13]



Nicht überzeugender präsentierte sich die Behauptung, daß eine größere Infektionsgefahr in der Entbindungsanstalt eine Zunahme der Säuglingssterblichkeit zur Folge hätte. Ebenso wie die Unterstellung, in den Geburtskliniken würde man das Selbststillen zuwenig fördern, stieß dieser Vorwurf schon damals bei der klinischen Geburtshilfe auf entrüsteten Widerspruch.[14] Von »Laienpropaganda für die häusliche Entbindung«[15] war die Rede, und sichtlich gekränkt durch die gegen die Entbindungsanstalten erhobenen Unterstellungen ließen sich die Vertreter der klinischen Geburtshilfe ihrerseits dazu hinreißen, polemisierend die Hausgeburt aufs Korn zu nehmen.16

Für eine Zuspitzung der Kontroverse sorgte eine im September 1939 erteilte Weisung des Innenministeriums, wonach Krankenhäuser und Entbindungsanstalten dazu angehalten wurden, Schwangere zur Entbindung nur noch dann aufzunehmen, wenn entweder eine medizinische Notwendigkeit vorlag oder die Wohnverhältnisse der werdenden Mutter nach genauer Prüfung als ungeeignet einzustufen waren. Aus Protest gegen diesen Erlaß verfaßte der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie eine 'Denkschrift', in welcher man die erhobenen Vorwürfe erneut entschieden zurückwies.[17] Unter dem Druck dieser »Denkschrift«, deren Veröffentlichung man zunächst nur angedroht und schließlich zurückgezogen hatte, wurde die Kampagne im Frühjahr 1940 eingestellt.

Nachdem die Kampagne gegen die Anstaltsentbindung an der Haltlosigkeit ihrer Argumente sowie am Standesbewußtsein der Ärzte gescheitert war, blieben die ihr zugrunde liegenden Motive weiterhin dubios. Waren wirtschaftliche Interessen ausschlaggebend gewesen, wie man es bereits 1934 behauptet hat und auch heute teilweise annimmt? Wohl kaum. Zwar wurde im Gesundheitswesen zum Teil kräftig gespart, doch in Anbetracht der großen innenpolitischen Bedeutung, welche dem Bereich der Mütter- und Säuglingsfürsorge beigemessen wurde und nicht zuletzt im kostspieligen Ausbau der Mütterberatungsstellen und der Mütterschulung zum Ausdruck gekommen ist, darf angenommen werden, daß finanzielle Argumente nicht im Mittelpunkt standen.

Walter Stoeckel reduzierte die jahrelangen Angriffe gegen die Anstaltsentbindung später auf ein Intriegenspiel Leonardo Contis.[18] Wird jedoch berücksichtigt, daß die Propaganda gegen die Anstaltsentbindung bereits fünf Jahre vor der Ernennung Contis zum »Reichsgesundheitsführer« lanciert worden ist und dessen Machtbefugnisse auch ab 1939 ein bestimmtes Maß nie überschritten haben[1], erscheint Stoeckels Interpretation der Kampagne wenig glaubwürdig.

Auf eine plausiblere Erklärung für die Hintergründe der Kampagne gegen die Anstaltsentbindung verweist die in der »Denkschrift« der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie aufgestellte Behauptung, wonach das Vertrauen in die häusliche Geburtshilfe rückgängig gewesen sei. In der Tat stieg der Anteil der Anstaltsentbindungen, trotz Gegenpropaganda, zwischen 1935 und 1937 durchschnittlich von 25 auf 29% an.[20] Besonders betroffen von diesem Zuwachs war konfessionell gebundene Geburtskliniken. In Köln erhöhte sich der Anteil der in solchen Anstalten geborenen Kinder zwischen 1927 und 1936 von 4 auf 33%, während die Hausgeburten im gleichen Zeitraum von 62 auf 40% zurückgingen. Ähnliche Zahlen liegen auch für die Städte Wuppertal und Bonn vor.[21]

Der Umstand, daß vor allem konfessionell gebundene Geburtskliniken von diesem Trend profitieren konnten, legt die Vermutung nahe, daß es sich bei der Zunahme der klinischen Entbindungen zu Lasten der Hausgeburten um eine Fluchtbewegung handelte, mit welcher Frauen der von den Nationalsozialisten favorisierten und kontrollierten häuslichen Entbindung entrinnen wollten. 1939 mußte sogar Conti zugeben, daß er hinter der zunehmenden Attraktivität der konfessionellen Entbindungsanstalten »politische Gründe«[22] vermutete.

Doch die Kampagne gegen die Anstaltsentbindung richtete sich nicht ausschließlich gegen Häuser, die der Kirche nahestanden, sondern gegen die klinische Geburtshilfe generell. Gab es Anlaß zur Befürchtung, daß man bei der Umsetzung einer nationalsozialistisch beeinflußten Säuglingspflege nicht nur in den konfessionell gebundenen, sondern auch in staatlichen und konfessionsneutralen privaten Kliniken auf Hindernisse stoßen würde? Zwei Gründe sprechen dafür. Erstens konnte der vielzitierte Effekt der 'Erziehung der Frau durch die Frau', auf den man damals große Stücke hielt, in der von Männern dominierten klinischen Geburtshilfe nicht zum Tragen kommen.[23] Und zweitens gibt es Hinweise dafür, daß die Disziplinierung der Ärzteschaft insbesondere dort auf Widerstand stieß, wo nicht nur einfache politische Loyalität ge-

fordert wurde, sondern darüber hinaus eine Einmischung in den fachlichen Bereich stattfand. Noch 1942 sah sich das Deutsche Ärzteblatt zur Feststellung veranlaßt, daß ein Teil der Ärzteschaft der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik »teilnahmslos« gegenüberstünde: »Für


Foto: Christian Ditsch/version

diese Ärzte ist die ganze Reichsgesundheitsführung ein Brief mit sieben Siegeln, mit deren Gedankenwelt sie sich noch niemals befaßt haben ...«[24] Auch die heftige Reaktion der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie auf die Kampagne gegen die Anstaltsgeburt vermag die Grenzen ärztlicher Kooperationsbereitschaft zu verdeutlichen. Dabei gilt es freilich zu beachten, daß in den meisten Fällen nicht von politischem Widerstand, sondern von der Wahrung standespolitischer Interessen und des Berufsstolzes gesprochen werden muß.

Da es leichter erschien, den Hebammenstand sowie parteieigene Einrichtungen wie die Mütterberatung und die Mütterschulung innerhalb kurzer Zeit auf die veränderten Maßstäbe bei der Pflege und Erziehung der jungen Menschen zu verpflichten, war es naheliegend, auf die Hausgeburt zu setzen. Mit der Kampagne gegen die Anstaltsentbindung sollte verhindert werden, daß Mutter und Kind dem um das häusliche Wochenbett sorgfältig gesponnenen Netz nationalsozialistischer 'Fürsorge' entschlüpften, um sich in die Obhut einer geburtshilflichen Klinik zu begeben, wo der Kontrolle Grenzen gesetzt waren und sich eine konsequente Umsetzung nationalsozialistischer Säuglingspflege möglicherweise nicht in gewünschtem Umfang gewährleisten ließ. Ohne Berücksichtigung dieses Motivs bliebe die Kampagne gegen die Anstaltsentbindung widersprüchlich und unverständlich.

Zum Schluß

Gemäß der Logik der Massenpsychologie stellten zur Zeit des Nationalsozialismus harmonische Mutter-Kind-Beziehungen eine Konkurrenz zu den 'Gemeinschaften' der von Staat oder Partei getragenen Massenorganisationen dar. Um die psychologische Integration junger Menschen in das nationalsozialistische Herrschaftssystem zu maximieren, sollten die kindlichen Bedürfnisse nach Geborgenheit und menschlicher Nähe nicht schon von der Mutter, sondern erst vom Jugendverband (pseudo)-befriedigt werden. Dabei lässt sich die Kampagne gegen die Anstaltsgeburt als Versuch interpretieren, diese Strategie mit dem Ziel umzusetzen, den Zugriff auf die jungen Staatsbürger nach Maßgabe einer nationalsozialistischen Säuglingspflege zu sichern.

Eine bereits von Sigrid Chamberlains formulierte These gewinnt aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive dabei durchaus an Plausibilität: Es ist denkbar, dass im 'Dritten Reich' der Versuch unternommen worden ist, schon Neugeborene mittels einer spezifisch nationalsozialistischen Säuglingspflege zur »Bindungs-« und »Kontaktlosigkeit« zu erziehen, um sie psychologisch optimal auf ihre spätere Eingliederung in die Formationen der Hitler-Jugend vorzubereiten.

1. 176Le Bon, Gustave, Psychologie der Massen (1895), 15. dt. Aufl., Stuttgart 1982, S. 19, 6, 91.
2. Poppelreuter, Walther, Hitler, der politische Psychologe (=Friedrich Mann's Pädagogisches Magazin 1391), Langensalza 1934, S. 22, 7f., 23, 26, 37, 40, 9



3. Mayer, August, Deutsche Mutter und deutscher Aufstieg, München/Berlin 1938, S. 4, 29, 39
4. Birk, Walter, Erziehungsfehler bei Kindern in ihrer Betreuung für die körperliche und seelische Entwicklung, in: MMW, 47, S. 1853f.
5. Vgl. u.a. Baer, Gustav & Wagemann, Hans, Ratschläge für junge Mütter. Pflege und Ernährung des Säuglings und Kleinkindes, Burg b. M. 1937, S. 25f.; Catel, W. (1942), S. 342f.
6. Hebammenlehrbuch (1943), S. 584.
7. Degkwitz, Rudolf, Über die Erziehung gesunder Kinder, in: Bamberger, Ph. u.a. (1942), S. 33f., 37, 44.
8. Degkwitz, Rudolf, Das alte und das neue Deutschland, Hamburg 1946, S. 192, 197, 194
9. Stock, Hans, Knabenerziehung, in: Martin Löpelmann, Wege und Ziele d. Kindererziehung unserer Zeit, Leipzig 1936 (1936), S. 123, 118.
10. Amtswalterinnenblatt April 1934 (NS-Frauenschaft-Selbstdarstellung): »Die NS-Frauenschaft ist das scharf geschliffene Instrument der Partei zur Eroberung der Familie.« Zit. nach Dammer, S. (1981).
11. Der Runderlaß erschien im Deutschen Ärzteblatt unter dem Titel Hausentbindungen - Anstaltsentbindungen. Zit. nach Dichtl, G. (1983), S. 54f.
12. Vgl. Benz, U. (1991), S. 30.
13. Zit. nach Weyrather, Irmgard, Muttertag und Mutterkreuz - Der Kult um die »deutsche Mutter« im Nationalsozialismus, Frankfurt/M 1993, S. 53.
14. Vgl. DöG 3a, 1937, S. 275f., 288, 310, 313; AfG 166, 1938, S. 482; König, Herbert, Über Stillfähigkeit (unter Berücksichtigung ihrer Abhängigkeit vom Geburtsverlauf und vom Wochenbett), in: MMW, 13, 1939, S. 498; Geller, Christian, Stillfähigkeit und Stillhilfe, in: DMW, 1, 1940, S. 3.
15. DöG 3a, 1937, S. 275.
16. Vgl. DöG 3a, 1937, S. 308ff., 313.
17. Zit. nach Zander, Josef & Goetz, Elisabeth, Hausgeburt und klinische Entbindung im Dritten Reich, in: Lutwin Beck (1986), S. 147f.
18. Stoeckel, Walter, Erinnerungen eines Frauenarztes, hrsg. v. Hans Borgelt, München 1966, S. 463
19. Kudlien, F. (1985), S. 120 u. 277f.; Lang, Jochen v., Der Sekretär. Martin Bormann: Der Mann, der Hitler beherrschte, München & Berlin 1987, S. 61.
20. Vgl. Dichtl, G. (1983), S. 59.
21. DöG 3a, 1937, S. 266f.
22. DöG 5a, 1939, S. 421.
23. Vgl. Kelchner, Mathilde, Die Frau und der weibliche Arzt, Leipzig 1934, S. 46; DöG 3a, 1937, S. 333; Fünfzig Jahre J. F. Lehmanns Verlag 1890-1940, München/Berlin 1940, S. 136.
24. Zit. nach Kügele, Ulrich, Der deutsche Arzt im Zweiten Weltkrieg - im Spiegel des Deutschen Ärzteblattes, Düsseldorf 1974, S. 49.

Paul Wulf ein unermüdlicher Kämpfer für Gerechtigkeit

Paul Wulf, der am 3. Juli in Münster im Alter von 78 Jahren gestorben ist, war unermüdlicher Spurensucher, eine Archiv-Wühlmaus und ein Aufklärer über eines der dunkelsten Kapitel deutscher Geschichte: die im Rassenwahn begründete Zwangssterilisierung von angeblich »erbkranken« Menschen. Sein persönliches Schicksal verknüpfte er stets mit der allgemeinen politischen Situation und zog daraus seine Schlüsse.

Als junger Mensch wurde er im März 1938 im Landeskrankenhaus Paderborn von faschistischen Ärzten zwangssterilisiert. Sein Schicksal teilte er mit den ca. 400.000 Menschen, die auf der Grundlage des »Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« vom 14. Juli 1933 (Erbgesundheitsgesetz) im »Dritten Reich« zwangssterilisiert wurden. Unermüdlich wies er auf diese Schweinerei - ein Wort was er in diesem Zusammenhang häufig benutzte - hin und hat sich für seine Wiedergutmachung und die der anderen Menschen eingesetzt. Mit seinen Ausstellungen, die er in zahlreichen Städten zeigte, trug er seit den 70er Jahren mit dazu bei, dass die Erinnerungen an diese und andere nationalsozialistische Verbrechen nicht unter dem Teppich gekehrt werden konnten. Diese Ausstellungen, die durch seine eigene Handschrift geprägt und mit viel Liebe und Herz gemacht waren, zeigen auch die Verbindung der Vergangenheit mit der Gegenwart (z.B. wies er stets auf die personelle Verpflechtung eines Teils der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft mit dem »Dritten Reich« hin, so v.a. in der Ärzteschaft).

Mit ihm verliert Münster einen der wenigen Linken, der sich und seinen Idealen Zeit seines Lebens treu geblieben ist. Paul Wulf war ein Linker, ein Anti-Faschist, Freidenker und libertärer Kommunist, der den Kontakt zu anderen Menschen nie scheute. Vor allem jungen Menschen mit all ihren Utopien war er sehr aufgeschlossen. Im Mittelpunkt standen bei ihm der Austausch mit den Menschen und nicht den Parteien, von denen er auf die Jahre enttäuscht war. Zu vielen Menschen aus unterschiedlichen politischen Bewegungen und Generationen hielt er den Kontakt aufrecht, auch über ihn lernten sich Menschen aus unterschiedlichen Spektren kennen und schätzen, die sonst wahrscheinlich nicht zusammengekommen wären. Um ein Beispiel zu nennen - in einem Nachruf von Klaus Dillmann in der AntifaZ lese ich »über Paul lernte ich unter anderem auch die anarchistische Zeitschrift Schwarzer Faden kennen, die ich nach wie vor gerne lese, während Paul gelegentlich zu mir kam, wohl hauptsächlich, um mal wieder einen Roten Morgen zu ergattern.«

Obwohl die Gespräche mit ihm zum Teil sehr anstrengend waren, da es einem sehr schwer fiel, ihm bei den vielen Namen und Fakten, die er nur so heraussprudelte, zu folgen und mensch viel Zeit mitbringen musste, trug er als lebendiges Gedächtnis dazu bei, dass die Erinnerung auch an die für Gerechtigkeit kämpfenden Menschen, wie beispielsweise Theo Pinkus, Ulrike Meinhoff oder Erich Mühsam, einem seiner Lieblingsautoren, nicht verloren gingen. Seine Vorliebe zur politischen bissigen Satire und zur Karikatur brachte seinen ihm sehr eigenen Humor zu Tage. Als ich einen Filmworkshop mit dem argentinischen Filmemacher Fernando Birri machte, taucht Paul Wulf, wie so oft, unerwartet auf und freute sich wie ein Kind, dass die autoritäre Kirche und deren Weihrauchschwenker, deren scheinheilige doppelte Moral er immer bekämpfte, in einem Film durch den Kakao gezogen wurde.

Im Rückblick auf die 20 Jahre, in denen ich ihm immer wieder begegnet bin, findet auch eine Wiederbegegnung mit meiner eigenen Geschichte statt: ob in Brockdorf im eisigen Winter oder im warmen Wohnzimmer der Kronenburg-Kneipe, wo die »Swinging Mescaleros« zum Tanz aufspielten, oder wie zuletzt bei einer Kundgebung gegen den NATO-Krieg in Jugoslawien in Münsters Guter Stube. Wie immer voll beladen mit Gedrucktem zauberte er aus seiner Umhängetasche ein Buch über die Zusammenarbeit der Ustascha-Faschisten in Kroatien mit dem Vatikan hervor. Als ich mich mit Nicaragua beschäftigte, schenkte mir Paul Wulf das Buch »So werden Kriege gemacht«, das u.a. den massiven Einfluss der USA in Zentralamerika Anfangs dieses Jahrhunderts beschreibt. Und auch die Ameisen auf der anderen Seite des Meeres werden August Caesar Sandino, Che Guevarra, Tamara Bunke und Salvador Allende von einem Menschen namens Paul Wulf erzählen.

Ohne seine Schwester Agathe, die ihm immer hilfreich zur Seite stand, hätte Paul Wulf diese gewaltige Aufklärungsarbeit wahrscheinlich nicht so verwirklichen können. Man muss Respekt haben vor den Frauen, die mit solch einem politischen Menschen zusammenleben. Mensch kennt die »großen Kämpfer«, aber ihre Gefährtinnen kennt mensch nicht, dabei tragen sie entscheidend dazu bei, dass diese Taten erst verwirklicht werden können.

Paul Wulf hinterläßt nicht nur zahlreiche Bücher und Papiere, die er bei seinen Streifzügen in zahlreichen Archiven kopierte und die der Münsteraner Erinnerungs- und Gedenkstätte Villa ten Hompel (Sitz der Ordnungspolizei während »des Dritten Reiches«) zur Verfügung gestellt werden, sondern er zeigte durch sein Schaffen auch den Willen und die Kraft eines Menschen, der trotz aller Widrigkeiten und Rückschläge der Linken an eine gerechte Welt glaubte und sich mit seinen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzte.

von Volker Pade

Zum Tode Arthur Lehnings – ein großer Anarchist tritt ab

»Je mehr Utopie, desto schärfer die Analyse der Gesellschaft und ihrer Veränderungsprozesse... Allein die Utopie macht es möglich, sich ein vollständiges Bild von der Gesellschaft zu bilden, von ihrer Kultur und ihrer Entwicklung. Es ist die Idee der konkreten Utopie, keine Fata Morgana, sondern vielmehr der feste Stern am Firmament, der die Menschheit auf ihrem Weg begleitet. Sie ist die wirkliche Einheit von Theorie und Praxis.« (Arthur Lehning 1976 in Amsterdam anläßlich der Verleihung des Ehrendoktorats)

Am 1.1.2000, so als wollte er noch kurz einen Blick in das neue Jahrhundert werfen, starb der Anarchist Arthur Lehning in Lys-Saint-Georges (Zentralfrankreich). Arthur Lehning war eine der faszinierendsten Persönlichkeiten des 20.Jahrhunderts. Geboren am 23.10. 1899 in Utrecht und schon mit 20 Jahren von den Schriften Michail Bakunins infiziert, widmete Lehning sein ganzes Leben (s.Schwarzer Faden 3/1999, S.58f. und »Arthur Lehning« im »Lexikon der Anarchie«, hrsg. von Hans Jürgen Degen, Verlag Schwarzer Nachtschatten) den Idealen des Anarchismus bzw. Anarchosyndikalismus.

In den 20er Jahren des letzten Jahrhunderts kämpft Lehning gegen Militarismus und Krieg, kritisiert in zahllosen Artikeln und Analysen die konkreten Kriegsvorbereitungen und fordert die Arbeiter aller Länder im Falle eines neuen Weltkrieges zum Generalstreik auf, der gleichzeitig endgültig mit Kapitalismus und Staat aufräumen sollte.

Die Revolutionierung des gesamten Lebens – was die Revolte von 1968 und die nachfolgende feministische Bewegung ebenfalls anstrebten – war auch das Ziel der von Lehning 1927 bis 1929 herausgegebenen Zeitschrift i 10. Mit dem viersprachigen (Französisch, Englisch, Niederländisch und Deutsch) Organ gelang es Lehning, Teile der damaligen Avantgarde in Kunst, Malerei, Dichtung, Philosophie und Politik zu Wort kommen zu lassen.

In einer Ende der 20er, Anfang der 30er Jahre in Internationalen Arbeiter Assoziation (IAA) geführten Debatte über die Art und Weise der Verteidigung einer siegreichen Revolution plädieren Lehning und sein Mitstreiter Albert de Jong gegen den Aufbau revolutionärer Milizen oder eines Roten Heeres. Sie schlagen weitestgehend gewaltlose Mittel zur Verteidigung der Revolution vor wie Streiks, Steuerboykott und Nichtzusammenarbeit mit den ausländischen Aggressoren.

1929/1930 analysiert Lehning in der »Internationale«, dem theoretischen Organ der »Freien Arbeier Union Deutschlands« (FAUD), die Geschichte der russischen Revolution von 1917. In der Artikelserie »Marxismus und Anarchismus in der russischen Revolution« (wieder erschienen im Karin Kramer Verlag, Berlin 1971) setzt er sich mit den theoretischen Grundlagen der Leninschen Staatstheorie auseinander und erinnert an die Mahnung Bakunins, daß jeder nach der Revolution errichtete Staat nur zu einer neuen Diktatur führe.

Er engagiert sich in der niederländischen und internationalen anarchosyndikalistischen Bewegung und ist zwischen 1932 und 1935 einer der Sekretäre der IAA, dem Zusammenschluß der anarchosyndikalistischen Organisationen der ganzen Welt. Ein Versuch im Oktober 1936, in Gesprächen mit führenden spanischen AnarchistInnen die spanischen Anarchosyndikalisten wieder auf Revolutionskurs zu bringen, scheitert. Der Ausbruch des zweiten Weltkrieges veranlaßt Lehning zur Emigration nach England, wo er u.a. für die britische BBC und das britische Außenministerium tätig ist.

Nach 1945 entfaltet Lehning weitere Aktivitäten: Er baut das Internationale Institut für Soziale Geschichte (IISG) in Amsterdam mit auf, das wiederum seine »Studien zum internationalen Sozialismus« (1970) und die Herausgabe der sieben Bände mit den Werken M.Bakunins finanziert. Diese »Archives Bakounine«, in denen die Texte Bakunins in der Originalsprache und in der französischen Übersetzung wiedergegeben sind, bilden mit den Einleitungen und Anmerkungen für jeden Anarchisten und alle historisch interessierten Menschen eine Fundgrube von unschätzbarem Wert. Die im Band IV zusammengetragenen Schriftstücke zur Beziehung zwischen Bakunin und Sergej Necaev machen es äußerst wahrscheinlich, daß der berühmt-berüchtigte »Katechismus der Revolution« (der die Rolle des Revolutionärs als die eines kaltblütigen Mörders definiert) von Necaev und nicht von Bakunin stammt!

In seinen »Studien zum internationalen Sozialismus« untersucht Lehning u.a. das Wirken und die Methoden des »größten Konspirators seiner Zeit« (so Bakunin über ihn) - Filippo Buonarroti (einer seiner Vorfahren war der Bruder des berühmten Michel Angelo Buonarrotis). Filippo Buonarroti war nicht nur an der gescheiterten Verschwörung Francois-Noel Babeufs 1796 beteiligt. Er rief zwischen 1797 und 1837 auch mehrere europaweit tätige geheime Gruppe ins Leben und begründete mit der Theorie der revolutionären Übergangsdiktatur die jakobinisch-sozialistische Tradition von Blanqui über Karl Marx bis Wladimir I. Lenin.

Noch bis in die 80er Jahre des 20 Jahrhunderts unternimmt Lehning Reisen in die ganze Welt, um in Vorträgen und Seminaren über Anarchie, die Geschichte der Arbeiterbewegung und seine Erfahrungen in und mit ihr zu sprechen. So auch im Mai 1986 in Duisburg, wo Lehning über »Kunst und Politik« zu Beginn des 20.Jahrhunderts referierte und den der Verfasser diese Zeilen hörte.

Wie kaum ein anderer Anarchist hat Arthur Lehning versucht, das 20.Jahrhundert mitzugestalten: durch praktisches Engagement in der anarchosyndikalistischen Bewegung, durch theoretische Arbeiten und Analysen, durch die Weiterentwicklung der anarchistischen Theorie um die Idee der gewaltlosen Verteidigung einer siegreichen Revolution, durch die Herausgabe von Zeitungen und Zeitschriften, die teilweise den - siehe i 10 - üblichen anarchistischen Rahmen weit sprengten, durch die Gründung des IISG, den Aufbau einer Bibliothek für Soziale Geschichte in Jarkarta (in den 50er Jahren), in Vorträgen, Büchern und die Herausgabe der »Archives Bakounine«. Es scheint, daß Lehning immer neue Herausforderungen und Aufgaben gesucht und gefunden hat, um ein Leben lang seinen anarchistischen Idealen treu bleiben zu können. Er hat damit in diesem finsteren Jahrhundert zweier Weltkriege, des Nazifaschismus und mehrerer Völkermorde Zeichen einer möglichen gesellschaftlichen Alternative zu Staat, Kapitalismus und Staatssozialismus gesetzt. Ein wirklich beneidenswertes Leben, dem nachzustreben nie verkehrt sein kann! Danke Arthur!!

Libertärer Kommunalis

Versuch einer Annäherung

Diskussionsansatz von Anarr

Bezugnehmend auf die (nunmehr verschärften) Auseinandersetzungen, die es zwischen der anarchosyndikalistischen IAA und den Libertären KommunalistInnen im zurückliegenden Jahr gegeben hat, möchte ich zunächst klarstellen, dass mir der diffamatorische Stil, der streckenweise die Auseinandersetzung bestimmt, nicht gerade wie der einer solidarischen Streitkultur anmutet, sondern dass er vielmehr wie die Verteidigung von Dogmen in der Art zweier ZK's geführt wird, einer Art und Weise, der ich mich als Kind eines diktatorischen Systems lange genug verweigern musste. Den LK als »bürgerlich« zu verleumden halte ich erstmal für eine völlige Verkennung seiner tatsächlichen Inhalte. Wenn Bookchin u.a. dagegen meinen, der AS sei »tot«, dann kann ich diese Meinungen als subjektiv akzeptieren. Dass ich sie nicht teile, muss ich nicht erst betonen, weil ich mich selbst anarchosyndikalistisch organisiert habe.

Die Betrachtungsweise der IAA, Bookchins Standpunkt als dogmatische Lehre zu behandeln, weise ich als falsch zurück (auch wenn M. Bookchin/J. Biehl mittlerweile dahingehende Tendenzen aufweisen - siehe NLK 2/3 1999 und SF 69). Es steht, denke ich, frei zur Debatte, Vorgehensweisen und Schwerpunkte selbst zu bestimmen. Libertäre KommunalistInnen betonen genauso wie AnarchosyndikalistInnen diese nach den Bedingungen vor Ort auszurichten. Bekanntlich gibt es regionale Unterschiede. Zudem begreife ich Bookchins Anschauung auch erstmal nur als Thematisierung und nicht als schematische Praxisanleitung. Ich habe auch nicht den Eindruck, dass alle Libertären KommunalistInnen die Beteiligung an kommunalen Wahlen (was ich selbst strikt ablehne) zur Bedingung machen. Die Frage der Beteiligung an solchen steht wohl auch diesen offen und es liegt in der freien Entscheidung einer Gruppe bzw. Person diese zu verwerfen.

Deshalb wende ich mich nochmals gegen Pauschalisierungen seitens der portugiesischen IAA-Sektion und des Internationalen Sekretariats der IAA in ihrer anmaßenden Definitionsallmacht, was sozialrevolutionär sei und was als bürgerlich verfemt gelten soll.

Ich plädiere für punktuelle Zusammenarbeit und solidarischen Streit.

Zusammen streiten

Der LK geht davon aus, der Schwerpunkt der politischen Ebene liege in den Bürgerversammlungen der Kommunen, die kommunale und betriebliche Belange zu entscheiden hätten. Das deckt sich mit meinen Wurzeln, die im Rätekommunismus, später Anarchokommunismus liegen. Diese Betrachtungsweise des LK ist demnach Bestandteil meiner Utopie.

Ich will deshalb kurz umreißen, wo die Gemeinsamkeiten zwischen AS und LK liegen:

Sowohl der AS als auch der LK geben sich basisdemokratische und föderalistische Prinzipien. Beide verfolgen einen anderen Weg, der letztendlich aber auf dasselbe Ziel hinausläuft. Der AS und der LK messen der Kommune als konkretem Lebens-, Wohn- und Arbeitsumfeld dieselbe Relevanz bei, was die jeweiligen Praxen unter Beweis stellen.

Ich sehe zwischen beiden lediglich eine Verschiebung vom Ansatzschwerpunkt her, die der LK in der Kommune (Bürgerversammlung) sieht, die für den AS aber im betrieblichen Bereich (Syndikate) besteht, die auf lokaler Ebene (in den Kommunen) Lokalföderationen bilden, die den Bürgerversammlungen ähnlich scheinen. Der AS hebt zudem den Klassenstandpunkt deutlich hervor.

Eine grundsätzliche Übereinstimmung der Zielsetzungen kann ich dort verorten, wo sich LK und AS auf der Ebene der gesellschaftlichen/sozialen Organisation treffen: Die solidarische Diskussionsform wieder »erlernbar » machen, Interessen am lokalen Geschehen als tatsächlichen Handlungsspielraum und Sphäre kreativen Einmischens offerieren, den Austausch, die Gestaltung und die Entwicklung zum Terrain der aktiven Wahrnehmung und Vertretung der Interessen durch jede/n Einzelne/n forcieren, Isolation und Individualisierung auflösen, die Menschen auf lebendige Weise an basisdemokratische Prinzipien heranführen und damit schlußendlich aufzeigen, wie sich eine Gesellschaft frei aufbauen kann, so die Menschen es einfach tun.

Eine Kritik am LK

Ich halte es allerdings für einen grundlegenden Fehler des LK, ein dahingehendes Wirken in den Betrieben aller Bereiche zu vernachlässigen, selbst wenn ein solches erst (wieder) in den Kinderschuhen stecken sollte. Denn: »Der Klassenkampf von oben« tobt ungemindert weiter, während es den Lohnabhängigen kaum noch gelingt, in offensiven statt Abwehrkämpfen zu streiten. Zu ersteren wird es nur dort kommen, wo sich solidarische Strukturen entwickeln, die bereits im Kern realisieren, was wir bislang nur in unseren utopistischen Ansätzen formulieren bzw. in selbstverwalteteten Projekten praktiziert wird. Diese Problemstellung kann unter den gegebenen Bedingungen nicht vom Libertären Kommunalismus gelöst und umgesetzt werden. Allein wenn ich davon ausgehe, in welcher Relation sich heute Einzugsbereiche lohnabhängig Beschäftigter nur eines Betriebes gestalten. Wie wollte sich beispielsweise eine Kommune darin versteigen, die Belange eines solchen zu bestimmen, wo die Beschäftigten vielleicht aus 30, 40 oder 50 Kommunen kommen, von denen eventuell 99 % solche sind, in denen die Ziele des LK nicht umgesetzt werden konnten?

Und wie will sie Regulativ sein, wenn sie von außen versucht, Einflußnahme auf privatwirtschaftlich geführte Unternehmen zu gewinnen (das mag ja bei kommunalen gehen.) Und wie verhält es sich, wenn der entsprechenden Kommune der Steuertopf auf Landes- oder Bundesebene verschlossen wird? Der LK bewegt sch ja immer noch im Jetzt!

Zudem hieße es, die Entwicklung in den Betrieben ausschließlich an die der kommunalen binden zu wollen, der Willkür in denselben Tür und Tor zu öffnen und die prekäre Lage lohnabhängig Be-

schäftigter noch weiter zu forcieren. Die Zeit für derartige Entwicklungen dauert für die direkt und indirekt Betroffenen zu lang, als dass sie auf die Selbstorganisation in den Betrieben verzichten könnten (und sollten). Und selbst unter anderen (herrschaftslosen) Verhältnissen: Wie will die Bürgerversammlung neben der Planung auch die Organisierung und Aufrechterhaltung der Abläufe in den Betrieben bewerkstelligen, ohne Strukturen zu entwickeln, die denen des AS ähneln (egal, ob sie Syndikate oder sonstwie heißen)? Wie geht der LK vor, wenn es beispielsweise zu gravierenden Problemen in einem Krankenhaus kommt oder bei Stromversorgern? - Eine Bürgerversammlung einberufen? Ich denke, es wird naturwüchsige Strukturen geben, die denen des AS irgendwo ähneln werden.

Eine Verteidigung der Idee des Anarchosyndikalismus

Ob wir uns in der betrieblichen Organisierung den Stempel »Anarchosyndikalismus« geben oder nicht, sei bei der Betrachtung mal dahingestelt. Ich bin auch nicht so organisationsfixiert, dass ich alle Lohnabhängigen dazu auffordern würde, sich unter einen Namen oder einem Dach zu assoziieren. Ich sehe allerdings in dessen grundlegenden Prinzipien zumindest immer noch den Ansatz einer Struktur, die im Kern bereits Utopistisches vorwegnimmt. Er ist deshalb auch nicht »tot«, wie Bookchin unkt, sondern bedarf nur einer Neubelebung. Wie oft wurde schon die libertäre Idee zu Grabe getragen - und doch lebt sie bis heute. Dass für mich die Zeit nicht stehengeblieben ist, muss ich wohl auch nicht erst erwähnen. Wer den AS als »veraltet und überlebt« betrachtet, macht es sich dagegen nur einfach. Diesen mit seinen Inhalten und Formen, die er im Laufe seiner Geschichte angenommen bzw. hervorgebracht hat, als Dogma zu begreifen, liegt an jedem selbst. Bewegung entsteht nur dort, wo Reibung ist. Ich sehe in ihm noch viele Reibungsflächen und Bewegungsmöglichkeiten und damit Erneuerung.

Dass unserer aller Chance allein im Internationalismus zu suchen und zu finden ist, ist die Erkenntnis von LK und AS. Denn es geht nicht nur um unseren Anspruch oder unser Bedürfnis, gar unsere Utopie, nationalstaatliche Schranken zu überwinden, sondern der Kapitaliskuis/Neoliberalismus selbst zwingt uns die Assoziierung und die Entwicklung auf internationaler Ebene auf. Die Gründe muß ich wohl nicht näher erläutern.

Den Fehler, den die sogenannte »Linke« (im Umkehrschluß zu den Ansätzen es LK und AS) macht, ist, sich fast ausschließlich auf internationale Aspekte zu konzentrieren, dabei die Probleme vor Ort aber fast völlig auszublenden, zu ignorieren und wegzuschieben. Dass dies alles andere als sozialrevolutionär ist, ist uns wohl allen klar. Das Verständnis, irgendwo doch noch verlängerter Arm diverser Befreiungsbewegungen zu sein oder auch, sich gezielt im Kampf mit und an Institutionen abzuarbeiten, die stellvertretend für das angegriffen werden, was im System begründet ist (z.B. Ausbeutung im Trikont), halte ich deshalb für falsch. Ein Kampf dafür, »Ursachen in den Metropolen anzugreifen«, kann uns nur dort ansetzen lassen, wo wir selbst stehen und - wie alle anderen - betroffen sind. Nicht nur auf Demonstrationen, Kundgebungen und Blockaden, sondern vielmehr in den alltäglichen Abläufen.

Einen Ansatz haben wir dabei mit dem Aufbau solidarischer Gegenstrukturen, mit den Projekten in den Kommunen, aber auch in den Betrieben durch die Organisierung von Kämpfen seitens entsprechender Teile der Lohnabhängigen. Dass es eine Assoziierung und Föderierung von unten auf bis hin zur internationalen Ebene bedarf, um Ansätze zu streuen,. solidarisch zu streiten und Kämpfe auf kommunaler und betrieblicher Ebene erst erfolgreich gestalten zu können, ist eine Erfordernis jeder Zeit.



Trotzdem goes Genossenschaft

von Dieter Schmidt und Wolfgang Haug

1978 wurde der Trotzdem Verlag als anarchistischer Verlag mit dem Ziel gegründet, in der damaligen BRD zum Erhalt und zur Weiterentwicklung einer lebendigen und radikalen libertären Kultur beizutragen. Doch unsere Konstruktion als kleiner politischer Verlag ist in den letzten Jahren mehr und mehr aus finanziellen und strukturellen Gründen bedroht. Als Ausweg aus diesem Dilemma überlegen wir seit einiger Zeit die Umwandlung des Verlags in eine Genossenschaft. Warum wir dies überlegen, welche Vorteile wir uns davon für den Verlag und für die politische Szene erhoffen und wie sich Freundinnen und Freunde des Verlags daran beteiligen können, wollen wir auf den nächsten Seiten vorstellen. Im Anschluß daran wollen wir dann von Euch wissen, wer Interesse hat, Mitglied in dieser Genossenschaft zu werden.

Der Trotzdem Verlag verstand sich in den 22 Jahren seines Bestehens nie als eine rein kommerzielle Unternehmung. Wie viele andere vergleichbare politische Projekte auch, wurde er immer von den beteiligten Personen, deren Engagement, Phantasie und Bereitschaft zur Selbstausbeutung getragen. Im Alltag hieß das, daß von den jeweils beteiligten Personen die Verlagsarbeit immer als politische Arbeit verstanden wurde, die zusätzlich zu der notwendigen Erwerbsarbeit zu leisten war. Als Teil der linksradikalen Szene konnte der Verlag so Bücher mit anarchistischen Inhalten (wieder) zugänglich machen, anarchistische und linke Theorie und Inhalte weiterentwickeln, Informationen verbreiten, Diskussionen aufgreifen oder initiieren, kurz, ein Stück Gegenöffentlichkeit und Kultur von unten schaffen und auf Dauer erhalten.

Mit über 100 Titel bietet der Trotzdem Verlag inzwischen ein breites Programm zu den unterschiedlichsten Themen und Bereichen des Anarchismus: Klassiker wie Bakunin und Kropotkin sind ebenso zu finden wie Bücher zum spanischen Bürgerkrieg, zur Münchner Räterepublik oder zur anarchosyndikalistischen FAUD; Noam Chomskys politische Analysen, Murray Bookchins Konzepte für eine neue dezentrale Gesellschaftsstruktur, ebenso wie Michael Wilks aktuelle Staatskritik, Hellmut G. Haasis' schelmische Erzählungen oder Theaterstücke von Peter Paul Zahl. Zudem erscheint seit zwanzig Jahren der Schwarze Faden.

Doch die politische Landschaft und die linksradikale Szene haben sich seit der Gründung des Verlags drastisch verändert. Auch hat sich die Situation der Kleinverlage in Deutschland in den letzten Jahren ständig verschlechtert. Die Buchhandlungen, - auch ihnen geht es finanziell meist nicht sehr gut -, nehmen immer seltener Bücher der kleinen Verlage ins Sortiment, die Druck- und Papierkosten sind ebenso gestiegen wie die laufenden Betriebskosten. Mehr und mehr kleine Verlage, nicht nur linke, gingen und gehen Pleite, verschwinden einfach von der Bildfläche oder werden von den großen Verlagen aufgekauft. Und mit jedem Verlag verschwinden wieder wichtige, gute, schöne oder interessante Bücher, die sich für rein kommerzielle Verlage nicht rechnen und deswegen schon immer eher in kleinen Verlagen zu finden waren.

Ein gutes Beispiel ist unser aktuellstes Buch: Shoah von Claude Lanzmann. Lange Zeit vergriffen, haben wir beim Verkauf der Restauflage gemerkt, dass es viele Leute haben wollen und uns dann die Rechte für eine Neuauflage gekauft. Hier war nicht nur der Druck zu zahlen, sondern auch die Lizenzgebühren an den französischen Verlag und die Rechte für die Übersetzung. Kosten, die der Verlag vorstrecken muss und die natürlich ein Risiko bedeuten. Und doch denken wir, dass Shoah ebenso wie viele andere Bücher in jeden Buchladen und viele Bücherregale gehört.

Auch der Trotzdem Verlag ist in einer Situation, in der die bisherige Konstruktion als Personenverlag seine Existenz nicht mehr dauerhaft gewährleisten kann und und er Gefahr läuft, irgendwann einfach einzugehen. Umsomehr war es notwendig, über neue Formen nachzudenken. Unstrittig bei allen Beteiligten war von Anfang an:

Der Verlag benötigt eine breite finanzielle und personelle Basis, um sich auch in Zukunft an libertären und anarchistischen Diskussionen und Aktionen zu beteiligen. Dafür bekommen wir natürlich kein Geld von Banken (was wir auch nicht wollen), darum müssen wir uns schon selbst kümmern. Und genau das wollen wir zusammen mit Euch tun.

Entschieden haben wir uns deshalb nach langen Diskussionen und Überlegungen für eine Umwandlung des Verlags in eine Genossenschaft. Eine passende Form für einen anarchistischen Verlag, so finden wir. Denn damit können sich in Zukunft alle Freundinnen und Freunde des Verlags direkt am Trotzdem Verlag beteiligen. Als Genossenschaftlerin und Genossenschaftler sichern sie die ökonomische Grundlage des Verlags und sind gleichzeitig bei allen wichtigen Entscheidungen über die jährliche Generalversammlung dabei. Denn auch dies ist ein Vorteil der Genossenschaft: Die Mitglieder sind nicht auf die Rolle der Geldgeber reduziert, sondern können sich - sofern sie Interesse daran haben - direkt mit Ideen, Vorschlägen und aktiver Mitarbeit engagieren. Ob und wie dieses Modell funktioniert, hängt natürlich von der Bereitschaft ab, sich an der Genossenschaft zu beteiligen.

Insgesamt benötigen wir etwa 400-600 GenossenschafterInnen, die sich mit einem Genossenschaftsanteil von einmalig 500 DM (1.000 DM, 1.500 DM etc) beteiligen um mit mindestens 200.000 DM zu starten. Dies schien auch uns zuerst sehr viel. Doch 500 DM sind andererseits eine überschaubare Einlage, die viele als Beteiligung aufbringen können - und wollen, wie die ersten Reaktionen auf unsere Pläne zeigen. Denn Anfang Januar 2000 haben wir unser Modell in einem Brief an einen Verteiler etwa 2.500 FreundInnen des Verlags kurz vorgestellt und unsere endgültige Entscheidung von den Antworten darauf abhängig gemacht. Die Antworten darauf waren recht zahlreich und durchweg positiv. Innerhalb weniger Wochen wurden uns allein aus diesem Kreis Beteiligungen von ca. 100.000 DM in Aussicht gestellt. Motivation genug für uns, das Projekt Trotzdem Verlagsgenossenschaft zu starten.

Die nächsten Schritte

Die Entscheidung, eine Genossenschaft gründen zu wollen, war nur der erste Schritt. Im Moment diskutieren wir die notwendigen formalen und juristischen Schritte: Satzung, welchem Genossenschaftsverband wollen wir beitreten (der Beitritt zu einem Genossenschaftsver-

band ist Voraussetzung, um als Genossenschaft anerkannt zu werden). Ein Finanzrahmen muss aufgestellt werden, indem sich monatliche Ausgaben und Einkünfte zumindest entsprechen. Und natürlich diskutieren wir die konkrete inhaltliche Konzeption des Verlags: Mit welchen Büchern wollen wir starten? Welche Anstöße können wir der libertären und anarchistischen Diskusion geben? Welche neue Möglichkeiten eröffnet die Genossenschaft in dieser Diskussion für uns und für die libertäre Szene? Dies sind einige von vielen Fragen. Und viele weitere Fragen und auch Erfahrungen werden von Euch noch hinzukommen. Stellt sie uns bzw. gebt sie an uns weiter und wir werden versuchen, sie in Rundbriefen an alle Interessierten zu beantworten und weiterzugeben.

Verein zur Förderung libertärer Bildungsarbeit e.V.

Bis zum Herbst wollen wir die Voraussetzungen für die Genossenschaftsgründung geklärt haben. Zuvor, also Mitte des Jahres, wollen wir einen gemeinnützigen Verein gründen, dessen Nahziel die »Umwandlung des Trotzdem Verlags in eine Genossenschaft« und die Einrichtung eines Treuhandkontos zum Aufbau einer Genossenschaft sein wird. Dessen Fernziel es wird, libertäre Bildungsarbeit durch Veröffentlichungen, Konferenzen etc. zu fördern und interessierten SpenderInnen absetzbare Spendenquittungen zu ermöglichen. Es ist auch angedacht, dass der Verein Herausgeber des Schwarzen Fadens werden könnte.

Mit der Einrichtung des Treuhandkontos beginnt die eigentliche Vorbereitungsphase der Genossenschaftsgründung, Eure in Aussicht gestellten Beiträge sollten ab ungefähr August auf dieses Konto einbezahlt werden, denn die endgültige Gründung der Genossenschaft machen wir davon abhängig, ob wir mit ca. 200.000.-DM Einlagen starten können oder nicht. Sollte diese Summe utopisch bleiben, bezahlen wir die Beiträge im Januar 2001 an Euch zurück. Parallel zu dieser Sammeltätigkeit werden wir Euch unser Genossenschaftsmodell vorstellen und weiter öffentlich machen, um weitere Mitgenossen zu werben.

Alle potentiellen Mitglieder werden ab September regelmäßig einmal monatlich mit einem Rundbrief auf dem aktuellsten Stand gehalten. Läuft alles wie erwünscht, folgt zum Jahresanfang 2001 die Gründung und aus den Treuhandkonten-Mitgliedern werden GenossenschafterInnen. In der ersten Hälfte des nächsten Jahres wollen wir dann mit dem Programm der neuen Verlagsgenossenschaft starten. Bis dahin hoffen wir auf rege Beteiligung.

Wie werde ich Mitglied?

Noch befindet sich die Trotzdem Verlagsgenossenschaft in der Phase vor ihrer eigentlichen Gründung. Richtiges Mitglied kann also im Moment noch niemand werden. Umso wichtiger ist es für uns, einen Überblick zu bekommen, wer sich an der potentiellen Genossenschaft beteiligen möchte. Darum unsere Bitte an Euch, uns per Fax, Mail oder Brief mitzuteilen, mit wievielen Anteilen zu jeweils 500 DM Ihr Euch beteiligen würdet. Dies ist noch kein Beitritt und verpflichtet Euch zu nichts. Vor der eigentlichen Gründung werdet Ihr einerseits Euren Beitrag auf das Treuhandkonto einbezahlen, andererseits ein Mitgliedsformular zum Eintritt zugeschickt bekommen, das Ihr bei uns deponiert und das bei der Gründung der Genossenschaft wirksam wird.

Auch nach der Gründung ist jederzeit noch ein Beitritt möglich und funktioniert ganz einfach: Beitrittserklärung ausfüllen und zurückschicken, das Geld auf das Genossenschaftskonto überweisen und Ihr seid Mitglied. Wir geben aber nochmals zu bedenken, dass wir die Gründung nur durchziehen, wenn genügend von Euch im Voraus mitmachen, also bitte nicht alle zuwarten, ob es was wird, sondern zupacken!

Einige Stichworte zur Genossenschaft

Eine Genossenschaft unterliegt den Vorgaben des Genossenschaftsgesetzes. Enthalten sind in diesem Gesetz genaue Vorgaben für die Gründung, den Verlauf der Gründungsversammlung, der Satzung, den Einlagen der Mitglieder, den Vorstand und Aufsichtsreat sowie für die formal-juristische Konstruktion der Genossenschaft. Um als Genossenschaft anerkannt zu werden, müssen wir diese Vorgaben, z.B. Aufsichtsrat und Vorstand erfüllen.

• Kapital der Genossenschaft
Das Kapital der Trotzdem Verlagsgenossenschaft wird durch die Mitglieder selbst aufgebracht. Alle, die Mitglied werden wollen, können sich mit einer Einlage von 500 DM, 1.000 DM, 1.500 DM etc. an der Genossenschaft beteiligen. Um Mitglied zu werden, genügt es, eine Beitrittserklärung zu unterschreiben und den Betrag auf das Genossenschaftskonto zu überweisen. Das Kapital wird nicht verzinst und bei Austritt aus der Genossenschaft zurückbezahlt.

• Die Gründungsversammlung
Zur Gründung einer Genossenschaft werden mindestens sieben Mitglieder benötigt. Die anwesenden Mitglieder wählen auf der Gründungsversammlung den Aufsichtsrat, bestellen den Vorstand und legen die Satzung der Genossenschaft fest.

• Der Vorstand
Der Vorstand muß aus mindestens zwei Personen bestehen, die entweder von der Generalversammlung gewählt oder durch den Aufsichtsrat bestimmt werden. Der Vorstand leitet die Genossenschaft in eigener Verantwortung.

• Der Aufsichtsrat
Der Aufsichtsrat besteht aus mindestens drei Mitgliedern. Er hat als Kontrollorgan die Tätigkeit der Vorstandsmitglieder zu überwachen. Außerdem hat er, wenn dies so in der Satzung vorgesehen ist, bei allen Fragen der Genossenschaft mit dem Vorstand gemeinsam zu beraten und mitzuentscheiden.

• Die Generalversammlung
Die Generalversammlung findet mindestens einmal jährlich statt und beschließt die Bilanz, entlastet den Vorstand und den Aufsichtsrat, wählt die Mitglieder in den Aufsichtsrat und evtl. in den Vorstand, ändert bei Bedarf die Satzung, bestätigt neue Mitglieder, etc.

Auf der Generalversammlung hat jedes Mitglied, ungeachtet der individuellen Einlage, nur eine Stimme.

• Die Satzung
Die Satzung wird von der Generalversammlung verabschiedet oder geändert. Sie regelt alle rechtlichen Fragen (Beitritt, Höhe der Anteile, Ziele, Kündigungsmöglichkeiten etc) der Genossenschaft.

Beteiligungserklärungen und weitere Informationen an:

Trotzdem Verlag, Postfach 11 59 , 71117 Grafenau
Tel.: 07033 - 44 273, Fax: 07033 - 45 264
trotzdemusf@t-online.de, www.txt.de/trotzdem oder
www.comenius-antiquariat.com/anares/verlage/tv.htm

Postvertriebsstück *E9860* Entgelt bezahlt*
ISSSN 0722-8988
Trotzdem Verlag, PF1159, 71117 Grafenau

